DIE NOVEMBER REVOLUTION



IN DEUTSCHLAND

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Quellen aus dem Deutschen Zentralarchiv,
Historische Abteilung II, Merseburg

Herausgegeben vom Deutschen Zentralarchiv, Hist. Abt. II, in Verbindung mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Merseburg

Inhalt

PGH Druck- und Buchwerkstätten Merseburg

IV-15-4 Pl-G 187-180-68 5000 1837

In diesen Tagen jährt sich zum fünfzigsten Mal die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, deren Vertreter das deutsche Volk in dem bis dahin mörderischsten aller Kriege in die nationale Katastrophe zu führen im Begriff waren. Fünf Jahrzehnte sind vergangen seit jenen denkwürdigen Tagen und Wochen im November 1918, in denen deutsche Arbeiter und Soldaten den Bestrebungen skrupelloser Militärs, Kapitalisten und Großgrundbesitzer ein energisches „Bis hierher und nicht weiter!" entgegensetzten und zum ersten Mal in der deutschen Geschichte das Modell einer neuen sozialistischen Gesellschaft nach dem Vorbild der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu errichten suchten. War die erste deutsche Republik, die die Arbeiterklasse mit dem Blut ihrer Besten bezahlen mußte, auch kein sozialistischer, sondern ein bürgerlicher Staat, in dem die Frage nach der Macht, von proletarischer Seite her gesehen, ungelöst blieb, er war doch eine der Voraussetzungen dafür, daß wir heute, ein halbes Jahrhundert später, wenigstens in einem Teil Deutschlands eine sozialistische Verfassung haben, die unser Land zu einem festen Garanten des Friedens und der Demokratie in Europa und zu einem zuverlässigen Partner in der sozialistischen Völkerfamilie macht.

Es ist hier nicht der Ort, Verlauf und Bedeutung der Novemberrevolution ausführlich darzustellen, das hat die Geschichtsforschung der DDR in mehr als einer Darlegung getan, aber es ist und bleibt ein wichtiges Anliegen aller mit der Aufbewahrung und Verwaltung historischer Quellen befaßten Einrichtungen unseres Landes, die Lehren, die sich aus der Geschichte unseres Volkes für die politisch-ideologische Arbeit und den politischen Tageskampf ergeben, mit ihren Mitteln zu demonstrieren. Das gilt in besonderem Maße für ein so wichtiges historisches Ereignis, wie es die Novemberrevolution, „die größte antiimperialistische revolutionäre Massenbewegung in Europa nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", gewesen ist. Sie hat dem deutschen Volk nicht nur wichtige demokratische und soziale Rechte und Freiheiten erkämpft, sie hat zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands geführt, die eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der dem deutschen Proletariat in der Periode des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung gestellten geschichtlichen Aufgabe war. In der kommunistischen Partei hat sich das deutsche Proletariat jene scharfgeschliffene Waffe geschaffen, durch die vor allem es in die Lage versetzt wurde, unermüdlich am Sturz einer überlebten Ausbeutergesellschaft und an der Errichtung einer neuen besseren Welt zu arbeiten. Die Erbitterung, mit der die herrschenden Kreise die hervorragenden Führer der jungen kommunistischen Partei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verfolgten und schließlich ermorden ließen, charakterisiert am deutlichsten die Bedeutung der Gründung der Partei und die sittlich-moralische Kraft ihrer Führer. Sie zeigt aber auch, welcher Mittel und Methoden eine überlebte Klasse fähig ist, wenn sie sich in ihren Machtpositionen von unten her bedroht sieht.

Die in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs zur Geschichte der Novemberrevolution verwahrten Quellen, von denen eine Auswahl hier dargeboten wird, spiegeln den Enthusiasmus und den revolutionären Elan wider, mit denen deutsche Arbeiter, Soldaten und Intellektuelle in Streiks, Massenkundgebungen, Ausständen und Aufrufen für die Beendigung des Krieges und die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen eingetreten sind. Die auf den Flugblättern häufig wiederkehrenden Losungen „Kein Friede ohne Revolution", „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" lassen erkennen, daß der Zusammenhang zwischen der Diktatur der herrschenden Kreise und der Fortdauer des Krieges den werktätigen Massen und ihren Führern sehr wohl bewußt war. Von besonderem Wert sind für uns jene Dokumente, aus denen die Vorbildfunktion der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für die Novemberrevolution in Deutschland sichtbar wird. In einem Bericht an Wilhelm II. schreibt der preußische Innenminister Drews im Februar 1918: „Unter denjenigen äußeren Einflüssen, die verhängnisvoll auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in der letzten Zeit gewirkt haben, steht die russische Revolution an erster Stelle." (Vgl. Nr. 23.) Wohl selten hat ein Vertreter der hohen Ministerialbürokratie in Deutschland gesellschaftliche Erscheinungen von seinem Standpunkt aus so treffend analysiert wie hier. Die deutsche Arbeiterklasse war sich aber auch dessen bewußt, daß die russische Revolution durch einen revolutionären Umsturz in Deutschland gefestigt würde. Sie unterstützte die Forderungen des russischen Proletariats nach einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen. Besonders hat sich die Spartakusgruppe um die Festigung der Solidarität zwischen den russischen und den deutschen Arbeitern bemüht. Auch das geht aus den Quellen hervor.

Unterlagen über die Ereignisse des 9. November und der unmittelbar darauffolgenden Zeit sind in den Registraturen der preußischen Zentralbehörden nur spärlich überliefert worden. Durch den Ausbruch der Revolution ist der preußische Staatsapparat vorübergehend in seiner Funktion gelähmt worden. Aber bald darauf läuft er, sozialdemokratisch verbrämt, wieder auf Hochtouren. Schlag auf Schlag setzen die Gegenmaßnahmen ein. Sie reichen von demagogischen Aufrufen führender Regierungsvertreter an die Volksmassen, „in ihrem eigenen Interesse" Ruhe und Ordnung zu bewahren, über Maßnahmen zur Einschränkung der Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte bis hin zum Einsatz konterrevolutionärer Truppen zur Niederschlagung der Revolution und ihrer Errungenschaften. Die Rolle, die die rechten SPD-Führer und vor allem die Regierung Ebert/Scheidemann in der Konterrevolution gespielt haben, ist bekannt und bedarf keines besonderen Kommentars. Die Quellen sprechen selbst in der gedrängten Form, in der sie wiedergegeben werden mußten, eine beredte Sprache, auch dann, wenn sie, wie etwa das Schreiben der Vorstände der SPD und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 28. Juni 1917 auf den ersten Blick eine starke Parteinahme für die Sache der Arbeiterklasse erkennen

lassen. Wendungen wie „Die sozialdemokratische Partei hat die Jahre hindurch alles aufgeboten, um die Widerstandskraft der Heimatbevölkerung aufrechtzuerhalten und an der Verteidigung des Landes nach bester Kraft mitzuwirken", machen deutlich, für wen man letzten Endes spricht. (Vgl. Nr 10.)

Ebenso fehlen in den Akten staatlicher Provenienz authentische Unterlagen zur Geschichte der Gründung der KPD. Hier muß auf die in Band 2 der Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, veröffentlichten Unterlagen verwiesen werden.

Die Rolle, die Karl Liebknecht in der Revolution von 1918 gespielt hat, wird erst dann recht bewußt, wenn man erfährt, wie oft sein Name in den Akten preußischer Behörden auftaucht, die mit der Überwachung und Bekämpfung der Arbeiterbewegung befaßt waren. Allein die Berichte über Protestkundgebungen der Arbeiter gegen seine Verhaftung im Jahre 1916 und die Sympathiekundgebungen nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Oktober 1918 lassen erkennen, daß das deutsche Proletariat in ihm einen seiner bedeutendsten Führer gesehen hat. Über die Vorgänge, die zu seiner Ermordung und der Tötung Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1918 führten, liegt im Archiv ein ausführlicher Bericht aus der Feder eines Zeitgenossen vor, der die ganze Brutalität und Skrupellosigkeit veranschaulicht, mit denen die herrschenden Kreise alle Widerstände aus dem Wege räumten, die sich ihrem schrankenlosen Machtwillen entgegenstellten. Der Bericht konnte in der vorliegenden Quellensammlung nur in äußerst knapper Form wiedergegeben werden. Zusammen mit den übrigen im dritten Teil der Broschüre abgedruckten Zeugnissen über die physische Vernichtung klassenbewußter Arbeiter in der Periode der Durchsetzung der Konterrevolution ist er ein Beweis mehr für den antihumanistischen Charakter des Imperialismus und seiner Träger. Mögen die jungen Genossen und Kandidaten in den Parteiorganisationen und die Lehrer und Schüler unserer allgemeinbildenden Schulen, für die die vorliegende Quellenpublikation vor allem bestimmt ist, sich anrühren lassen von der großen Friedenssehnsucht der Generation um 1918 und von der Hingabe und Opferbereitschaft, mit denen das deutsche Proletariat dieser Zeit für den gesellschaftlichen Fortschritt und damit für unser aller Glück eingetreten ist! Mögen sie aber auch erkennen, wie leicht dieser Forschritt wieder in Frage gestellt werden kann, wenn die Arbeiterklasse gespalten und ihrer Führer beraubt ist! In dieser Erkenntnis liegt die brennende Aktualität eines großen Teils der publizierten Dokumente, deren Kenntnis von großer Wichtigkeit für unseren gegenwärtigen Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa ist. Noch immer und heute mehr denn je gilt das erregende Wort des großen tschechischen Journalisten und Schriftstellers Julius Fučik, dessen Haupt unter dem Henkerbeil deutscher Faschisten 1943 in Plötzensee fiel: „Menschen, ich hatte euch lieb. Seid wachsam!" Was sich einst als Ausbeutung und Unterdrückung nach innen entlud, brandet heute, potenziert

durch die wirtschaftlichen Ressourcen des wiedererstarkten Imperialismuß, von außen an unsere Grenzen und die unserer sozialistischen Bruderländer.

Die Herausgeber haben sich bemüht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur solche Quellen in die Broschüre aufzunehmen, die in älteren Publikationen, vor allem in den 1957 erschienenen Dokumenten und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und in der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1966, noch nicht veröffentlicht worden sind. Die Broschüre kann somit auch zur Ergänzung dieser Werke herangezogen werden. In diesem Zusammenhang sei der Hinweis gestattet, daß sich eine größere Anzahl der in den vorgenannten Publikationen veröffentlichten Materialien, mit Bearbeitungsvermerken versehen, auch in den Beständen des Deutschen Zentralarchivs befindet, was einen Rückschluß auf die erfreuliche Überlieferungsdichte der Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gestattet.

Unbedingt notwendig für die Verwendung der Broschüre in der massenpolitischen Arbeit ist der Hinweis, daß die Unterlagen, die nicht von der revolutionären Arbeiterklasse selbst, sondern vom Klassengegner stammen, also alle Schriftstücke, die amtlichen Charakter tragen, ein besonderes quellenkritisches Herangehen erfordern. Sie wollen parteilich, von einem festen Klassenstandpunkt aus gelesen und interpretiert werden. Das gilt selbstverständlich auch für Äußerungen der rechten SPD-Führung und der Regierung Ebert/Scheidemann.

Um die Benutzung zu erleichtern, wurde jedem veröffentlichten Dokument ein einführender Text mit knappen Angaben über den Inhalt und mit den notwendigen aktenkundlichen Bemerkungen vorangestellt. Die Archivsignatur, die Auskunft über den Lagerungsort des Originals gibt, erscheint am Schluß des Dokuments. Auslassungen wurden durch Punkte gekennzeichnet. Auf die Wiedergabe textlicher Hervorhebungen und aktenkundlicher Vermerke ist verzichtet worden. Bei der Bearbeitung wurden die moderne Rechtschreibung und Zeichensetzung angewandt.

Die Ermittlung und Bearbeitung der Quellen erfolgte durch eine Arbeitsgruppe in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs. Die meisten Dokumente befinden sich in diesem Archiv. Zur Ergänzung wurden einige Stücke vom Stadtarchiv und vom Heimatmuseum Halle/Saale sowie von der Bezirksstelle zur Erforschung der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung Halle/Saale zur Verfügung gestellt. Den an der Erarbeitung der Broschüre beteiligten Mitarbeitern des Deutschen Zentralarchivs sowie den vorgenannten Einrichtungen der Stadt Halle sei an dieser Stelle für ihre Mitarbeit und für die Bereitstellung der Materialien herzlich gedankt.

Merseburg, im September 1968

J. Weiser

1. *Zustimmungserklärung der Kreiskonferenz des Liebknechtschen Wahlkreises Spandau-Osthavelland zum Auftreten von Karl Liebknecht im Reichstag*

„Vorwärts" vom 26. Januar 1916

„Am Sonntag fand eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Spandau-Osthavelland statt, um zu den schwebenden Parteifragen und zu der Haltung ihres Abgeordneten Stellung zu nehmen. Mit Ausnahme von drei kleinen Orten waren alle Orte des Kreises durch 32 Delegierte vertreten. Es wurde folgende von Spandau gestellte Resolution angenommen:

‚Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Spandau-Osthavelland betrachtet die Ablehnung der Kriegskredite durch die Fraktionsminderheit als die einfache Erfüllung der Parteipflicht und verurteilt die Bewilligung der Kriegskredite durch die Fraktionsmehrheit und die gegenwärtige Gesamtpolitik derselben als einen schweren Verstoß gegen die wichtigsten Parteigrundsätze.

Der Parteiausschuß maßt sich durch seinen Beschluß vom 8. Januar 1916 Befugnisse an, die ihm nicht zustehen. Dieser Beschluß verstößt aufs schwerste gegen das Organisationsstatut und Parteitagsbeschlüsse.

...

Die Kreiskonferenz erklärt sich mit dem Vorgehen des Genossen Liebknecht im Parlament und gegenüber der Fraktion vollständig einverstanden. Sie ersucht den Genossen Liebknecht, sich durch nichts abhalten zu lassen, die Interessen des Proletariats entsprechend in den Parlamenten zu vertreten.'"

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB P Nr 122 Bd 1 b Bl. 277

2. *Protest gegen die bevorstehende Verurteilung Karl Liebknechts*

Aus einem von Rosa Luxemburg verfaßten Flugblatt vom Juni 1916

„‚Was ist mit Liebknecht?!'

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Säbeldiktatur ist drauf und dran, ihren unversöhnlichsten Feind zur Strecke zu bringen. Die militärische ‚Gerichtsverhandlung' gegen Karl Liebknecht steht bevor.

Diese Gerichtsverhandlung ist eine freche Komödie!

Sie findet statt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verteidigung ist aufs äußerste beschränkt. Als ‚Richter' führen den entscheidenden Vorsitz hohe Militärs, das heißt gerade die Vertreter derselben Säbelherrschaft, gegen die Liebknecht unerschrocken den Kampf führte.

Den Gipfel der Infamie bildet die Anklage. Sie lautet auf versuchten Kriegsverrat im Felde! Obwohl Liebknecht am 1. Mai nicht im Felde war, sondern in Berlin, auf dem Potsdamer Platz, soll ihm eingeredet werden, daß er ‚im Felde' die Maidemonstration mitmachte. Obwohl er als Reichstagsabgeordneter, als Volksvertreter in Berlin war, soll er als Soldat abgeurteilt werden. Obwohl er als Fahnenträger des internationalen Sozialismus am 1. Mai demonstrierte, um in allen Ländern die Volksmassen zum Kampfe gegen den Völkermord aufzurütteln, wird ihm ‚Kriegsverrat' am deutschen Heere aufgehalst.

Es ist klar: die Regierung mit ihren Spießgesellen plant einen Justizmord an Karl Liebknecht! Der verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse, soll von seinen Todfeinden gemeuchelt werden, er soll von der öffentlichen Bühne beseitigt werden, der Störenfried soll in der Versenkung verschwinden! Und dieser saubere Plan wird mit allen raffinierten Mitteln vorbereitet. Die Militärjustiz, die sonst blitzschnell arbeitet wie eine Guillotine, ist diesmal so merkwürdig schleppend, daß die famose Anklage erst 5 Wochen nach der Festnahme Liebknechts fertig wurde. Weshalb? Weil man erst den Reichstag und den Landtag loswerden wollte! So hündisch sich die beiden Körperschaften benommen haben, so befürchteten die Schergen der Säbeldiktatur denn doch, daß diese ungeheuerliche Anklage und diese blutige Farce der Gerichtsverhandlung ein gewisses Echo auf der Tribüne des Reichtags oder Landtags finden und das Volk dadurch aufgeregt werden könnte.

Noch besser! Am 9. Juni verbreitete das Sprachrohr der deutschen Regierung, das Wolffsche Telegraphenbüro, die Meldung, daß Liebknecht auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuches angeklagt sei.

Das war eine bewußte Lüge. Die Regierung belog in schamloser Weise die öffentliche Meinung!

Der § 89 StGB kennt als Mindeststrafe Festung.

Die Anklage gegen Liebknecht lautet aber in Wirklichkeit auf § 57 des Militärstrafgesetzbuchs, und dieser Paragraph diktiert als Mindeststrafe 10 Jahre Zuchthaus!

Nur im günstigsten Fall kann auf ein Viertel dieser Strafe, d. h. auf 2½ Jahre Zuchthaus erkannt werden.

Liebknecht soll also auf jeden Fall zum Zuchthaus verurteilt werden, weil damit die Aberkennung aller Bürger- und Ehrenrechte verbunden ist, also auch der Verlust seines Reichs- und Landtagsmandats!

Dies ist der Zweck der ganzen Gerichtskomödie! Das Fälscherkunststück des Wolffschen Telegraphenbüros soll diesen vorbereiteten Streich maskieren, es soll die öffentliche Meinung im Inlande und im Auslande einschläfern, damit der Streich unerwartet in aller Stille fällt! ...

Arbeiter! Liebknechts Sache ist eure Sache. In Liebknecht will man Euch treffen, Euch meucheln, Euch zum Verstummen bringen, damit der Völkermord ungehindert weitergeht. In Liebknecht soll die Auflehnung des deutschen Proletariats gegen das Verbrechen des Krieges niedergestampft werden. Werdet Ihr das dulden?

Nein und tausendmal nein!

Der saubere Plan des Justizmordes hinter den Kulissen, im stillen Kämmerlein, soll zuschanden werden! Erhebt Eure Stimme. Zeigt, daß hinter Liebknecht Hunderttausende, Millionen, stehen, die ebenso fühlen und denken wie er. Die Schergen sollen versuchen, Liebknecht zum Zuchthaus zu verurteilen! Sie sollen es wagen! Das Urteil wird im Reich und in den Schützengräben ein solches Echo wecken, daß den Kriegsmachern Hören und Sehen vergeht!

Aus Millionen Kehlen soll ihnen der Ruf Liebknechts in den Ohren gellen:
Nieder mit dem Kriege! Nieder mit der Regierung!"

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 2299

3. *Prozeß gegen Karl Liebknecht vor dem Kriegsgericht der Kommandantur der Residenz Berlin im Juni 1916*

„Vorwärts" vom 29. Juni 1916

„Berlin, 28. Juni. (WTB) Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung im Prozeß gegen Karl Liebknecht hat heute 9 Uhr vormittags im Militärgerichtsgebäude in der Lehrter Straße begonnen. Das Gericht ist besetzt mit einem Major als Vorsitzendem, zwei Kriegsgerichtsräten (im Zivilberuf Rechtsanwälte), von denen einer die Verhandlung führt, ferner einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Bracke aus Braunschweig als von ihm gewählter Verteidiger zur Seite. Nach dem Aufruf der Zeugen und Dolmetscher, der Vereidigung der Richter und Feststellung der Personalien des Angeklagten wurde die Anklageverfügung verlesen, die in der Hauptsache, wie bekannt, auf versuchten Landesverrat, begangen im Felde (d. h. während des Kriegszustandes) und Widerstand gegen die Staatsgewalt lautet. Hierauf beantragte der Vertreter der Anklage, während der gesamten Dauer der Sitzung und auch während der Verhandlung über diesen Antrag die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte protestierte gegen den letzten Teil des Antrages. Nach § 285 der Militärstrafgerichtsordnung mußte jedoch die Verhandlung über die Ausschließung der Öffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Der Saal wurde dementsprechend von den Zuhörern geräumt. Nach erfolgter Beratung wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und der Beschluß des Gerichts dahin verkündet, daß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Staatssicherheit, für die weitere Verhandlung auszuschließen sei. Auch die Zulassung von Vertretern der Presse kam nicht in Frage, da nach § 18 des Einführungsgesetzes zur Militärstrafgerichtsordnung Berichte über die Verhandlung durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn die Öffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen war. Die Verkündung des Urteils hat nach dem Gesetz in öffentlicher Sitzung stattzufinden.

Das Urteil im Prozeß Liebknecht lautet auf zwei Jahre, sechs Monate, drei Tage Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Dieses Urteil wurde mit Gründen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit heute gegen vier Uhr nachmittags verkündet. Bei der Strafzumessung war das Gericht von der Ansicht ausgegangen, daß Liebknecht nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt habe, sondern daß politischer Fanatismus die Triebfeder bei seinen Verfehlungen gewesen sei. Aus diesem Grunde hat es auf die mindestzulässige Strafe erkannt und auch von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen. Gegen dieses Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Berufung zu."

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB P Nr 122 Bd 1 b Bl. 318

4. *Protestdemonstrationen und Proteststreiks in Berlin und Braunschweig gegen die Verurteilung Liebknechts*

„Volksrecht", Zürich, vom 6. Juli 1916

„Nur hie und da dringt aus dem hermetisch abgeschlossenen Deutschland ein Ruf, eine Stimme, eine Mitteilung ins Ausland, die – ohne durch die Wolffsche Vertuschungsanstalt gegangen zu sein – ungeschminkte, wahrhafte Kunde gibt von dem, was sich in Deutschland begibt, wie die deutsche Arbeiterschaft das Urteil gegen Liebknecht aufgenommen hat.

Soeben geht dem ‚Volksrecht' ein unzensierter Bericht aus Norddeutschland zu, der erkennen läßt, wie sehr den Organen der deutschen Regierung daran liegen muß, die Wahrheit zu entstellen, wenn sie durch Wolff am 2. Juni die Nachricht verbreiten ließ, ‚es sei bei einer Kundgebung für Liebknecht zu einer größeren Ansammlung am Potsdamer Platz gekommen. Etwa zwanzig Personen wurden abgeführt. Sonstige Zwischenfälle ereigneten sich nicht'. (!)

Von zuverlässiger Seite meldet man uns:

In Berlin fand am Dienstag, dem 27. Juni, abends 8 Uhr, eine imposante Demonstration statt. Zirka 25 000 waren am Potsdamer Platz versammelt. Abgedrängt durch ein riesiges Polizeiaufgebot, bildeten die Demonstranten große Züge und sammelten sich um 10 Uhr am Alexander-Platz von neuem. Militär mit scharfen Patronen war aufgestellt in der Gegend des Potsdamer Platzes.

Am Mittwoch, dem 28. d. M., begann in der Frühe in Berlin der Proteststreik. Er umfaßte folgende Betriebe: Flugplatz Johannisthal; Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Berlin; Deutsche Waffen- und Munitionsabteilung Wittenau; AEG Turbine; AEG Gerichtsstraße; AEG Hennigsdorf; Ludwig Löwe; Schwartzkopf Reinickendorf; Schwartzkopf Berlin; Goerz AG, Titania-Werke; Löb u. Co.; Daimler, Marienfelde; Argus, Motoren; Samson-Werke; Max Hasse, Hasse u. Wrede; Panzer. Außerdem streiken: Kudell, Borsig, Kornbusch, Mix u. Genest, Borrmann, Lübke u. Straen, Knorr-Bremse, Bergmann und andere. Insgesamt zirka 55 000 Arbeiter!

. . .

Eine nach Tausenden zählende Versammlung der ausständigen Arbeiter in Braunschweig nahm folgende Resolution an:

‚Die heute Mittwoch, den 28. Juni 1916, im ‚Wilhelmsblick' versammelten ausständigen Arbeiter Braunschweigs erklären: Die Braunschweiger Arbeiterschaft hat die Arbeit niedergelegt, um gegen die Verhaftung und gegen das gerichtliche Verfahren, das den Genossen Karl Liebknecht mit Zuchthausstrafe bedroht, zu protestieren. Durch die Arbeitsniederlegung sollte zugleich dem tapferen Genossen Liebknecht, der durch Wort und Tat dem Volke seine Treue bewiesen und der unermüdlich für die Beendigung dieses Weltkrieges gewirkt hat, die Sympathie der Braunschweiger Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden.

Nachdem dieser Zweck erreicht ist, erklärt die Braunschweiger Arbeiterschaft, die Arbeit am Donnerstag, dem 29. Juni, früh wieder aufzunehmen. Die Versammelten erklären jedoch, daß sie erwarten, daß bei und nach Wiederaufnahme der Arbeit keine Maßregelungen und Einberufungen reklamierter Arbeiter stattfinden und daß alle Beziehungen in den Betrieben bleiben wie vor dem Ausstande.

Des weiteren erklären die Braunschweiger Arbeiter, daß sie erbittert sind über die Unfreiheit, die der Belagerungszustand schafft, über die

Auswucherung des Volkes, über die Beschränkungen, die über ihr Blatt, den ‚Volksfreund', durch die erneute Verhängung der Vorzensur auferlegt worden sind.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft leidet mit ihren Familien schwer unter der überaus mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln aller Art, besonders mit Fleisch, Fett und Kartoffeln. Diese fehlerhafte und mangelhafte Versorgung schädigt schwer die Gesundheit und die Arbeitskraft des Volkes. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft protestiert ferner gegen die ihrer Meinung nach nutzlose Verlängerung des Krieges, in dem das ganze Volk kapitalistischen Interessen geopfert wird. Ein sofortiger Friede ist möglich, wenn die Regierung auf alle Annexionen Verzicht leistet und unverklausuliert ihren Friedenswillen bekundet. Die Braunschweiger Arbeiterschaft fordert die Regierung auf, alles zu tun, was den Krieg beendigen und den Frieden herbeiführen kann.

. . ."

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 466 Adhib. b Bl. 425

5. *Sympathiestreik für Karl Liebknecht in der Optischen Anstalt Goerz in Berlin-Friedenau*

Bericht des Regierungspräsidenten in Potsdam an den Minister für Handel und Gewerbe vom 11. Juli 1916

„Im Anschluß an den Bericht vom 30. v. M. I. D. 4357 zeige ich an, daß die Arbeitseinstellung bei der Optischen Anstalt Goerz eine Sympathiekundgebung für den Abgeordneten Liebknecht war, wie von absolut vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden ist. Ein Protest gegen die Teuerungserscheinungen kam nicht in Frage. Die Obmänner der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin haben bei der Arbeiterschaft von Goerz durch die in jedem Saal der Anstalt verteilten Vertrauensmänner dahin gewirkt, daß die Arbeiterschaft es ‚der Berliner Arbeiterschaft gleichtat und nicht hinter ihr zurückstand'. Es wird beabsichtigt, nochmals in einen längeren Streik einzutreten, gleichfalls als Sympathiekundgebung für Liebknecht, doch steht der Zeitpunkt noch nicht fest."

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 3 Bd 28 Bl. 242

6. *Erlaß des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg gegen die Streiks in der Rüstungsindustrie*

„Vorwärts" vom 26. April 1917

„Berlin, 25. April (Amtlich). Der Reichskanzler hat an sämtliche Bundesregierungen das nachstehende Schreiben gerichtet:

Jeder Deutsche weiß, daß die Sicherheit unseres Vaterlandes, daß der Sieg in dem uns aufgezwungenen Kampfe von der Beschaffung gewaltigen Rüstzeuges für Heer und Flotte abhängt. Dazu ist unausgesetzte, angestrengteste Arbeit in allen Betrieben, die für die Krieg-

führung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden solche Unternehmungen, wenn auch nur für kurze Zeit, stillgelegt, so wird die Schlagfertigkeit unserer Truppen in Frage gestellt und den Plänen und Berechnungen unserer Heeresleitung die Unterlage entzogen.

Die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt. In letzter Zeit haben aber an einigen Orten Personen, die sich dadurch bewußt oder unbewußt in den Dienst unserer Feinde stellen, versucht, sie in der Erfüllung dieser Aufgabe zu stören.

In verschiedenen Betrieben, deren ungestörter Fortgang für die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist ferner mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Werkstatt zurückkehrten, von der Arbeit abzuhalten. Auch in Zukunft werden solche Versuche scheitern an dem vaterländischen Pflichtgefühl und dem gesunden kameradschaftlichen Sinn unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Übereinstimmung mit der Leitung ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daran setzen, unseren kämpfenden Brüdern zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen.

Die deutsche Arbeiterschaft soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetze zu wachen haben, mit ihr gegen jene verbrecherischen Machenschaften ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf die angegebene Weise einer feindlichen Macht Vorschub leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügen, wegen Landesverrats mit schwerer Strafe. Wer unsern tapferen Kriegern in diesem heiligen Kampfe ehrlos und treulos in den Rücken fällt, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Schärfe des Gesetzes getroffen werden.

Ich weiß mich einig mit den hohen Bundesregierungen in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jede deutsche Arbeit im Dienste unseres um sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Umtrieben zu schützen."

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 466 Adhib. b Bl. 73

7. *Aufruf des Petrograder Rates der Deputierten der Arbeiter und Soldaten an das deutsche Proletariat zum Sturz der Regierung*

Aus einem Schreiben des Oberkommandos in den Marken vom 22. Mai 1917 in der Zusammenstellung Nr 3 des Generalstabes des Feldheeres vom 15. Juni 1917 über feindliche antimonarchistische Propaganda

„Das ... Flugblatt des Petersburger ‚Rats der Deputierten der Arbeiter und Soldaten' an die Völker der ganzen Welt, vor allem aber an die Proletarier Deutschlands, ist hier bei einer Durchsuchung in Berlin-Steglitz vorgefunden worden. Sein Text enthält folgende Stellen:

... Wir wenden uns an alle Völker ... und verkünden, daß die Zeit gekommen ist, einen entscheidenden Kampf mit aggressiven Tendenzen gegen die Regierungen aller Länder zu beginnen ... Des weiteren wenden wir uns an unsere Brüder, die Proletarier der österreichisch-deutschen Koalition, vor allem an die Proletarier Deutsch-

lands ... Wir rufen Euch dazu auf, werft von Euch das Joch Eurer halbautokratischen Regierung, wie das russische Volk die Fremdherrschaft des Zaren abgeschüttelt hat. Weigert Euch, weiterhin zu dienen als Werkzeug der Eroberung und Vergewaltigung in den Händen einer agrarisch-imperialistischen Clique ...

Der Rat der Deputierten der Arbeiter und Soldaten"

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 I Sekt. 1 Nr 177 Bd 2 Bl. 68

8. *Maßnahmen der herrschenden Klasse zur Erhaltung der Monarchie*

Aus dem Protokoll einer Sitzung vom 25. Mai 1917 im Kriegsministerium

„Streng geheim!

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender: Oberst v. Wrisberg, Departementsdirektor A.m.W.b.

Vertreter des Kriegsministeriums: Oberst Waitz, Oberst v. Meiß, Major van den Bergh, Major Graf v. Büdingen, Major Grau, Hauptmann Pfaff

„ der OHL: Major Nicolai, Hauptmann d. R. Kliewer

„ des Kriegspresseamts: Major Stotten

„ des stellv. Gen.Stabes: General Brose

„ des Militärkabinetts: Major Graf zu Waldeck

„ der Militärnachrichtenstelle des Auswärtigen Amts: Oberstleutnant v. Haeften

„ des Auswärtigen Amts: Ministerialdirektor Deutelmoser

„ des Reichsamts des Innern: Ministerialdirektor Lewald, Landrat v. Jacobi

„ der Reichskanzlei: Geh. Oberregierungsrat v. Eichmann

„ des Preußischen Staatsministeriums: Regierungsrat Dr. Wolff

„ des Ministeriums des Innern: Geh. Oberregierungsrat v. Roedenbeck

„ des Kultusministeriums: Oberregierungsrat Dr. Graeber

„ des Ministeriums des Kgl. Hauses: Graf zu Rantzau

„ des Zivilkabinetts: war nicht erschienen.

Die feindlichen Bestrebungen, antimonarchische Strömungen ins Heer und Volk zu tragen, haben in größerem Umfange eingesetzt und werden gerade in letzter Zeit unter Anwendung höchst bedenklicher Mittel genährt und aufs tatkräftigste verbreitet. ...

Die Besprechung zeitigte nachstehendes Ergebnis:

I. ...

II. Eine starke innere Politik, die die Bekämpfung dieser antimonarchischen Bestrebungen mit einschließt, muß sich in klarem, festem ‚Bis hierher und nicht weiter' abgegrenzt zeigen. Es genügt nicht, daß die Regierung weiß, was sie will, sondern mindestens müssen es auch die anderen mit Verantwortung beladenen Stellen wissen.

Die Berliner politischen Klubs bedürfen der Überwachung und Beeinflussung durch Vertrauensleute der Regierung.

Scharfes Vorgehen gegen alle Hetzer — auch Abgeordnete — ist am Platze.

III. Aufklärungstätigkeit durch Kirche, Schule und in Lazaretten: Von Lehrern oder geeigneten Leuten, z. B. von verwundeten Offizieren usw., sind in ausgiebiger Weise monarchische Vorträge zu halten, und zwar für die Jugend am besten nicht während der Schulzeit, sondern abends in etwas feierlichem Rahmen (bei Licht, Eltern zugegen).

Der Geistlichkeit und der Schule muß dazu eingehende und energische Anweisung gegeben werden, da die Größe der Gefahr nicht überall im Lande erkannt wird. Auch bedarf es des Einvernehmens mit den Verwaltungsbehörden, um in den einzelnen Orten ein zielbewußtes und einheitliches Vorgehen zu erzielen. Geldmittel für diesen Zweck müssen flüssig gemacht werden.

In den Lazaretten, Gefangenenlagern, besonders bei ausgetauschten Gefangenen, ist verschärfte Aufmerksamkeit geboten, ob dort staatsfeindliche Schriften oder Gesinnung zu finden sind, Einwirkung der Krankenschwestern auf die Kranken.

. . .

V. Hebung der Stimmung im Volk durch die Krone

a) Gelegentliche Anerkennung der Verdienste der Zivilbeamten in der Heimat während des Krieges.

b) Weitergehende Ordensverleihungen, z. B. Friedensauszeichnungen an Beamte, Erweiterung des Kreises der für das Eiserne Kreuz 2. Klasse am weiß-schwarzen Bande in Betracht kommenden Personen; Hilfsdienstkreuz, letzteres in Sonderheit auch für die arbeitenden Frauen, besonders auch an die weiblichen Vorstände von Vereinen; Presse.

VI. Seine Majestät der Kaiser sowie sein ganzes Haus muß dem Volke wieder persönlich nahe gebracht werden.

a) Öftere Reisen Seiner Majestät nach Berlin und zu den kleinen Bundesstaaten, die Gelegenheit bieten, sich weiteren Volkskreisen zu zeigen und mit ihnen Fühlung zu nehmen. Die Reisen müssen einen triftigen Grund haben, über den sowie über den Verlauf der Reise in besserer Ausstattung wie bisher zu berichten ist. Diese Berichterstattung hat überall zu erfolgen, wo eine Geheimhaltung des Aufenthaltes Seiner Majestät oder fürstlicher Heerführer aus militärischen Gründen nicht mehr geboten ist. Eine besondere Stelle muß gefunden werden, die Hofberichte in diesem Sinne veranlaßt, in Verbindung mit der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.

b) Seine Majestät wolle seine Anteilnahme auch für die Arbeiterkreise in äußerlich sichtbarer Weise zeigen durch Besuche von großen Arbeitsbetrieben, Verleihung von Auszeichnungen an Arbeitgeber und -nehmer einschließlich Frauen nach Anhörung des Kriegsamtes. Stiftung oder vorübergehende Einrichtung von königlichen Gebäuden als Erholungsheime für Rüstungsarbeiter.

c) Presse muß mehr Aufklärung im Wort, vor allen Dingen aber auch im Bild und Film bringen über die in harter Pflichterfüllung geleistete Arbeitstätigkeit des Monarchen und der Mitglieder seines Hauses, über die Einfachheit ihrer Lebensweise, Leistungen vor dem Feinde, Verlusten usw. Erhöhte Tätigkeit in Lazaretten und Verwundetenfürsorge. Veröffentlichung der Reden und gelegentlicher geeigneter Äußerungen Seiner Majestät.

d) Das Hofunterpersonal ist zu strenger Vermeidung jeden Klatsches und falscher Gerüchte anzuhalten.

e) Den Gerüchten über den Kronprinzen muß ein Ende gemacht werden. Weitergabe eines diesbezüglichen Schreibens des Chefs des Generalstabes vom 2. April auch an die stellvertretenden Generalkommandos und Oberpräsidenten zur geeigneten Verwendung veranlaßt das Kriegsministerium.

f) Es wird für zweckmäßig erachtet, alle fürstlichen Heerführer mehr mit neutralen und einheimischen Journalisten usw. zusammenzubringen, die ihre persönlichen Eindrücke im In- und Auslande in günstigem Sinne verwerten können. Vorsicht bei Auswahl dieser Leute, die nie allein empfangen werden sollten.

g) Persönlicher Empfang und Aussprache mit Parlamentariern möglichst aller Parteien durch seine Majestät.

h) Regierungsmaßnahmen, besonders auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung der Lebensmittelversorgung weiter Volkskreise sind in der Presse usw. möglichst auf die Initiative Seiner Majestät des Kaisers und Königs zurückzuführen.

. . .

Bei allen Teilnehmern herrschte völlige Einigkeit über den außerordentlichen Ernst der Lage sowie darüber, daß vorstehende Maßnahmen mit größter Beschleunigung zu ergreifen sind, besonders, da auch von der Stockholmer Konferenz eine weitere schwere Schädigung des monarchischen Gefühls zu befürchten ist."

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 I Sekt. 1 Nr 177 Bd 2 Bl. 57 — 60 v

9. *Tätigkeit der Spartakusgruppe im Frühjahr 1917*

Aus einem Schreiben des Oberkommandos in den Marken vom 1. Juni 1917 in der Zusammenstellung Nr 3 des Generalstabes des Feldheeres vom 15. Juni 1917 über feindliche antimonarchistische Propaganda

„Als Anstifter der Ausstandsbewegung unter den Berliner Metallarbeitern im April d. J. sind im wesentlichen die Betriebsvertrauensmänner der mittleren Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes anzusehen. Der radikale Flügel der Sozialdemokratie, der sich erst am 6. bis 8. April d. J. in Gotha aus der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (die um Haase — Ledebour — Hoffmann), der ‚Internationale' (Spartakusbewegung) und der ‚Linksradikalen' (Gruppen zu Bremen, Hamburg, Duisburg usw.) als ‚Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands' zusammengeschlossen hatte, hat dann den ausgebrochenen Ausstand möglichst in die Länge zu ziehen und ihn aus einer lediglich gegen die Nöte der Lebensmittelversorgung gerichteten Kundgebung zu einer politischen zu machen versucht. . . . Aus den Kreisen der ‚Internationale' (Spartakusbewegung) sind für die hiesige Ausstandsbewegung die Flugblätter ‚Auf zum Protest gegen die Volksaushungerung', ‚Krieg dem Kriege' und ‚Die Lehren des großen Massenstreiks' herausgegeben und von hier aus durch die Spartakusmänner Zirkel, Gessner und Rudolph verbreitet worden. Aus den Kreisen der ‚Arbeitsgemeinschaft' stammen die Flugblätter ‚Der Kampf dauert fort' und ‚Frieden! Freiheit! Brot!' . . . Die Verbreitung ist (nach vorliegendem Beweis) planmäßig erfolgt. — Daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands einschließlich der Spartakusbewegung (Gruppe ‚Internationale' und der linksradikalen Gruppen in Bremen, Hamburg, Duisburg usw.) Machenschaften nach dem Ausland treiben, ist hier bis jetzt nicht beobachtet worden. Wohl aber soll auf der Gothaer Tagung dieser Gruppen des radikalen Flügels der Sozialdemokratie eine Entschließung angenom-

men worden sein, den Klassenkampf im Wege der Revolution zur Durchführung zu bringen; denn die Konferenz hat dem Vernehmen nach erklärt:

‚Die russische Sozialdemokratie hat durch ihren heldenmütigen revolutionären Kampf die Forderung der Revolution des Internationalen Kongresses von Stuttgart vorbildlich erfüllt. Die Konferenz drückt dem russischen Proletariat ihre volle Sympathie aus und hält es für ihre Pflicht, unverzüglich den Klassenkampf im gleichen Sinne aufzunehmen ...‘

... Anzeichen dafür, daß russische Revolutionäre versuchen werden, diesen Zusammenhang der Internationale vermutlich über Stockholm herzustellen, liegen bereits vor ...“

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 I Sekt. 1 Nr 177 Bd 2 Bl. 68 v–69

10. Die Lage in Deutschland und die Außenpolitik der deutschen Regierung

Schreiben der Vorstände der SPD und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 28. Juni 1917

„Excellenz!

Die Sorge um das Schicksal unseres Landes zwingt uns, der Reichsleitung folgende Darlegungen zu unterbreiten:

Wir unterzeichneten Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befinden uns fortdauernd in engster Fühlung mit der Bevölkerung in allen Teilen des Reiches, vornehmlich mit den Schichten der unbemittelten Volksklassen. Wir sind durch zahlreiche Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft über die Lage des Volkes und über die Stimmungen, von denen es erfüllt ist, auf das genaueste unterrichtet. Unsere eigenen Beobachtungen sowie die uns von allen Seiten zugehenden Berichte nötigen uns die Überzeugung auf, daß die innere Widerstandskraft unseres Volkes sich dem Ende nähert. Angesichts dieser überaus ernsten Lage halten wir es für unsere Pflicht, das auszusprechen, was nach unserer Meinung zu geschehen hat, um Schlimmstes zu verhüten. Wir unsererseits wollen keine Verantwortung mittragen, wenn das versäumt wird, was allein unser Land aus dieser furchtbaren Not retten kann.

Die Ernährungsverhältnisse haben sich dauernd verschlechtert. Die Nahrungsmittel, die der Bevölkerung in den größeren Städten und in den Industriegebieten gegeben werden, sind längst nicht mehr hinreichend, die Menschen zu sättigen und ihre Kräfte zu erhalten. Viele Millionen leiden am quälenden Gefühle des Hungerns. Zahlreiche Menschen sind stark abgemagert, die Gesichter sind welk und hohl geworden. Trotz der Bemühungen, die Schwerarbeiter reichlicher zu versorgen, ist deren Leistungskraft durch die dauernde Unterernährung selbst in der Rüstungsindustrie so geschwächt, daß sie vielfach zu versagen droht. Auf die schwerwiegenden Folgen, die diese unzureichende Ernährung insbesondere auf die Frauen und die heranwachsende Jugend ausübt, sei nur kurz, aber mit größter Eindringlichkeit hingewiesen. Die Stimmung der Bevölkerung ist durch die anhaltenden Entbehrungen aufs tiefste herabgedrückt. Zu dem Nach-

lassen der körperlichen und geistigen Spannkraft infolge der schlechten Ernährung treten die sonstigen zehrenden Sorgen des Krieges, die quälende Angst um das Schicksal der draußen kämpfenden Söhne und Brüder, Gatten, Väter und Ernährer, der Verfall des Familienlebens, die Furcht vor einer düsteren Zukunft in bitterster Armut und Not.

Die unzureichenden, meist verzögerten oder völlig verspäteten und dann auch noch in Halbheiten steckenbleibenden Maßnahmen der Behörden haben die Mißstimmung noch genährt. Macht sich doch auch gerade zur Zeit wieder ein geradezu verbrecherischer Wucher mit den Gemüse- und Obstpreisen unter den Augen der Behörden geltend. So ist denn nicht zu verwundern, daß Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, aber auch Erbitterung und Groll sich stets weiter ausbreiten und vertiefen. Die Bevölkerung mußte erleben, daß wohlhabende Kreise sich noch immer reichlich ernähren können, ja darüber hinaus reiche Gewinne aus Kriegsgeschäften und aus der Not ihrer Volksgenossen ziehen, während Millionen von Minderbemittelten ihre Existenz zusammenbrechen und sich der Verarmung und wachsender Not ausgeliefert sehen.

...

Auch bei den Truppen greift die Kriegsmüdigkeit um sich. Das ist erklärlich genug. Die Kette der an uns gelangenden Klagen über schlechte oder ungerechte Behandlung und namentlich auch über anstrengende, den vom Kampf übermüdeten Soldaten als zwecklose Quälerei erscheinenden Exerzierübungen in den Ruhestellungen reißt nicht ab. Auch die bei zahlreichen Truppenteilen einseitig für die Mannschaften verschlechterten Ernährungsverhältnisse tragen dazu bei, Unzufriedenheit und Verdruß zu steigern. Aber schwerer noch fällt das durch die lange Dauer des Krieges erzeugte allgemeine Verlangen nach Rückkehr in normale, friedliche Verhältnisse in die Waagschale. Der Mann im Felde sieht seine Zukunft im Ungewissen, seine seitherige Existenz ist im Kriege vielfach zusammengebrochen, immer schmerzlicher zehrt an den Familienvätern die Sehnsucht nach Heim und Herd, nach Frau und Kindern, die sie vielfach bei völlig unzureichenden Lebensverhältnissen wissen. Der Glaube an die Möglichkeit eines entscheidenden Sieges ist mehr und mehr erschüttert. So bemächtigt sich der Soldaten draußen ebenso wie der heimischen Bevölkerung das Gefühl, alle ferneren Opfer sind ja doch vergeblich, die Überlegenheit der Gegner an Zahl und materiellen Machtmitteln ist zu groß, je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird sich die Lage für uns gestalten.

...

So droht uns ein vierter Kriegswinter. Die Schicksalsfrage erhebt sich: Kann das deutsche Volk ihn noch durchhalten? Kämen wir in ihn hinein, so würden die Leiden der Bevölkerung noch ungeheuer gesteigert. Sind jetzt schon Verzweiflungsausbrüche in verschiedenen Teilen des Reiches zu verzeichnen gewesen, wieviel furchtbarer würde es dann sein! Katastrophen wären unausbleiblich. Man zeihe uns nicht der Schwarzmalerei, und man wiege sich nicht in der Hoffnung, es werde noch so weitergehen, wie es schon so lange gegangen ist. Die Dinge haben ihre Grenzen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Jahre hindurch alles aufgeboten, um die Widerstandskraft der Heimatbevölkerung aufrechtzuerhalten und an der Verteidigung des Landes nach bester Kraft mitzuwirken. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Kräfte unseres Volkes zu Ende gehen. Übermenschliches ist geleistet worden. Schneller als man denkt, kann die Stunde kommen, wo die Kraft und der Wille zum Widerstand versagen. Wenn die

Belastung weiter steigt und nichts Durchgreifendes geschieht, dem drohenden Zusammenbruch vorzubeugen, so gehen wir der größten Gefahr entgegen.

Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um schlimmstes Unheil zu verhüten. Die Staatsumwälzung in Rußland bietet eine Anknüpfungsmöglichkeit, die nicht verpaßt werden darf. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Formel aufgestellt: Friede ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen! Die Antwort Eurer Excellenz im Reichstag war ebensowenig genügend, wie die spätere Erklärung in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung'. ...

Durch das offene Bekenntnis der Reichsleitung zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen würde in allen Ententeländern die aus der Tiefe des Volkes kommende Friedensströmung, die schon durch das Friedensangebot der Zentralmächte sichtlich gefördert wurde, sehr gestärkt werden. Auch die Wirkung einer solchen Erklärung auf die nach Frieden verlangenden Massen unseres Volkes würde die denkbar beste sein. Die Überzeugung würde allgemein und fest begründet werden, daß wir nicht um Eroberungen willen, sondern lediglich zur Verteidigung unserer eigenen Lebensrechte den Krieg führen, daß unsererseits einem baldigen Frieden der Verständigung nichts im Wege steht und daß, wenn trotzdem kein solcher Friede zu erlangen ist, die Schuld lediglich auf der Seite der Gegner liegt.

Die zweite, nicht minder bedeutsame Maßnahme zur Festigung der Stimmung unseres Volkes und zur Stärkung seines Willens zum Widerstand gegen die Bedrohung von außen ist die freiheitliche Neuordnung der Dinge im Innern. Das Volk in seinen weitesten Schichten muß die feste Überzeugung gewinnen, daß es wirklich zu seinem Recht im Reich, in den Bundesstaaten und den Gemeinden kommen soll. Die freiheitliche Fortentwicklung der Reichsverfassung in der Richtung auf eine auf die Volksvertretung gestützte und von ihr ausgehende Regierung darf nicht verzögert werden. Die im Wahlgesetz von 1869 vorgesehene Gleichhaltung des Reichstagswahlrechts durch Berücksichtigung der Bevölkerungsvermehrung muß schleunigst nachgeholt werden. Die Durchführung der verheißenen Reform des Wahlrechts in Preußen im Sinne eines gleichen, direkten und geheimen Wahlverfahrens muß unverzüglich erfolgen. Jetzt ist die rechte Stunde. Das ganze Volk würde freudig zustimmen, und die kleine Gruppe derer, die ihre bisherigen Vorrechte verlieren, muß das Opfer ihrer Sonderinteressen bringen für das Vaterland, das in schwerster Lebensgefahr ringt.

Es geht jetzt ums Ganze! Das Deutsche Reich und seine Zukunft stehen auf dem Spiel. Das Festhalten an Kriegszielen, die über das eigene Recht und zugleich über das Erreichbare hinausgehen, verlängert den Krieg und führt uns dem Abgrund zu. Alle Welt soll wissen, daß das deutsche Volk um nichts anderes kämpft als um sein nationales Recht auf Leben und Entwicklung und daß es zu jeder Stunde bereit ist, einen Frieden zu schließen, der ihm dieses sein Lebensrecht gewährleistet. Alles, was einen solchen Frieden hinauszögert, muß unterbleiben und alles, was uns ihm näherbringt, muß schleunigst geschehen. ... Nur wenn in den Massen des Volkes die Überzeugung fest verankert wird, daß das Vaterland, für das sie kämpfen und leiden, auch im Innern eine Stätte der Freiheit und der staatsbürgerlichen Gerechtigkeit ist, werden sie ihr Äußerstes daran setzen und

ihr Letztes hingeben, um es zu verteidigen gegen jeden Versuch der Knechtung von außen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
ganz ergebenst

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
Fr. Ebert, Ph. Scheidemann, Molkenbuhr,
W. Stanckerade, Otto Wels, O. Braun, Ed. David,
Fr. Bartels, H. Müller, G. Gradnauer,
H. Krutzig, R. Fischer, A. Gerisch"

Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H I Gen. Nr 6 Bd 2

11. *Maßnahmen gegen die Tätigkeit der Spartakusgruppe und der USPD in Westfalen im Sommer 1917*

Aus einem Bericht des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps vom 10. Juli 1917

„Diese in der ganzen Arbeiterschaft einschließlich der Familienangehörigen seit langem verbreitete Mißstimmung bildete naturgemäß einen wohlvorbereiteten Boden für die planmäßig betriebene Hetzarbeit der radikalen Unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakusgruppe. Wenn man die Anzeichen zusammenhält, die sich ergeben aus den heimlich verbreiteten Flugschriften, den unbedachten Äußerungen einzelner Versammlungsredner, den Nachrichten über die ausländische Arbeiterbewegung und aus vereinzelten Beobachtungen der Briefüberwachung, so kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß der internationale Radikalismus, angeregt durch die Erfolge der russischen Revolution, eine allgemeine Umwälzung in Europa durch die Erhebung der Arbeiter plant und zielbewußt verfolgt. In Deutschland versucht man, die Bestrebungen in die Tat umzusetzen durch das Schüren von Massenkundgebungen gegen die längere Dauer des Krieges und von Ausständen aus Anlaß der Ernährung. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß mehr und mehr die Unzufriedenheit unter den Frauen geschürt wird und daß die Agitation besonders dahin geht, daß die Frauen durch Verweigerung der Arbeit den Krieg beendigen müßten. Die Beseitigung der im allgemeinen bekannten Hetzer ist dringend erwünscht. Sicherheitshaft muß jedoch nur für den Notfall vorbehalten bleiben. Vielfach besteht die Gefahr, daß sie schon bei der militärgerichtlichen Nachprüfung mangels genauen gerichtlichen Beweises nicht bestätigt wird. In großem Umfange sie durchzuführen, verbietet die Rücksicht auf die Volksstimmung, die in den Häftlingen und ihren Familien nur zu gern Märtyrer fürs Volkswohl sieht. Auch ist nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen, daß sie spätestens mit der nächstfolgenden Reichstagssitzung den auch bei weiten bürgerlichen Kreisen zugkräftigen Schlagworten weichen muß. Ein wirksames Mittel ist die Einziehung aller noch wehrpflichtiger Hetzer in das Heer. Hierdurch kann die Mehrzahl von ihnen der heimischen Wühltätigkeit entzogen werden."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 500 Nr 52 Beih. 10 Bl. 25—26

12. Ablehnung des Generalstreiks durch die SPD- und die Gewerkschaftsführung in Magdeburg im Sommer 1917

„Volksstimme“ vom 14. August 1917

„An die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Magdeburgs!
In den Betrieben wird schriftlich und mündlich zum Generalstreik aufgefordert.

Wir teilen demgegenüber zur Aufklärung mit, daß die Partei und die Gewerkschaften mit dieser Aktion nicht das geringste zu tun haben.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells“

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 858 Bd 2 Bl. 214

13. Streikbewegung im Raum Halle-Merseburg im Sommer 1917

Aus einem Bericht des Regierungspräsidenten von Gersdorff an den Minister für Handel und Gewerbe vom 15. August 1917

„Geheim!

Eurer Excellenz beehre ich mich in Verfolg meiner Telegramme gehorsamst zu berichten, daß die Streikbewegung im hiesigen Bezirk zweifellos noch im Zunehmen begriffen ist. Gestern war die Arbeiterschaft, wie die Nachrichten aller beteiligten Behörden übereinstimmend ergaben, noch vollständig ruhig. Die Bewegung begann mit Versammlungen, die gestern abend in Halle veranstaltet wurden; heute früh zeitig erfolgten die ersten Arbeitseinstellungen in Halle, denen rasch weitere Ausstände in Halle sich anschlossen. Ferner griff — abgesehen von den kleineren Ausständen in Sangerhausen und Rasberg, Kreis Zeitz, die ich bereits telegraphisch gemeldet habe — die Bewegung heute früh nach Leuna bei Merseburg über, wo die mehr als 12 000 Köpfe zählende Arbeiterschaft in den Ausstand trat. Den Anlaß gaben Ansprachen von Agitatoren, die zur Einstellung der Arbeit aufforderten; ich habe sofort Nachforschungen nach den Persönlichkeiten, die leider bisher geheim geblieben sind, angeordnet. Der größere Teil der Leunaer Arbeiterschaft hat sich in einzelnen Gruppen nach Merseburg begeben und bezeichnet als Ziel ihrer Wünsche mehr Lohn, mehr Nahrungsmittel, kürzere Arbeitszeit und sofortigen Friedensschluß! Die Ruhe ist bisher nicht gestört; alle Behörden sind ruhig und entschlossen. Militärische Hilfe vom hiesigen Gefangenenlager und Bataillon ist sichergestellt; doch ist mit den militärischen Kommandobehörden vereinbart, daß ein Einschreiten des Militärs nur im dringendsten Notfalle und nur auf Ersuchen der Zivilbehörden erfolgt. Dem Vernehmen nach sollen die Ausständigen beabsichtigen, Deputationen an mich zu senden; ich habe alle Behörden verständigt, daß ich jederzeit bereit bin, die Abgesandten zu empfangen.

Der Verlauf der Arbeitseinstellungen zeigt in ganz klarer Weise, daß die Bewegung ausschließlich von außen in die Arbeiterschaft hineingetragen worden ist. Ich möchte deshalb nicht unterlassen, eine Nachricht zu erwähnen, die mir in vertraulicher Weise zugegangen ist; ich kann die Verantwortung für ihre Richtigkeit nicht übernehmen, halte sie aber nicht für ganz unmöglich. Danach soll gestern abend in einer geheimen Versammlung in Halle mitgeteilt worden sein, daß für 36 größere Städte die Anweisung zum Generalstreik gegeben sei.

Nach der ganzen Sachlage ist mit einem sofortigen Abflauen der Bewegung nicht zu rechnen. ... Im Einverständnis mit mir hat die Polizeiverwaltung in Halle für heute abend die Abhaltung von Versammlungen, die von den Führern der Ausstandsbewegung angemeldet wurden, untersagt; dasselbe habe ich für Merseburg veranlaßt. . . .“

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 3 Bd 29 Bl. 6—7 v

14. *Agitation in München gegen die Fortsetzung des Krieges*

Aus der Zusammenstellung Nr 5 des Generalstabes des Feldheeres vom 17. August 1917 über feindliche antimonarchistische Propaganda

„Die Zentralpolizeistelle Bayern berichtete am 21. 7. über das Auffinden eines in der Grütznerstraße in München angeklebten Zettels mit nachstehendem Text:

Frauen, Arbeiter, Soldaten!

Der Krieg wird so lange dauern, bis ihr euch endlich zusammenschließt, geschlossen aufsteht, mit aller Kraft und mit allen Mitteln Brot, Freiheit und Frieden fordert! Gegen den Krieg oder Volksmord sind alle Mittel erlaubt!

Kein Brot ohne Frieden!

Kein Friede ohne Revolution!

Der Zettel ist 11 × 22 groß. Die Schrift ist in gut leserlichen blauen 5 bzw. 7 mm großen lateinischen Druckbuchstaben anscheinend mittels Stempelverfahren hergestellt. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen im Stadtbezirke haben ergeben, daß noch 13 gleiche Zettel angeschlagen waren.“

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 I Sekt. 1 Nr 177 Bd 2 Bl. 137 v

15. *Umlauf von Darlehnskassenscheinen mit Antikriegslosungen*

Rundschreiben der Minister des Innern und der Finanzen an die preußischen Mittelbehörden vom 6. September 1917

„Vertraulich!

Nach einer Mitteilung des Herrn Reichskanzlers (Reichsschatzamt) sind in letzter Zeit mehrfach Papiergeldzeichen (Darlehnskassenscheine) angehalten worden, die mit aufreizenden Aufschriften wie z. B.: ‚Kein Frieden ohne Revolution‘, ‚Macht es wie in Rußland, dann haben wir Frieden‘, ‚Hoch die Revolution, nieder mit dem Krieg‘ usw. versehen waren. Es ist erforderlich, derartige Papiergeldzeichen sobald als möglich aus dem Verkehr zu ziehen.

Wir ersuchen daher, die unterstellten staatlichen und sonstigen öffentlichen Kassen vertraulich anzuweisen bzw. anweisen zu lassen, das mit aufreizenden Aufschriften versehene Papiergeld anzuhalten und der

nächsten Reichsbankanstalt oder der Reichsbankhauptkasse in Berlin mit zweckdienlichen Angaben über die Person des Einlieferers usw. zuzuführen.

Die Zahl der hierzu erforderlichen Abdrucke dieses Erlasses ist binnen 8 Tagen im Bürowege bei der Geheimen Kanzlei des Finanzministeriums anzufordern."

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 I Sekt. 1 Nr 157 Bd 10

16. Politische Streiks in Halle und Umgebung im Januar 1918

Telegramm des Regierungspräsidenten von Gersdorff in Merseburg an den Minister für Handel und Gewerbe vom 28. Januar 1918

„In Halle und Umgegend Demonstrationsstreiks zugunsten des Friedens auf der Erklärung der Unabhängigen Sozialisten ausgebrochen. Bericht folgt.

Regierungspräsident"

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 3 Bd 29 Bl. 29

17. Einschüchterung der Arbeitermassen durch den Kommandierenden General des XIX. Armeekorps zur Verhinderung von Streiks

„Leipziger Volkszeitung" vom 29. Januar 1918

„Bekanntmachung!

Warnung an die Arbeiter des Bezirks des XIX. AK

Flugblätter sind aufgefunden worden, deren verhetzender und der Wahrheit direkt zuwiderlaufender Inhalt darauf schließen läßt, daß feindliche Agenten ihre Hand dabei im Spiele haben. Sie bezwecken, deutsche Arbeiter zu einem Generalstreik zur angeblichen Erringung eines sofortigen allgemeinen Friedens zu veranlassen. Wie allgemein bekannt ist, tut die Reichsleitung selbst alles Mögliche zur Herbeiführung eines baldigen Friedens. Dort, wo es möglich war, sind wir bereits in Friedensverhandlungen eingetreten. Bei den Feinden aber, die sich zu den von uns wiederholt angebotenen Friedensverhandlungen noch nicht bereit erklärt haben, muß die Geneigtheit, mit uns Frieden zu schließen, erst noch auf dem Schlachtfeld erzwungen werden. Ein Streik aber zu jetziger Zeit, besonders in der Rüstungsindustrie, würde gerade die entgegengesetzten Folgen haben als die, welche von unverantwortlichen Hetzern vorgetäuscht werden. Er würde nur zur Verlängerung des Krieges beitragen, da unsere Feinde hierdurch lediglich in dem Glauben, den Endsieg erringen zu können, bestärkt und deshalb den Krieg unter allen Umständen fortsetzen würden.

Es ergeht daher an alle Arbeiter des Korpsbezirks die eindringlichste Mahnung, irgendwelchen an sie herantretenden Aufforderungen und Aufwiegelungen zum Streik nicht Folge zu leisten, vielmehr diejenigen zur Anzeige zu bringen, welche mit solchem Ansinnen mündlich oder schriftlich an sie herantreten.

Eine Arbeitsniederlegung in allen mit der Rüstungsindustrie zusammenhängenden Betrieben unter den augenblicklichen Verhältnissen würde nichts anderes als Landesverrat bedeuten, denn nur die deutsche Munitionserzeugung würde dadurch gehemmt und die deutsche Kriegsmacht durch einen solchen Streik gefährdet sowie die Ernährung und Lebensführung der eigenen Volksgenossen schwer geschädigt werden, während der Feind alle Vorteile aus diesem Streik ziehen würde. Deshalb würde auch jede Aufforderung zur Arbeitseinstellung, sei es durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln oder durch mündliche Weiterverbreitung der Aufforderung, für die Beteiligten strafrechtliche Folgen haben, da schon der Versuch des Landesverrats mit schweren Strafen bedroht ist.

Ich behalte mir vor, im Falle eines Streiks sämtliche verfügten Befreiungen vom Heeresdienst bei denjenigen, die sich am Streik beteiligen, rückgängig zu machen.

Ich hoffe aber zuversichtlich, daß der gesunde vaterländische Sinn unserer Arbeiter sie von unüberlegten Handlungen abhalten wird.

Der Kommandierende General
v. Schweinitz"

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 67 Bd 6 Bl. 15

18. *Verteilung eines Flugblattes mit der Forderung nach Beendigung des Krieges und dem Sturz der Regierung*

Bericht des Ersten Staatsanwaltes beim Landgericht III in Berlin an den Justizminister vom 29. Januar 1918

„. . .

Am 10. oder 11. Januar 1918 wurde in der Flugzeugwaffenfabrik Reinickendorf-Ost, Markstr. 32, ein Flugblatt mit der Überschrift: ‚Die Stunde der Entscheidung' verbreitet.

Sein Gedankengang ist folgender:

In Rußland wird z. Z. zum ersten Male in der Weltgeschichte von einer proletarischen Masse der Versuch unternommen, die politische Macht im Staate an sich zu reißen. Die russischen Proletarier suchen unter ungeheuren Schwierigkeiten ein doppeltes Ziel zu erreichen: ein Ende mit dem Völkermord und die Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben daher an alle am Kriege beteiligten Völker einen Aufruf zur sofortigen Einleitung von Friedensverhandlungen ergehen lassen. Wenn die Junkerregierung in Berlin darauf eingegangen ist und sogar als Freundin der russischen Revolution auftritt, so beabsichtigt sie damit nur, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, und verfolgt nur durch neue Mittel die alten Ziele, nämlich Schaffung von politisch und wirtschaftlich abhängigen Zwergstaaten in den besetzten Gebieten, die später von Deutschland und Österreich-Ungarn verspeist werden können, also eine durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur schlecht verschleierte Annexion dieser Gebiete. Der von der deutschen Regierung erstrebte Separatfrieden ist somit nicht geeignet, uns dem allgemeinen Frieden näher zu bringen; er wird vielmehr die Kriegsfurie an den anderen Fronten noch mehr entfesseln. An den Arbeitern und Arbeiterinnen ist es, diese verbrecherischen Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen. Die russischen Arbeiter haben folgenden Notschrei an das deutsche Proletariat ergehen lassen:

‚Wir wenden uns an die arbeitenden Massen in Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Wir schlagen einen Völkerfrieden vor, einen loyalen Vertrag, der allen Völkern freie Entwickelung des Wirtschaftslebens und ihrer Kultur sichert. Ein derartiger Frieden ist nur erreichbar im gemeinsamen direkten blutigen Kampf seitens der revolutionären Massen gegen imperialistische Pläne und annexionistische Bestrebungen.‘

Dieser Appell darf nicht spurlos verhallen. Es gilt, die Herrschaft der Reaktion und der imperialistischen Klassen zu brechen. Dann heißt es wörtlich weiter:

‚Nur durch Massenkampf, durch Massenauflehnung, durch Massenstreiks, die das ganze wirtschaftliche Getriebe und die gesamte Kriegsindustrie zum Stillstand bringen, nur durch Revolution und die Erringung der Volksrepublik in Deutschland durch die Arbeiterklasse kann dem Völkermord ein Ziel gesetzt und der allgemeine Frieden herbeigeführt werden. Und nur so kann auch die russische Revolution gerettet werden.‘

Ferner:

‚Arbeiter! Rüsten wir uns zu hartnäckigen, entschlossenen Massenaktionen in allernächster Zukunft, wenn wir der heutigen Qual und Pein ein Ende bereiten wollen. Die Parole muß lauten:
Fort mit dem Separatfrieden!
Hoch der allgemeine Friede!
Hoch die Republik in Deutschland!‘

und zum Schlusse:

‚Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!
Hoch der Massenkampf der Arbeiter!
Hoch der Sozialismus!‘

Der Inhalt des Flugblattes, welches in aufreizender Sprache geschrieben ist, dürfte den Tatbestand des Hochverrats und Landesverrats — §§ 85, 86, 89 RStGB —, des Vergehens gegen § 130 RStGB und, da es des Vermerkes über den Drucker und Verleger ermangelt, auch der Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 10. März 1916 ... erfüllen.

Die Beschlagnahme des Flugblattes ist durch das Oberkommando verfügt. Über seine Urheber ist bisher nichts ermittelt. Wegen des Verdachts, es in der Flugzeugfabrik Reinickendorf-Ost verbreitet zu haben, sind am 15. Januar 1918

1. der Dreher Albert Starck aus Berlin, Naugarder Straße 36,
2. der Schlosser Eugen Gellwitzki aus Berlin, Kameruner Straße 39,

in Haft genommen worden.

. . .“

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 4454 Bl. 12

19. Politische Streiks in Halle und Umgebung im Januar 1918

Bericht des Regierungspräsidenten von Gersdorff in Merseburg vom 29. Januar 1918 an den Minister für Handel und Gewerbe

„Im Anschluß an mein gestriges Telegramm melde ich gehorsamst, daß die Arbeiterschaften von 15 Fabriken in Halle/S., darunter die der Firma Wegelin & Hübner, der Halleschen Maschinenfabrik AG usw., die Arbeit niedergelegt haben, um eine Demonstration für den Frieden zu veranstalten.

Nur ganz vereinzelt ist auch die Knappheit an Nahrungsmitteln als Grund angegeben worden. Die Zahl der Ausständigen betrug gestern etwa 1000 Mann und ist im Laufe des heutigen Tages auf das Doppelte gestiegen. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist bisher nur in ganz vereinzelten Fällen erfolgt.

Die Verabredung zum Ausstande ist auf Veranlassung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei offenbar von Mund zu Mund gegangen. Die Flugblätter, die unter den Arbeitern verteilt worden sind, haben zwar nicht ausdrücklich zur Arbeitsniederlegung aufgefordert, diese aber in nicht mißzuverstehender Form nahegelegt.

Die Arbeitsniederlegung soll angeblich drei Tage dauern: es ist aber nicht ganz ausgeschlossen, daß sie einen noch größeren Umfang annimmt. Zwei Redner sind in Halle festgenommen worden. Unruhen sind bisher, auch im Laufe des heutigen Tages, nicht zu verzeichnen gewesen.

In Leipzig sind Flugblätter verteilt worden, die ganz offen zur Revolution auffordern.

. . ."

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 3 Bd 29 Bl. 31—31 v

20. Januarstreik 1918

Telegramm des Innenministers Drews an Wilhelm II. vom 30. Januar 1918

„Euerer Majestät melde ich über den Streikverlauf: Die Zahl der Ausständigen in Groß-Berlin ist auf etwa 175 000 angewachsen. Ruhestörungen haben mit einer Ausnahme — Siemensstadt —, wo indeß die Ruhe bereits wiederhergestellt ist, nicht stattgefunden. Vom Oberbefehlshaber in den Marken ist die als ‚Arbeiterrat' bezeichnete Vertretung der Streikenden aufgelöst und das als Versammlungslokal der Streikleitung benutzte Gewerkschaftshaus geschlossen worden sowie ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen.

Im Ruhrrevier sind auf einigen wenigen Zechen Teile der Belegschaften in den Ausstand getreten. Die Teilstreiks in Kiel, Altona, Danzig, Magdeburg und einigen anderen Orten dauern ohne erhebliche Veränderung fort. Die Ruhe ist nirgends gestört."

Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H XXI Gen. Nr 17 Bd 5 Bl. 106

21. *Streikbewegung in hallischen Betrieben im Januar 1918*

Abschriftlicher Bericht der Polizeiverwaltung Halle an den Regierungspräsidenten von Gersdorff in Merseburg vom 31. Januar 1918

„Die Streikenden haben frühmorgens die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen. In den Fabrikbetrieben Wegelin & Hübner und Weise Söhne ist heute vormittag der Arbeitsausschuß an die Fabrikleitungen mit dem Ersuchen herangetreten, sich bei dem stellv. Generalkommando für die Zurückziehung der ergangenen Kriegsbeorderungen zu verwenden. Das Ansuchen ist von diesen Fabrikleitungen mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß sie das nicht tun könnten, weil es sich lediglich um einen politischen Streik gehandelt habe.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Streik diesmal nur von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in die Wege geleitet worden ist, während ihm die alte sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften noch fernstanden. In der streikenden Arbeiterschaft beabsichtigte man gestern, einen Arbeiterrat zu wählen, der die Forderungen der Streikenden, die die gleichen waren wie die von der Berliner Arbeiterschaft aufgestellten, der deutschen Regierung und dem Deutschen Reichstage übermitteln sollte. In den Arbeiterrat sollten gewählt werden:

1. Reichstagsabgeordneter Albrecht,
2. Redakteur Paul Hennig,
3. Tischler Julius Hennicke,
4. Metallarbeiter Paul Banse,
5. Sattler Kurt Starke,
6. Former Bandermann.

In der Arbeiterschaft innerhalb der Fabrikbetriebe, in denen gestreikt wurde, ist noch eine gewisse Erregung wahrzunehmen. Die Streiklust ist aber sicher durch die mehrfachen Einziehungen zum Heeresdienst der in den Ausstand Getretenen gedämpft worden. Auch wird vielfach die drohende Militarisierung der Fabrikbetriebe besprochen.

. . ."

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 3 Bd 29 Bl. 45—45 v

22. *Januarstreik 1918*

Telegramm des Reichskanzlers Hertling an Wilhelm II. vom 4. Februar 1918

„Euer Majestät bitte ich über den Verlauf des Arbeiterstreiks in Deutschland folgendes alleruntertänigst melden zu dürfen.

Am 28. v. M. sind zunächst in Berlin zahlreiche Arbeiter, insbesondere der kriegswirtschaftlichen Betriebe, in Ausstand getreten. Die Bewegung hat sich in den folgenden Tagen auf verschiedene Arbeiterzentren des Reichs übertragen. Ob Anstiftung feindlicher Agenten zum Ausstand mit beigetragen hat, ist nicht zweifelsfrei festgestellt. Sicher aber hat die Revolution in Rußland und der Ausstand in Österreich mit den Boden bereitet. Die Sozialdemokratie behauptet, den Streik

nicht gewollt zu haben und jetzt durch ihre Führer an der Organisation des Ausstandes nur deshalb teilzunehmen, um Ausschreitungen zu verhüten. Daß jedenfalls die unabhängige Sozialdemokratie aktiv an Vorbereitung und Ausführung des Streiks teilgenommen hat, ist kaum zweifelhaft. Mehrheitspartei war bei Beteiligung vermutlich auch von der Furcht geleitet, ihren Einfluß auf Arbeitermassen an die Unabhängigen zu verlieren. Hiesige ausständige Arbeiter bildeten einen Arbeiterrat, aus diesem einen Aktionsausschuß und stellen nachfolgende Forderungen, die mit einzelnen Abweichungen auch von den Ausständigen in der Provinz übernommen wurden:

1. Schleunige Herbeiführung annexionslosen Friedens ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, entsprechend den von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk festgestellten Ausführungsbestimmungen
2. Zuziehung von Arbeitsvertretungen zu den Friedensverhandlungen
3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung unter gleichmäßiger Zuführung der Nahrungsmittel an alle Bevölkerungsklassen
4. Aufhebung des Belagerungszustandes, Aufhebung aller Beschränkungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts, Rückgängigmachung aller militärischen Eingriffe in gewerkschaftliche Tätigkeit
5. Aufhebung der Militarisierung von Betrieben
6. Freilassung aller wegen politischer Handlungen Verurteilten und Verhafteten
7. Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtung, insbesondere Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen von mehr als 20 Jahren in Preußen.

Von der alten Partei sind die Abgeordneten Scheidemann, Ebert und Braun, von den Unabhängigen die Abgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann dem sonst noch aus 9 Vertretern der ausständigen Arbeiter gebildeten vorerwähnten Aktionsausschuß beigetreten. Abgeordneter Scheidemann ersuchte namens des Aktionsausschusses den Staatssekretär des Innern, eine Abordnung aus Abgeordneten und ausständigen Arbeitern zu empfangen. Staatssekretär lehnte dies mit dem Bemerken ab, daß er über allgemeine politische Fragen nur mit Abgeordneten, über gewerkschaftliche Fragen nur mit den Führern der Gewerkschaften, nicht aber mit hiesigen ausständigen Arbeitern verhandeln könne. Den gleichen grundsätzlichen Standpunkt habe auch ich eingenommen und festgehalten, so daß die von den Ausständigen geplante Erörterung mit mir oder meinen Vertretern nicht stattgefunden hat.

In Berlin ist der Ausstand in den letzten Tagen zurückgegangen und heute in vielen Betrieben beendet. Die Höchstzahl der Ausständigen belief sich auf rund 200 000. Im größeren oder geringeren Umfang haben außer in Groß-Berlin und Spandau Ausstände hauptsächlich stattgefunden in Magdeburg, Halle, Köln, Breslau, Danzig, Bielefeld, Altona, Hamburg, Bremen, Lübeck, München, Nürnberg, Fürth, Pirna, Böhlen, Jena, Gotha, Mannheim, Ludwigshafen und Schwerin. Fast an allen diesen Orten ist die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ausständigen haben sich, abgesehen von Berlin, ruhig verhalten. In Berlin ist es mehrfach zu Straßendemonstrationen (Beschädigungen von Straßenbahnwagen) gekommen. Wiederholtes Eingreifen der Polizei war erforderlich. Ein Polizeibeamter wurde durch einen aus der angesammelten Menge fallenden Schuß getötet. Rund 50 Personen sind verhaftet, darunter der der unabhängigen Sozialdemokratie und dem

Aktionsausschuß angehörende Reichstagsabgeordnete Dittmann. Die christlichen und [die] Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben sich gegen Ausstand erklärt, auch die polnische Berufsvereinigung hat Aufruf gegen Streik erlassen. Die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften stehen angeblich dem Ausstand neutral gegenüber. Militärische Maßnahmen sind getroffen, der Arbeiterrat ist aufgelöst, verschärfter Belagerungszustand da, wo erforderlich, verhängt, gefährdete Betriebe sind unter militärische Leitung gestellt. Den Arbeitern ist aufgegeben, die Arbeit an einem bestimmten Tage wieder aufzunehmen.

Sollte etwa an einzelnen Stellen der Streik wieder aufleben, so würde meine Stellung die gleiche bleiben."

Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H XXI Gen. Nr 17 Bd 5 Bl. 60–65

23. *Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Sozialdemokratie*

Aus der Abschrift eines Berichtes des Innenministers Drews an Wilhelm II. vom Februar 1918

„...

Unter denjenigen äußeren Einflüssen, die verhängnisvoll auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in letzter Zeit gewirkt haben, steht die russische Revolution an erster Stelle. In der modernen Zeit haben revolutionäre Entladungen, die in einem der großen Staaten Europas erfolgt sind, stets die unzufriedenen, unruhigen Elemente in den anderen Staaten in Bewegung gebracht, den im Parteileben vorhandenen revolutionären Tendenzen verstärkte Kraft gegeben. Wenn gleichwohl die so verblüffend schnell siegreiche russische Revolution unmittelbare Folgen in Deutschland nicht gehabt hat, so war das naturgemäß in den Kriegsverhältnissen, vor allem in der Tatsache begründet, daß die Revolution in Feindesland ausgebrochen war und die Genugtuung über die Schwächung der Widerstandskraft des feindlichen Landes im Anfang auch bei der deutschen Sozialdemokratie die Genugtuung über den Sieg der revolutionären demokratischen Kräfte überwog. Mittelbar hat die russische Revolution unverkennbar bewirkt, daß in allen Ländern die radikalen Parteien an Macht- und Selbstbewußtsein gewonnen haben, auch in Deutschland. Bei der deutschen Sozialdemokratie kamen die alten besonderen Verbindungen mit den revolutionären Kreisen Rußlands hinzu, Verbindungen, die ja schon 1905 in den bedeutenden materiellen Zuwendungen seitens der deutschen Sozialdemokratie an die russischen Revolutionäre ihren Ausdruck gefunden hatten. Bei den ganz übertriebenen Vorstellungen, die gerade in demokratischen deutschen Kreisen von der Kraft und Festigkeit der zarischen Regierung herrschten, bei der geringen Kenntnis und Unterschätzung der Organisationen und Hilfsmittel der russischen Revolutionäre, andererseits bei der hohen Meinung von der Größe, Kraft und organisatorischen Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie reagierte die Sozialdemokratie beider Richtungen mit hochgesteigertem Bewußtsein der eigenen Macht auf die russischen Vorgänge. Man kann nicht behaupten, daß die russische Revolution in der deutschen Sozialdemokratie den Gedanken an die gewaltsame Anwendung der vermeintlichen eigenen Macht Boden gewonnen hätte, wohl aber wurde die Überzeugung von der Sieghaftigkeit demokrati-

scher Forderungen, von der Selbstverständlichkeit ihrer Erfüllung stärker als je. Und diese Überzeugung beschränkte sich nicht auf die Sozialdemokratie, sie drang mehr oder minder tief in alle diejenigen bürgerlichen Parteien ein, die nicht eine ausgesprochen antidemokratische Richtung vertreten. ..."

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Rep. 87 ZB Nr 205 Bl. 67—68

24. *Bestrafung von Arbeitern wegen Verteilung von Streikaufrufen in Berliner Großbetrieben im Januar 1918*

Bericht des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht III in Berlin an den Justizminister vom 8. März 1918

„Geheim!

1. Der Dreher Rudolf Doms in Berlin-Schöneberg, Goltzstraße 40 a,
2. Der Monteur Friedrich Schwager in Berlin-Schöneberg, Ebersstraße 84,
3. Der Arbeiter Hans Köster in Berlin, Albrechtstraße 22, bei Kleinert,
4. Der Arbeiter Albert Schulz in Spandau, Schönwalder Straße 25,
5. Der Dreher Otto Bollenhagen in Charlottenburg, Olbersstraße 8,
6. Der Betriebsarbeiter Albert Teussert in Berlin, Stallschreiberstraße 26,

sind verdächtig, Ende Januar 1918 zu Spandau versucht zu haben, Arbeiter und Arbeiterinnen — insbesondere der Artillerie-Werkstatt Nord — zur Teilnahme am Streik zu bestimmen,
versuchter Landesverrat §§ 89, 43 RStGB.

Doms verteilte gedruckte Zettel, in denen es heißt:

‚Arbeitskollegen und -kolleginnen!
Das Berliner Proletariat ist für einen sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen mit der Tat eingetreten.

Alle Berliner Großbetriebe stehen geschlossen im Streik. Rund 250 000 Arbeiter — über eine Viertelmillion — hatten am Nachmittage des ersten Streiktages bereits die Arbeit niedergelegt. ... Die Delegierten der Betriebe haben einstimmig einen Arbeiterrat eingesetzt, dem auch eine Frau angehört.

...

Kollegen und Kolleginnen, schließt Euch an!'
Im Werkzeugschrank des Albert Schulz wurden einzelne Stücke von folgenden Flugblättern gefunden:

a) Hoch der Massenstreik! Auf zum Kampf!
b) Männer und Frauen des werktätigen Volkes! ... unterzeichnet: Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten des Deutschen Reichstages und 27 Namensunterschriften. ...
c) Ein mit Schreibmaschine hergestelltes Flugblatt, beginnend: ‚Kollegen und Kolleginnen!
Unsere Hoffnungen auf einen schnellen Frieden wurden bitter enttäuscht. ...'

In ihm wird ausgeführt, es sei Pflicht der Arbeiterschaft aller Länder, dem Krieg Einhalt zu gebieten; die Genossen in Österreich-Ungarn ständen schon im politischen Massenstreik. Sodann wird zu einem

Demonstrationsstreik zunächst auf drei Tage aufgefordert. Überall solle die Forderung nach sofortigem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen nach Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Beschränkungen der Presse und der Versammlungsfreiheit sowie nach sofortiger Entlassung aller wegen politischer Handlungen in Haft befindlichen Personen erhoben werden.

d) Ein Flugblatt mit der Überschrift:

‚Am Montag, dem 28. Januar, beginnt der Massenstreik' und mit den Schlußworten: ‚Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch der Massenstreik!'

In ihm wird zunächst auf den Massenstreik in Österreich-Ungarn und seine angeblichen Erfolge verwiesen. Durch den Massenstreik in Deutschland werde ‚die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu neuem mächtigen Brand entfacht werden.'

Der Massenstreik solle kein kraftloser Protest, kein hohler Demonstrationsstreik auf bestimmte Frist, sondern ein Machtkampf sein.

Als nächste Forderungen werden sodann die gleichen wie im Flugblatt c, als Ziel die Verwandlung des Separatfriedens in einen allgemeinen Frieden aufgestellt. Zur praktischen Durchführung der Bewegung wird zur Bildung eines Arbeiterrates nach russischem und österreichischem Muster aufgefordert.

Über die Urheber und sonstigen Verbreiter der Flugblätter ist nichts ermittelt.

. . ."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 4454 Bl. 30

25. *Unzufriedenheit der Arbeiter im Sommer 1918*

Aus einem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten von Oppen an den Innenminister Drews vom 13. Juli 1918

„Geheim!

Die lange Kriegsdauer, die Ernährungsverhältnisse, die angeblich beabsichtigten Lohnherabsetzungen in Heeresbetrieben – über diese Angelegenheit habe ich unter dem 13. Juli zu 1075. V. d. 18 berichtet – und die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Ergebnis der Wahlrechtsvorlage haben in der Arbeiterschaft eine nicht zu unterschätzende Unzufriedenheit hervorgerufen, die ständig und eifrig, wenn auch möglichst hinter geschlossenen Türen, durch tunlichst unauffällige Verbreitung hetzerischer Flugschriften usw. von den gewissenlosen Leitern der USPD und den Spartakusleuten geschürt wird. . . .

Nach allem, was über die Pläne der Mehrheitsparteiler verlautet, ist bei diesen gerade im Augenblick gar keine Neigung vorhanden, sich an einem Generalausstande zu beteiligen. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen – bestimmte Nachrichten liegen aber zur Zeit nicht vor –, daß an anderen Orten mit großer Arbeiterbevölkerung im Lande und im Reich der Wunsch vorliegt, möglichst sofort oder in nächster Zeit mit Kundgebungen hervorzutreten. Es dürfte sich aber in diesen Fällen mehr um örtliche Pläne handeln.

. . .

Dagegen ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß es zu einem späteren Zeitpunkt doch zu einem Ausbruch kommt; ‚bei der allgemeinen Unzufriedenheit der Arbeiter', sagte kürzlich einer der

Redner in der vertraulich überwachten Kreiskonferenz des 4. Berliner Wahlkreises USPD, ‚bedarf es nur eines kleinen Anstoßes, um den allgemeinen Ausstand zu entfachen.' Der Angelegenheit wird deshalb hier auch weiterhin sorgsamste Aufmerksamkeit gewidmet. . . ."

Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H XXI Gen. Nr 17 Bd 5 Bl. 227–229

26. *Aufforderung zum Vorgehen gegen ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus Sowjetrußland*

Aus einem Schreiben des ehemaligen Offiziers und Geheimen Regierungsrates Bansi an den Landwirtschaftsminister vom 15. Juli 1918

„In einer Unterredung mit Herrn Ministerialdirektor Frhr. v. Hammerstein hatte ich Gelegenheit, den Umfang und die Wirkung der bolschewistischen Agitation unter den deutschen und österreich-ungarischen Kriegsgefangenen in Rußland zu schildern und auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der Rückkehr derartig politisch verseuchter Elemente unserer heimischen Armee erwachsen können. Der Herr Ministerialdirektor gab mir den Rat, meine Ausführungen ihres allgemeinen Interesses wegen schriftlich niederzulegen und Eurer Excellenz zu überreichen.

Indem ich dieser Anregung hiermit nachkomme, darf ich hinzufügen, daß die militärischen Dienststellen sich der geschilderten Gefahr anscheinend noch nicht hinreichend bewußt geworden sind. Trotzdem wir kriegsgefangenen Offiziere jede Gelegenheit zur Orientierung der heimischen Behörden benutzt hatten, waren bei meiner Ankunft in Warschau, d. i. Mitte Juni d. J., noch keine Maßregeln getroffen. Erst von einem Hauptmann Reddelien und mir wurde eine Prüfung der zurückkehrenden Mannschaften auf ihre Haltung in Rußland angeregt und die Festnahme von 3 Soldaten veranlaßt, die sich in Omsk in bolschewistischem Sinne betätigt hatten.

. . .

Hier in Berlin haben wir unser Ziel weiter verfolgt. Ich war vor 14 Tagen bei Herrn Oberstleutnant Petersen, dem Leiter der Gefangenenfürsorgestelle, und fand bei ihm verständnisvolles Gehör. Hauptmann Reddelien war am 12. d. M. nach Berlin gekommen, um Herrn General Groener Vortrag zu halten, konnte aber, da letzterer verreist war, nur seinen Vertreter, einen Major, sprechen. Anscheinend war im Kriegsministerium auch jetzt noch nichts Durchgreifendes angeordnet oder in Aussicht genommen.

Über die Lage selbst dürfte das Kriegsministerium hinreichend unterrichtet sein. Schriftliche und mündliche Berichte, auch von Personen des Mannschaftsstandes, sind zahlreich erstattet. Es kommt deshalb nur noch darauf an, den der Lage entsprechenden Entschluß zu fassen. Dabei ist Gefahr im Verzuge. Denn wenn die zurückkehrenden Kriegsgefangenen erst die Quarantäne in Warschau hinter sich haben, ist die Feststellung der Schuldigen doppelt schwer und das ansteckende Gift nimmt seinen verheerenden Weg in das Volk und das Heer."

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Rep. 87 B Nr 318 Bl. 8–9 v

27. Ankunft Karl Liebknechts in Berlin am 23. Oktober 1918 nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus

„Leipziger Volkszeitung" vom 24. Oktober 1918

„Am Mittwoch hat Karl Liebknecht, der Zuchthäusler, seinen Einzug in Berlin gehalten, umtost von den jubelnden Zurufen der Proletarier, über deren Köpfe die Schutzmannsäbel blinkten.

Vormittags hatte es sich wie ein Lauffeuer in den industriellen Betrieben von Groß-Berlin verbreitet, daß der Amnestierte um 5 Uhr am Abend eintreffen werde, und schon lange vor der Ankunftszeit füllte sich der weite Platz vor dem Anhalter Bahnhof mit vielen Tausenden von Männern und Frauen.

Selbstverständlich waren auch die Hüter der von den Regierungssozialisten garantierten Ordnung in großer Zahl zur Stelle.

An den Straßenecken postierten sich die Schutzleute zu Fuß. Radfahrer hielten sich in Bereitschaft. Berittene bewegten sich zwischen den Menschenspalieren hin und her. — Das alte Bild!

Aus den Augen der Arbeiter und Arbeiterinnen sprach freudige Genugtuung.

Bürger und Offiziere, die hier und dort neugierig fragten, was hier vorgehe, machten erstaunte und erschreckte Gesichter: So empfängt man in Berlin einen Landesverräter?

Kurz vor 5 Uhr wurde der Eingang in das Bahnhofsgebäude abgesperrt. Aber vorher hatten sich schon viele Hunderte auf den Bahnsteig und in die Vorhalle gedrängt. Liebknechts Name war in aller Munde. Ihre Geduld wurde ein wenig auf die Probe gestellt, denn der Zug hatte Verspätung. Vermutungen wurden laut, man könne den Erwarteten genötigt haben, an einer früheren Haltestelle auszusteigen. Endlich gegen 5½ Uhr ertönt das Einfahrtszeichen, und während sich die Menge zusammenballt und zur Schranke hinschiebt, fährt der Zug ein.

Eine Minute noch oder zwei harrt man in gespannter Erwartung. Dann ertönen vom Bahnsteig her Hochrufe. Brausend pflanzen sie sich in der Halle fort und brechen sich an dem hohen Gewölbe.

Aller Augen sind auf den Bahnsteig gerichtet. Da taucht hoch über den Köpfen der Masse von starken Armen getragen Karl Liebknecht auf.

Mit Blumen winkt er den Männern und Frauen, deren Rufen wie Sturmwind dröhnt.

Auf eins der Schalterhäuschen ist ein Soldat gestiegen und reicht von dort aus dem Gefeierten die Hand. Es wirkt wie ein Symbol:

Das Proletariat im Waffenrock begrüßt den, der um des Friedens willen gelitten hat!

Liebknecht versucht zu reden. Aber immer wieder wird seine Stimme durch tausendstimmigen Jubel übertönt. Man trägt ihn zur Treppe.

Jetzt fällt der Schein einer Bogenlampe auf sein Gesicht. Es ist fahl und eingefallen.

Die Zuchthausluft hat ihre Wirkung geübt.

Der Brust eines Proletariers entringt sich der schmerzvolle, knirschende Schrei: Wie haben sie ihn zugerichtet, die — ein scharfes Wort, das wie ein Schwerthieb saust, kennzeichnet die Gewalthaber.

Jedoch es verweht in dem Orkan der Stimmen, die sich draußen auf dem Platze erheben.

Die Menge bedeckt die den Bahnhof umgebenden Straßen.

Über die Rasenplätze strömt sie hinweg. Jeder will den Mann sehen, dessen Name der Arbeiterschaft in diesen Jahren ein Banner war. Liebknecht zieht wie ein Triumphator ein.

Aber er soll sich keine Illusionen machen. Er soll nicht glauben, daß sich Wesentliches geändert habe.

Deshalb hat sich hinter den jubelnden Massen an den Ausgängen des Platzes die Schutzmannschaft zusammengezogen, und kaum ist der Mann des Volkes auf der Straße angelangt, da fliegen die Säbel aus den Scheiden und funkeln in der abendlichen Beleuchtung.

Alle Welt soll wissen, daß die Polizei, die der Scheidemannregierung dient, das, was die kapitalistische Welt unter Ordnung versteht, nicht minder energisch zu schützen entschlossen ist als die, die ihre Plempen dem bürokratischen System früherer Machthaber lieh.

Den Tausenden wird es schlagend vor Augen geführt: es hat sich nichts geändert. Und nun schallt der Schrei über den Platz, um deswillen Liebknecht ins Zuchthaus mußte: ‚Nieder mit der Regierung!' Und er wird ergänzt durch ein ‚Nieder mit Scheidemann!'

Inzwischen hat Liebknecht einen Wagen erreicht, auf dem ihn Adolf Hoffmann und andere Freunde erwarten.

Wieder beginnt er zu sprechen. Er sei der alte geblieben. Jetzt gehe es zu neuem Kampf. Die Arbeiterschaft habe es in der Hand, die Macht zu erobern. Es lebe die Internationale!

Die Pferde der Schutzleute drängen sich zwischen den Wagen und die Menge. Hunderten gelingt es trotzdem, die Kette zu durchbrechen. Sie folgen dem Gefährt durch die Königgrätzer Straße, über den Potsdamer Platz zum Brandenburger Tor.

Die Arbeitermarseillaise umbraust den Zurückgekehrten, der immer wieder Worte an die ihn begleitenden Scharen richtet.

Neues Schutzmannsaufgebot verhindert den Einzug durchs Brandenburger Tor.

Auf Umwegen gelangt man doch auf die Straße der Allerhöchsten Herrschaften. Aber das Gefolge ist allmählich zerstreut! Es kann beruhigt an seine Arbeit gehen. Es hat gesehen: der Mann, den ihm ein barbarisches Urteil entrissen hatte, ist nicht gebrochen. Er hat die Amnestie angenommen nicht als Gabe, die zu Dank verpflichtet, sondern um die Möglichkeit zu haben, die bis aufs Messer zu bekämpfen, die ihm ‚Gnade' zuteil werden ließen."

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB P Nr 122 Bd 1 b Bl. 339

28. Zur politischen Lage in Deutschland am Vorabend der Novemberrevolution

Aus dem 105. Bericht des Büros für Sozialpolitik vom 25. Oktober 1918

„In den arbeitenden Massen ist der Glaube weit verbreitet, daß das deutsche Heer demoralisiert sei, daß Desertionen großen Stils an der Tagesordnung seien und daß mit einer erheblichen Widerstandskraft nicht mehr gerechnet werden dürfe. In diesem Glauben werden die Massen durch zahlreiche Urlauber bestärkt, die, vielleicht in renommistischer Absicht, über Disziplinlosigkeiten berichten. Die Friedenssehnsucht ist aber, zumal in den großen Städten, so ungeheuer groß,

daß die Arbeitermassen gemeinhin weder entrüstet noch entsetzt über die angebliche Lage an der Front sind, sondern vielmehr eine – bestenfalls traurige, oft aber auch hämische – Genugtuung darüber empfinden, daß der Krieg nun enden müsse, wenn auch mit Deutschlands Unterwerfung.

Die sozialdemokratische Presse spiegelt nur zum kleinen Teile die ganze Größe der großstädtischen Friedenssehnsucht wider. ... Die großstädtischen Arbeitermassen sind gegen jedes hoffnungsfreudige Wort über die militärische Lage mißtrauisch. Der Glaube an die Möglichkeit der ‚nationalen Verteidigung' ist bei ihnen unverkennbar nicht groß. Die sozialdemokratische Presse spricht bisweilen von ihr, aber es geschieht mit geringerem Nachdruck als im Anfang des Monats, ja stellenweise mit merklicher Zurückhaltung (‚Hamburger Echo', 24. 10.). Gewiß bekennt sich der ‚Vorwärts' (20. 10.) zur Pflichterfüllung bis zu dem Tage, an dem der Friede erreicht wird, und die ‚Bergarbeiterzeitung' (19. 10.) mahnt, für das neue Deutschland alle Kräfte einzusetzen; ganz zu schweigen von den christlichen Gewerkschaftsblättern, die das gleiche mit wärmsten Worten fordern (‚Holzarbeiter', 18. 10.; ‚Bergknappe', 26. 10.). Es finden sich auch mehr und mehr Mahnungen, die Regierung möge die Selbsterhaltungspflicht des deutschen Volkes dadurch achten, daß sie alles tue, ‚was irgend mit Ehre und Zukunft des Landes verträglich ist', um jetzt den Frieden zustande zu bringen und kein deutsches Blut mehr unnütz zu vergießen (‚Hamburger Echo', 18. 10.). Den gleichen Gedanken haben auch 20 000 Dortmunder Demonstranten am 20. 10. in einer einstimmigen Entschließung zum Ausdruck gebracht, die die Bereitwilligkeit zur äußersten Kraftanstrengung im Falle unerträglicher Bedingungen mit umfaßte.

...

Die Praxis der Unabhängigen Sozialisten stellt sich bereits ganz auf die Verneinung der nationalen Verteidigung ein. Das Bestreben, von den anonymen Wühlereien, die die Arbeiterschaft in Streiks und Demonstrationen hineinzuhetzen trachten, für ihre Partei zu profitieren, ist bei ihnen ganz unverkennbar. Unter irgendwelchen populären Parolen, denen sich auch Anhänger der alten Sozialdemokratie schwer entgegenstellen können, wird in Fabriken versucht, Kundgebungen zu propagieren und für die Teilnahme an ihnen die Arbeit früher zu verlassen. Handzettel werden mit noch nie dagewesener Offenheit verbreitet, und die Propaganda von Mund zu Mund blüht üppiger denn je. Daß in einem Teile der Flugblätter auch die sozialistischen Staatssekretäre scharf angegriffen werden, ist selbstverständlich (‚Rheinische Zeitung', 22. 10.). Die Presse der Unabhängigen spielt sich als Beschützerin aller Demonstrationen auf und reißt die neue Regierung wegen der ‚Polizeibrutalität und Säbelherrschaft' herunter (‚Leipziger Volkszeitung', 17. 10.). Sie geht so weit in der Identifizierung mit den Demonstranten, daß sie Verhaltensmaßregeln für den Fall etwaiger Gasangriffe der Schutzmannschaft in Berlin und anderen Orten gibt (‚Leipziger Volkszeitung', 22. 10.).

Die Entwickelung der russischen Revolution steht natürlich manchen Arbeitern als Vorbild vor Augen. Unklare Vorstellungen von der ‚Diktatur des Proletariats' als einem auch für die deutsche Arbeiterschaft erreichbaren Ziel leiten sie. Die sozialdemokratische Presse warnt mit wachsendem Nachdruck vor der ‚Pest des Bolschewismus' (‚Chemnitzer Volksstimme', 22. 10.), der sich einbildet, der Weltkrieg bedeute den Krach des Kapitalismus. ...

An der Wühlarbeit gegen die Regierung werden sich die auf Grund der Amnestie Freigelassenen großenteils gedankenlos beteiligen. Nichts wäre falscher, als von ihnen irgendwelche Rücksicht oder gar Dank-

barkeit zu erwarten. Sie lassen sich als Märtyrer feiern, was die ‚Leipziger Volkszeitung‘ (23. und 24. 10.) besonders Liebknecht gegenüber ausgiebigst praktiziert, und sehen ihre Befreiung nicht als Gnade oder als ein von den sozialistischen Mitgliedern der Regierung gewährtes Geschenk an, sondern als einfachen Ausdruck der politischen Machtverhältnisse, die zu der Amnestie schlechterdings gezwungen haben. Das ist insoweit richtig, als es für das Ansehen der in die Reichsleitung eingetretenen Sozialdemokraten bei den Massen, denen die Verehrung für Märtyrer noch von der Zeit des Sozialistengesetzes her innewohnt, unumgänglich erforderlich war, daß Liebknecht freigelassen wurde. Daraus erklärt sich auch die Haltung des ‚Vorwärts‘ (20. und 23. 10.) in dieser Frage.

. . .

Auch daß sich die Erbitterung der Massen zum Teil gegen die Krone wendet, ist eine unausbleibliche Begleiterscheinung der militärischen und außenpolitischen Niederlage und besonders der Wilson-Noten. Die ‚Fränkische Tagespost‘ (17. und 19. 10.) hat mit beispielloser Heftigkeit die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen gefordert, wobei sie dem Kaiser die Blutschuld an jedem weiteren Soldatenleben, das noch geopfert werden muß, zuschob; erst nach Bekanntgabe der neuen Verfassungsbestimmungen lenkte sie ein, weil sie das ‚Schattenkaisertum‘ nunmehr für besiegelt hält (22. 10.). Auch ‚Fränkischer Volksfreund‘ und ‚Schlesische Bergwacht‘ sowie der unabhängige Abgeordnete Geyer (Leipziger Versammlung am 20. 10.) fanden scharfe Worte gegen die Krone. ...“

Nachlaß Berlepsch, Rep. 92 Berlepsch Nr 31 b Bl. 133–136

29. *Geplante Wiederverhaftung von Karl Liebknecht und Wilhelm Dittmann*

Schreiben des Zivilkabinetts Wilhelms II. an den Reichskanzler Prinz Max von Baden vom 28. Oktober 1918

„Seine Majestät der Kaiser und König haben den Zeitungen entnommen, daß der vor wenigen Tagen begnadigte frühere Reichstagsabgeordnete Liebknecht bei seiner Ankunft Äußerungen zu der versammelten Menge getan hat, die die Frage nahelegen, ob es sich bei ihnen abermals um den Tatbestand des Landesverrats handelt. Seine Majestät, der die Begnadigung nicht ohne Bedenken vorgenommen hat, wollen einer Äußerung Euerer Großherzoglichen Hoheit entgegensehen, ob die Frage eines neuen Strafverfahrens bereits zu Entscheidungen geführt hat. Um eine gleiche Äußerung lassen Seine Majestät hinsichtlich des gleichfalls begnadigten früheren Abgeordneten Dittmann ersuchen, der in Solingen nach seiner Begnadigung in einer Rede Äußerungen getan haben soll, die zu ähnlichen Erwägungen Anlaß geben.“

Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H XXII Gen. Nr 24 Bd 3 Bl. 5–5 v

30. Pressezensur vor Ausbruch der Revolution

Telegramm der Oberzensurstelle des Kriegspresseamts an das Ministerium des Innern vom 29. Oktober 1918

„Nachstehende Zensurverfügung zur Kenntnis. Auf Anordnung des Obermilitärbefehlshabers wird darauf hingewiesen, daß Nr 47702 O. Z. und Nr 1572 10. 18 Z 3 dahin auszulegen sind, daß unter keiner Bedingung geduldet werden darf, daß in der deutschen Presse die Forderung der Abdankung des Kaisers oder der Dynastie Hohenzollern zum Ausdruck kommt."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 949 Nr 1 b Bl. 747

31. Konferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 in Berlin

„Volksbote" vom 4. November 1918

„Der ‚Volkszeitung' in Mülhausen (Elsaß) wird von ihrem Basler Mitarbeiter geschrieben:

Der schweizerischen Arbeiterpresse wurde dieser Tage ein Bericht zugesandt über eine am 7. Oktober in Berlin abgehaltene Konferenz der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe), die von Vertretern der Spartakusorganisationen aller wichtigen Bezirke und Orte Deutschlands beschickt war; es waren auch einige Vertreter der linksradikalen Bewegung, welche der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht angehören, anwesend. Der Leiter der Konferenz hebt mit sehr scharfer Betonung hervor, daß ein Zusammenarbeiten der Spartakusgruppe mit den Unabhängigen zu dem Wilsonschen Friedensprogramm von der Spartakusgruppe aufs schärfste bekämpft werden müsse, die in dem Wilsonschen Völkerbund nur ein Mittel sieht, die aufkeimende proletarische Weltrevolution zu ersticken. Die Unterschiede zwischen der Gruppe Scheidemann und den Unabhängigen seien eigentlich unbedeutend. Der Versammlung wurde eine Resolution über die weltpolitische Lage vorgelegt; mit der Grundidee der Resolution, in welcher die Richtlinien für die kommenden Aktionen festgelegt werden, erklärte sich die Versammlung einverstanden, ohne die Resolution zum Beschlusse zu erheben. Es wird beschlossen, einen Aufruf an das gesamte deutsche Volk zu erlassen. Einmütig wird auch der Beschluß gefaßt, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort an allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche nicht bereits bestehen. Sehr eingehend wurde die Frage Militäragitation behandelt und darüber definitive Beschlüsse gefaßt, deren Bekanntgabe später erfolgen soll. Die Zusammenarbeit aller revolutionären Gruppen, die sich nach dem Zerfall der früheren Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gebildet haben, wurde auf eine gemeinsame Grundlage gestellt. Dadurch ist ein Zusammenschluß zwischen der linksradikalen Bewegung und der Spartakusgruppe zustande gekommen, womit aber der Eintritt in die Unabhängige Sozialistische Partei nicht verbunden ist. In der Diskussion über die internationale Lage wurde auch der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die Bewegung in Deutschland eine wesentliche moralische Unterstützung durch die russische Revolution gefunden hat. Es wurde beschlossen, den Genossen in Rußland den Ausdruck des Dankes, der Solidarität und brüderlichen Sympathie zu übermitteln, mit dem Versprechen, diese Solidarität nicht nur durch Worte, sondern auch Aktionen entsprechend dem russische Vorbild zu betätigen."

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 482 Adhib. 1 Bd 2 Bl. 28

32. *Versprechungen der Reichsregierung zur Herbeiführung eines baldigen Friedens und bürgerlich-demokratischer Freiheiten mit der Aufforderung zur Wahrung von Ruhe und Ordnung durch die Volksmassen*

Aufruf der Reichsregierung an das deutschen Volk vom 4. November 1918

„Aufruf der deutschen Regierung

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.

Preßfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet.

Doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem andern Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank: durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, uns unentbehrlich in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918

Der Reichskanzler: Max Prinz von Baden

Der Stellvertreter des Reichskanzlers: v. Payer

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums: Dr. Friedberg

Die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Roedern, Dr. v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Freiherr v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts: Ritter v. Mann

Der Kriegsminister: Scheüch“

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 991 Bl. 1

33. *Versuch der SPD-Führung zur Eindämmung der drohenden Revolution*

„Vorwärts“ vom 8. November 1918

„Arbeiter, Parteigenossen!

Der Frieden ist gesichert – in wenigen Stunden wird die Waffenruhe eingetreten sein.

Nur jetzt keine Unbesonnenheiten, die das an der Front beendete Blutvergießen im Lande wieder aufleben machen! Die Sozialdemokratische Partei setzt ihre ganze Kraft ein, Eure Forderungen schnellstens zur Erfüllung zu bringen!

Deshalb haben heute die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion folgende letzte Forderungen an den Reichskanzler gestellt:

1. Freigabe der heute verbotenen Versammlungen.
2. Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit.
3. Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitagmittag.
4. Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung.
5. Umgestaltung des preußischen Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstags.

Ist bis Freitagmittag keine befriedigende Antwort erfolgt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus.
Erwartet weitere Mitteilungen von uns im Laufe des Freitagnachmittag.
Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 482 Bd 14 Bl. 107

34. *Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates in Halle zur Demonstration und Kundgebung am 9. November 1918*

„Volksblatt“, Sonderausgabe vom 8. November 1918

„An die Arbeiterschaft der Betriebe von Halle!

Arbeiter! Der Freiheitskampf des Volkes für den Sozialismus erfordert unser Eingreifen. Laßt heute, am Sonnabend, von vormittags 9 Uhr ab, die Arbeit in allen Betrieben ruhen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird dafür sorgen, daß für die Feierschichten der Lohn gezahlt wird. Versammelt Euch nachdem auf dem Roßplatz.

Um 11 Uhr vormittags findet ein Demonstrationszug durch Ludwig-Wucherer-, Bernburger, Geist-, Gr. Ulrichstraße nach dem Markt statt, wo um 12 Uhr mittags eine Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrates tagt, zu dem alle Arbeiter und Soldaten geladen sind.

Arbeiter, Männer und Frauen! Es ruhe die Arbeit in allen Betrieben! Der Siegestag des Volkes sei Feiertag!

Es lebe der Freiheitsbund der Arbeiter und Soldaten!

Halle (Saale), den 8. November, abends

Der Arbeiter- und Soldatenrat für Halle“

Heimatmuseum der Stadt Halle (Saale), Zeitungsausschnittsammlung

35. *Abdankung Wilhelms II. am 9. November 1918*

Aus der Niederschrift über die Vorgänge im deutschen Großen Hauptquartier in Spaa (Belgien)

„. . .

Am 8. November abends fand hierüber zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem Generaloberst v. Plessen und dem Generalleutnant Groener eine Besprechung statt. Die Lage hat sich bis dahin wie folgt entwickelt: Es waren Nachrichten eingegangen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den großen Städten, an der Küste, im Westen und im Süden die tatsächliche Gewalt an sich gerissen hätten. Die Rheinlinie und die wegen des nahe bevorstehenden Waffenstillstandes an und hinter diese zurückverlegten großen Magazine aller Art sowie die im Innern gelegenen wichtigeren Bahnknotenpunkte waren im Besitze der Revolutionäre. Die Verpflegungs- und Munitionsbestände beim Feldheere reichten nur noch für wenige Tage aus, während die Zufuhr von rückwärts bereits mehrfach, z. B.

in Köln und München, verhindert worden war. Die Besatzungstruppen in der Heimat waren fast überall zur Revolution übergegangen, und die dorthin entsandten, von den Kommandobehörden als ganz zuverlässig bezeichneten Truppen waren den bösen Einflüssen der Heimat sofort erlegen. Die Etappenformationen waren völlig verseucht, und auch das Feldheer zeigte Spuren der Zersetzung. Aufgelöste Truppen und zahllose Deserteure bestürmten zu vielen Tausenden in Lüttich und Namur die Eisenbahnen. Eine für besonders zuverlässig gehaltene Division, die für die Aufgabe ausgesucht war, den Rücken des Großen Hauptquartiers gegen die von Köln bis Aachen vorgekommenen Aufständischen zu decken, kündigte den Offizieren den Gehorsam und setzte sich gegen deren ausdrücklichen Befehl in Bewegung, um nach Hause zu marschieren. Für die an anderer Stelle Aachen gegenüberstehenden Landsturmbataillone mußte notgedrungen die Weisung zum Abmarsch gegeben werden, weil die Leute erklärten, daß sie sonst ihren Posten eigenmächtig verlassen würden.

Angesichts dieser Verhältnisse bezeichnete General Groener den Plan eines Vormarsches gegen die Heimat als aussichtslos. Bestimmend hierfür war, daß nicht mehr alle Truppen bereit und geeignet waren, gegen die Revolution in der Heimat zu kämpfen.

Das rasche Herausfinden, Vereinigen und Verwenden zuverlässiger Truppen hätte außerdem bei ihrer Verteilung auf dem weiten Raum zwischen dem Kanal und der Schweiz auch da große Schwierigkeiten geboten, wo sie nicht, was meist der Fall war, gerade in engster Fühlung mit dem Feinde standen. Darauf, daß die Tätigkeit sich in der Heimat nur auf geringere Zusammenstöße beschränken werde, konnte nicht mit Sicherheit gerechnet werden. Vielmehr mußte man auf ernste Kämpfe an der starken Rheinfront, beim Durchschreiten Deutschlands und in Berlin, also auf einem Wege von rund 600 Kilometern, gefaßt sein. Dazu aber hätten den mit geschulten und wohlbewaffneten Truppen vermischten Aufständischen und den von diesen besetzten Festungen gegenüber stärkere Formationen gehört, als günstigstenfalls in der Eile zusammengerafft werden konnten, und erheblich mehr Munition und Verpflegung, als zur Verfügung standen. Zu dem unvermeidlichen Bürgerkrieg mußte sich obendrein die Fortsetzung des blutigen Ringens mit der zweifellos vom Westen nachdringenden Entente gesellen.

. . .

Am 9. November vormittags 10 Uhr fand bei Seiner Majestät der militärische Vortrag über die Lage durch den Generalfeldmarschall und General Groener statt. Dabei waren anwesend: Generaladjutant Generaloberst v. Plessen; Generaladjutant Generalmajor Freiherr Marschall, Chef des Militärkabinetts; Major Niemann, Vertretung der Obersten Heeresleitung bei Seiner Majestät, und General Graf Schulenburg, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz; Staatssekretär a. D. v. Hintze, Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung, kam zeitweise hinzu, wenn er Seiner Majestät Meldung zu machen hatte.

Zu Beginn des Vortrages bat der Generalfeldmarschall Seine Majestät um seine Entlassung, weil ihm der Gedanke namenlos schwer fiel, seinem Kriegsherrn von einem Entschluß abraten zu müssen, den er dem Herzen nach freudig begrüßte, dessen Ausführung er aber nach reiflicher Überlegung als unmöglich bezeichnen mußte. Seine Majestät behielt Sich die Entscheidung vor. General Groener erörterte dann die oben geschilderte Sachlage und erklärte den Gedanken einer Unternehmung des Feldheeres gegen die Heimat aus den gleichfalls bereits dargelegten Gründen für unausführbar. Der Generalfeldmarschall stimmte dieser Anschauung bei.

. . .

Die Frage der Abdankung Seiner Majestät war während des Vortrages über die militärische Lage nicht berührt worden. Erst gegen Ende dieses Vortrages traf die erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichskanzlei in Berlin ein. Die Aufforderungen wiederholten sich alsdann mit immer größerer Dringlichkeit, so daß der militärische Vortrag abgebrochen werden mußte. Seine Majestät begab sich mit den Anwesenden in den Park. Dort wurden die weiteren Beratungen in Form von einzelnen Besprechungen Seiner Majestät mit wechselnden Gruppen der Anwesenden und zwischen solchen Gruppen untereinander fortgesetzt.

Im Garten erschien auch der Kronprinz, welcher den Kaiser bat, die Armee nicht zu verlassen, sondern zu seiner Heeresgruppe zu kommen, mit der er den Marsch in die Heimat in Sicherheit ausführen könne. Ferner erschien im Park gegen 1 Uhr Oberst Heye von der Obersten Heeresleitung, um Seiner Majestät Meldung von dem Ergebnis einer Besprechung mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren der Heeresgruppen Kronprinz Ruprecht, Deutscher Kronprinz und Gallwitz zu erstatten. Diese höheren Offiziere waren, wie schon weiter vorn erwähnt worden ist, von der Obersten Heeresleitung nach Spaa berufen worden, um über die Stimmung im Heere zu berichten. Der Feldmarschall hatte nur einen Teil der damals nicht vollzählig versammelten Herren des Morgens unmittelbar vor dem Vortrage bei Seiner Majestät flüchtig begrüßen können und mußte die weiteren Verhandlungen dem Oberst Heye überlassen. Dieser hatte den Offizieren folgende Fragen vorgelegt: 1) Wie steht die Truppe zum Kaiser? Wird es möglich sein, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wiedererobert? 2) Wie steht die Truppe zum Bolschewismus? Wird sie den Kampf mit der Waffe gegen die Bolschewisten in der eigenen Heimat aufnehmen?

Die Frage 1 beantwortete ein Offizier mit ja, 15 ließen die Antwort mehr oder weniger zweifelhaft, 23 verneinten die Frage. Im Gegensatz zu den Annahmen des Generals Graf Schulenburg hatten hierbei von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vier Offiziere die Beantwortung zweifelhaft gelassen, 12 sie verneint und keiner sie bejaht. Zur Frage 2 verneinten acht Offiziere die Möglichkeit, ihre Truppen gegen den Bolschewismus einzusetzen, 12 hielten erst eine längere Zeit der Ruhe für nötig, um durch entsprechende Aufklärung und Übung die Truppe für solchen Kampf in die Hand zu bekommen, und 19 ließen es zweifelhaft, ob ihre Truppen ganz oder wenigstens teilweise gegen den Bolschewismus kämpfen würden. Oberst Heye meldete dem Kaiser demgemäß: ‚Die Truppe ist Eurer Majestät noch treu ergeben, aber sie ist müde und gleichgültig, will nur Ruhe und Frieden haben. Gegen die Heimat marschiert sie jetzt nicht, auch nicht mit Eurer Majestät an der Spitze. Sie marschiert auch nicht gegen den Bolschewismus; sie will einzig und allein bald Waffenstillstand haben, jede Stunde früher ist daher wichtig.‘ Der Kaiser fragte nun, ob die Armeen auch ohne ihn geordnet nach Hause marschieren würden. General Graf Schulenburg verneinte, General Groener bejahte, Oberst Heye antwortete mit den Worten: ‚Das Heer marschiert unter seinen Generalen allein geordnet nach Hause; es ist in dieser Beziehung noch fest in Hand seiner Führer. Und wenn Eure Majestät mit ihm marschieren, so ist es der Truppe recht und ihr eine Freude. Nur kämpfen will das Heer nicht mehr, weder nach außen noch nach innen.‘

...

Zur Begründung der Aufforderung zu sofortiger Abdankung wurde von der Reichskanzlei geltend gemacht, daß in Berlin heftige Straßenkämpfe stattfänden. ‚Berlin flösse in Blut‘, die Truppe sei über-

gegangen, nur so könne man den Bürgerkrieg vermeiden. Nach anfänglich vergeblichen Versuchen, über den Umfang und die Bedeutung der gemeldeten Straßenkämpfe unmittelbar Auskunft von den militärischen Behörden oder dem Kriegsminister zu erlangen, bestätigte der Chef des Generalstabes beim Gouvernement Berlin, Major v. Berge und Herrendorf, zwar, daß die Truppen in der Mehrzahl übergegangen seien, er stellte aber die Straßenkämpfe als wesentlich geringfügiger dar. Davon, daß die Straßen in Blut flössen, sei keine Rede, es seien 20 bis 30 Verwundete gemeldet.

. . .

Als Grund für die sofortige Abdankung, die jetzt auch von den bürgerlichen Regierungsmitgliedern für unvermeidlich gehalten wurde, wurde weiter angegeben, daß dieser Schritt die einzige Möglichkeit sei, die Dynastie zu retten. Der Entschluß müsse sofort gefaßt werden, es handle sich nicht um Stunden, sondern um Minuten ...

Auf Befehl Seiner Majestät setzte der Staatssekretär eine Erklärung Seiner Majestät an den Reichskanzler des Inhalts auf, daß Seine Majestät, um Blutvergießen zu vermeiden, bereit sei, als deutscher Kaiser abzudanken, aber nicht als König von Preußen; Seine Majestät wolle auch aus dem Grunde König von Preußen bleiben, um zu vermeiden, daß durch den bei Seiner Abdankung erfolgenden gleichzeitigen Abgang der Mehrzahl der Offiziere die Armee führerlos werde und sich auflöse. Seine Majestät wolle keinen Bürgerkrieg. Seine Majestät würde für den Fall der Abdankung als deutscher Kaiser dem Feldmarschall v. Hindenburg befehlen, den Oberbefehl über das deutsche Heer zu übernehmen und selbst bei den preußischen Truppen bleiben.

Der Kaiser war also trotz des Drängens der Berliner Regierung fest entschlossen, König von Preußen zu bleiben und sein preußisches Heer in die Heimat zu begleiten. Die entscheidende Wendung trat erst durch das weitere Verhalten der Regierung ein.

Während noch die oben erwähnte Erklärung niedergeschrieben wurde, telephonierte nämlich der Unterstaatssekretär Wahnschaffe aufs neue, die Abdankungserklärung müsse binnen wenigen Minuten da sein, sonst sei alles verloren. Staatssekretär v. Hintze erwiderte, daß der Entschluß Seiner Majestät zu erwarten sei und daß darauf gewartet werden müsse. Als dann der Staatssekretär die inzwischen von Seiner Majestät genehmigte und vollzogene Erklärung zu telephonieren begann, wurde er vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe unterbrochen: ‚Das nütze nichts, es müsse völlige Abdankung ausgesprochen werden und Herr v. Hintze möge zuhören, was ihm jetzt telephoniert werde.‘ Nachdem der Staatssekretär v. Hintze hiergegen Einspruch erhoben und verlangt hatte, daß zuvor der Entschluß Seiner Majestät angehört werden müsse, geschah dies, aber in unmittelbarem Anschluß daran wurde mitgeteilt, daß bereits nachstehende Erklärung durch Wolffs Büro veröffentlicht worden wäre, die alsbald auch durch Funkspruch bei einzelnen Truppen bekannt geworden ist:

‚Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler ... vorzuschlagen ...‘

. . .

Seiner Majestät wurde die Tatsache der vom Reichskanzler erlassenen Bekanntmachung über die Abdankung durch den Generaloberst v. Plessen und den Staatssekretär v. Hintze um 2 Uhr 10 gemeldet.

Allerhöchstderselbe erklärte: ‚Ich bin und bleibe König von Preußen und als solcher bei meinen Truppen', und beauftragte den Staatssekretär, den Generalfeldmarschall und General Groener, welche kurz vorher die Kaiservilla verlassen hatten, von der neuen Wendung in Kenntnis zu setzen.

. . .

Etwa um 4 Uhr begaben sich die Teilnehmer der Besprechung mit Ausnahme des Grafen Schulenburg, der in sein Standquartier zurückkehrte, wieder zu Seiner Majestät. Generaloberst v. Plessen und Admiral Scheer waren anwesend. Der Kaiser äußerte sich erneut gegen den Gewaltakt des Reichskanzlers und blieb dabei, daß er sich nur bereit erklärt habe, auf die Kaiserkrone zu verzichten. Der Generalfeldmarschall berichtete hierauf über das Ergebnis der stattgehabten Besprechung und trug vor, daß militärische Kräfte zur Niederwerfung der Revolution nicht zur Verfügung ständen. Sodann berichtete er über den vom Staatssekretär gemachten Vorschlag eines nicht zu veröffentlichenden Protestes. Seine Majestät war hiermit einverstanden. Seine Majestät äußerte, daß nunmehr der Generalfeldmarschall den Oberbefehl übernehmen und das Heer in die Heimat zurückführen müsse. ...

Der Generalfeldmarschall verließ den Kaiser um 5 Uhr nicht mit dem Gefühl dauernder Trennung, sondern in der festen Überzeugung, seinen kaiserlichen und königlichen Herrn am nächsten Morgen wiederzusehen und seine endgültigen Befehle entgegenzunehmen. Gegen 7.30 Uhr kam Generaloberst v. Plessen zum Generalfeldmarschall in dessen Geschäftsgebäude und teilte ihm mit, daß Seine Majestät sich inzwischen entschlossen habe, dem Vortrage am Nachmittag entsprechend, nunmehr nach Holland abzureisen ..."

HA Rep. 53 E I Weltkrieg Nr 5

36. *Versuch der Ebert-Regierung zur Abwürgung der Revolution*

Aufruf des Reichskanzlers Ebert an das deutsche Volk vom 9. November 1918

„Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden, und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht Aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918

Der Reichskanzler
Ebert"

Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 991 Bl. 4

37. *Zum 9. November 1918 in Berlin*

„Die Rote Fahne" vom 10. November 1918

„Stolz weht die rote Fahne über der Reichshauptstadt. Spät ist Berlin dem glorreichen Beispiel der Kieler Matrosen, der Hamburger Werftarbeiter und den Soldaten und Arbeitern verschiedener anderer Städte gefolgt. Die Bewegung hat auch hier trotz umfassender Rüstungen von Polizei und Militär einen schnellen ersten Sieg errungen. Die Soldaten folgen dem roten Banner, und die Polizei hat kapituliert, ihre Ohnmacht erkennend. Die rote Fahne weht über Berlin, der Kaiser hat abgedankt, ein neues Ministerium wird gebildet. Es ist wie bei allen bürgerlichen Revolutionen: die Ereignisse überstürzen sich, alle Ereignisse scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist die Atmosphäre des Tages, so spricht Marx. Aber er spricht auch von dem Katzenjammer, der den bürgerlichen Revolutionen folgt. Hüten wir uns vor einem Katzenjammer. Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertumes, sie muß nicht nur ein Ende machen mit jener unheilvollen Zersplitterung in Vaterländer und Vaterländchen, ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! Ihr Banner ist nicht die schwarzrotgoldene Fahne der bürgerlichen Republik von 1848, sondern die rote Fahne des internationalen sozialistischen Proletariats, die rote Fahne der Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 und 1912. Die Umwälzung im Deutschen Reiche muß unter diesem Zeichen die Bahn freimachen für den Sozialismus. Aus dem Schutt und den Trümmern des Weltkrieges muß das revolutionäre, siegreiche Proletariat die neue Wirtschaft errichten. Dazu bedarf es der politischen Macht und der wirtschaftlichen Kräfte. Die nächsten Aufgaben auf diesem Wege sind schneller Friede, wirkliche proletarische Herrschaft, Umbau der Wirtschaft vom Scheinsozialismus des Krieges zum wirklichen Sozialismus des Friedens. Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen und vielleicht von Rückschlägen nicht freien Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu freuen. Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt Eure Macht! Behaltet die Waffen! Haltet fest an den alten sozialistischen Forderungen der Republik und des Sozialismus! Denkt daran, daß alle Reformen nur Stückwerk sind, wenn sie nicht als Mittel betrachtet werden, endlich aus dem Elendstal des Kapitalismus in das so lange ersehnte Land

der Errichtung des Sozialismus zu führen! Laßt euch nicht täuschen durch allzu schnelles Umlernen! Es gilt, das Errungene zu behaupten und weiter auszubauen!

Vorwärts unter dem siegreichen Banner der roten Fahne!"

Rep. 92 Bovenschen C VII Nr 2

38. *Maßnahmen der sozialdemokratischen Regierung zur Beruhigung der Volksmassen*

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918

„An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918

Ebert Haase Scheidemann Landsberg Dittmann Barth"

Reichsgesetzblatt Nr 153, 1918, S. 1303–1304

39. Verlauf der Revolution in Dresden

Bericht des preußischen Gesandten Grafen von Schwerin in Dresden an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 13. November 1918

„Seitdem ich zuletzt unterm 8. d. M. über die programmatische Rede des Staatsministers Dr. Heinze berichtet habe, hat die Entwickelung der Verhältnisse in Sachsen zunächst einen reißenden Fortgang genommen, den ich in meinem Telegramm vom 10. d. M. kurz meldete. Bereits am 8. d. M. abends formierte sich auf dem Altmarkt, woselbst sich eine große Menschenmenge versammelt hatte, auf Aufforderung einiger Trupps Soldaten ein revolutionärer Zug, der sich ohne wesentliche Schwierigkeiten der Wachen, Kasernen und Kommandantur bemächtigte. In letzterer bildete sich noch in der Nacht ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat, dem der Hauptmann Thierig vom stellvertretenden Generalkommando im Interesse baldiger Wiederherstellung geordneter Verhältnisse beitrat. Im Laufe des 9. fanden sich sämtliche Militär- und Zivilbehörden bereit, in ihrer bisherigen Zusammensetzung unter Leitung und Aufsicht dieses provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats weiter zu arbeiten. Am 9. nachmittags sollte eine große Volksversammlung auf dem Theaterplatz stattfinden, woselbst der Abgeordnete Liebknecht sprechen wollte; dieser war jedoch durch seine Tätigkeit in Berlin am Erscheinen verhindert, und die Versammlung, bei der u. a. der Redakteur Grötzsche sprach, war durch das ungünstige Wetter sehr beeinträchtigt. Abends wurde eine Volksversammlung in der Zentralhalle abgehalten, bei der es zur Gründung eines revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats kam. Dieser schien in der Nacht vom 9. zum 10. die Leitung in Dresden in die Hand zu bekommen, es erfolgte aber schließlich eine Einigung mit dem provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat, so daß der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat ins Leben trat. Bei diesem scheinen allerdings die Unabhängigen Sozialdemokraten das Übergewicht zu haben, und zeichnen für ihn die Herren Rühle und Schwarz. Am 10. vormittags tagte eine Versammlung im Zirkus Sarrasani, bei welcher der Landtagsabgeordnete Fleissner (Unabhängige Sozialdemokraten) das Aufhören der sächsischen Monarchie proklamierte: die I. Kammer gelte als nicht mehr vorhanden, die II. sei sofort aufzulösen, und eine auf Grund von allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen zu berufende Nationalversammlung solle für das künftige politische Leben Sachsens der maßgebende Faktor sein. Im Anschluß an die Versammlung wurde die rote Fahne auf dem Schloß gehißt.

König Friedrich August und die königliche Familie haben bereits am 8. d. M. Dresden verlassen. Eine Abdankung hat bisher nicht stattgefunden.

Seitdem ist in der revolutionären Bewegung, die ähnlich auch in den übrigen Städten Sachsens verlaufen zu sein scheint, ein gewisser Beharrungszustand eingetreten. Der Vereinigte revolutionäre Ar-

beiter- und Soldatenrat hat den Minister des Innern Dr. Koch gebeten, die Geschäfte weiterzuführen; dieser erklärte sich hierzu unter dem Vorbehalte, daß er mit dem Gesamtministerium solidarisch sei, bereit. Einen in den heutigen Blättern nunmehr erschienenen Aufruf des genannten Ministers, in welchem er im Einverständnis mit dem Gesamtministerium, um die Staatsmaschine in Tätigkeit zu erhalten und das Land damit vor Unordnung und Hungersnot zu bewahren, an alle Beamten und Angestellten im Bereiche des Ministeriums des Innern die dringende Aufforderung richtet, auf ihrem Posten auszuharren und ihre Pflicht wie bisher zu erfüllen, beehre ich mich im Ausschnitt beizufügen. Die übrigen Minister befinden sich gleichfalls noch auf ihren Posten.

. . ."

Gesandtschaft Dresden, Rep. 81 VI A Nr 1 Bd 4 Bl. 186–187

40. *Übernahme der vollziehenden Gewalt im Regierungsbezirk Merseburg durch den Arbeiter- und Soldatenrat*

Abschrift einer Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Gersdorff und des Bezirksarbeiter- und soldatenrates vom 13. November 1918

„Bekanntmachung

Die Vertreter des Vereinigten Arbeiter- und Soldatenrates des Regierungsbezirks Merseburg haben dem Unterzeichneten mitgeteilt, daß sie im Auftrage der Reichsregierung die vollziehende Gewalt übernommen haben. Gemeinsam mit den Beamten der Regierung habe ich diese vollziehende Gewalt anerkannt und mich und die mir unterstellten Behörden zur Verfügung gestellt. Ich ersuche nunmehr alle mir unterstehenden Behörden und Beamten, im Interesse des Vaterlandes diesem Beispiel zu folgen und die Verfügungen und Anordnungen, die von dem Arbeiter- und Soldatenrate erlassen werden, sofort und gewissenhaft auszuführen.

Der Bezirksarbeiter- und soldatenrat legt besonderen Wert darauf, daß die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf das strengste gewahrt werden sowie daß die Versorgung des Regierungsbezirks mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen gesichert und, soweit möglich, gebessert wird. Ich erwarte, daß sämtliche Beamten und Behörden die Arbeiter- und Soldatenräte bei diesem Bestreben unter Aufbietung aller Kräfte unterstützen sowie überhaupt alle ihnen obliegenden Pflichten treu weiter erfüllen werden.

Ich ersuche die Herren Landräte und die Magistrate und Polizeiverwaltungen der Stadtkreise, vorstehendes schleunigst in geeigneter Weise bekanntzugeben. Ebenso ist der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. d. M. über die von ihm aufgestellten Richtlinien umgehend, soweit er noch nicht in den Zeitungen erschienen ist, durch öffentlichen Anschlag oder dergleichen bekanntzugeben.

Der Regierungspräsident: v. Gersdorff
Der Arbeiter- und Soldatenrat: Albrecht-Halle; Alfred Oelßner-Weißenfels-Zeitz; Valentin Kalbfleisch, Weißenfels; Richard Fernschild, Naumburg; Paul Langer; Franz Jahnel; Franz Neubert."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 1373 a Nr 6 Bl. 22

41. *Bemühungen des reaktionären Staatsapparates in der Provinz Sachsen und des Arbeiter- und Soldatenrates in Magdeburg zur Eindämmung der revolutionären Aktionen der Volksmassen*

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Magdeburgs, des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und des stellvertretenden Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 14. November 1918

„Ruhe und Ordnung!

Eine politische Umbildung ist im Gange.

Alle Änderungen können nur allmählich durchgeführt werden. Zunächst sind in allen größeren Orten des Korpsbezirks Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Als Vertreter des werktätigen Volkes und der Soldaten bei Ausübung der Militär- und Zivilgewalt sind diese den bestehenden Militär- und Zivilbehörden für die Fortführung der Militär- und Zivilverwaltung mitbestimmend und mitverantwortlich zur Seite getreten. Gemeinsame Aufgabe aller Zivil- und Militärbehörden und aller Arbeiter- und Soldatenräte ist ruhiges und festes Zusammenarbeiten mit dem einen Ziel, Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Alle Verordnungen über die Lebensmittelversorgung bleiben in Kraft. Jedermann hat an der Durchführung der Volks- und Heeresversorgung mitzuarbeiten, um das Volk vor Hungersnot zu bewahren.

Strengste Selbstzucht muß geübt werden. Die Rationierung der Lebensmittel muß beachtet werden. Keiner darf vom andern dulden, daß er durch strafbare Handlungen die Volksernährung gefährdet.

Die Demobilmachung bringt große Mengen Soldaten in die Heimat zurück. Unterstütze jeder werktätig die Militär- und Zivilbehörden in ihrer pflichtmäßigen Fürsorge für Aufnahme, Verpflegung und Unterbringungen derselben.

Proviantämter, Lebensmittellager, Mühlen, Magazine, große Güter usw. müssen durch Stellung von Bürger- und Militärwachen vor Plünderung und Raub geschützt werden.

Volk und Heer können die jetzige schwere Zeit nur überwinden, wenn jedermann, in Zivil und Uniform, freiwillig streng seine Pflicht tut.

Magdeburg, den 14. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat Magdeburgs: Brandes, Wittmaack, Pinthus	Der Oberpräsident der Provinz Sachsen: v. d. Schulenburg	Der stellvertr. Kommandierende General des IV. AK: v. Werder, General der Kavallerie z. D.“

Heimatmuseum der Stadt Halle (Saale), Zeitungsausschnittsammlung

42. *Einschränkung der Gewalt der Arbeiter- und Soldatenräte durch den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin*

Aus einer Erklärung des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin vom 23. November 1918

„An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!

Der Vollzugsausschuß des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reiches und Preußens diesen die exekutive Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht: sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltungen zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle verständig ausgeübt einzurichten. Alle störenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Festnahmen im gewöhnlichen Ordnungs- und Sicherheitsdienst handelt.
3. Beschlagnahmen irgendwelcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentliche Körperschaften anderer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten von den Gemeindeverwaltungen oder sonstigen öffentlichen Körperschaften verwaltet werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Bankdepots.

5. Alle Eingriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

. . .“

Staatsministerium, Rep. 90 a D I 1 Nr 15 Bl. 12

43. *Absetzung des Bürgermeisters von Eckernförde, Dr. Albers, durch den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat*

Schreiben des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates in Eckernförde an den preußischen Innenminister vom 25. November 1918 (vgl. Nr 62)

„Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß in seiner Vollsitzung einstimmig, den Bürgermeister der Stadt Eckernförde, Dr. Albers, von seinem Amt als Bürgermeister zu entsetzen.

Albers wurde vor ca. einem Jahr hier gewählt, seine bisherige Tätigkeit ist vollständig ungenügend. Als ehemaliger Hauptmann glaubt er die Bevölkerung im militärischen Sinne zu regieren, besonders behandelt er seine Beamten in dieser Art. Er war eifriger Vertreter der Vaterlandspartei und hat vieles getan, um die Bevölkerung ins Fahrwasser der Alldeutschen zu bringen. Schon vor der Revolution war es ein allgemein offner Wunsch der gesamten (auch der bürgerlichen) Bevölkerung, daß Albers abgesetzt werden soll.

Bei den Verhandlungen der Beauftragten des Arbeiterrats mit ihm, wie er sich zu der Neuordnung stellte und ob er im Sinne des Arbeiterrats handeln wollte, gab er deutlich seine Gegnerschaft zum Ausdruck. Unserer Überwachung und Kontrolle begegnet er mit Unehrlichkeit und versucht sie mit schmierigen Entschuldigungen zu durchkreuzen oder illusorisch zu machen. Unsere Anordnungen auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, wie überhaupt zur Demobilisation, deren Durchführbarkeit nach reiflichen Beratungen feststeht, führt er nicht durch oder verschleppt diese.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Eckernförde, gestützt durch einstimmigen Willen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften und durch Mehrheitswillen der gesamten Bevölkerung von Eckernförde, ersucht die Preußische Regierung um die Sanktion ihres Beschlusses.

. . .“

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 3857 Nr 1

44. *Forderung der Bremer Linken nach Weiterführung der Novemberrevolution entsprechend dem russischen Vorbild*

Aus „Der Kommunist, Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands“, Bremen, vom 1. Dezember 1918

„Rußland und wir

. . Rußland und wir! Es gibt in ganz Deutschland — nein, in ganz Europa, in der gesamten kapitalistischen Welt, kaum einen Menschen mehr, der nicht zu dieser Frage Stellung nehmen müßte: Rußland

und wir — Rußland und die deutsche Arbeiterklasse. Diese Frage ist die Frage nach der Stellung des deutschen Proletariats zu dem revolutionären sozialistischen Rußland, dem Rußland der Bolschewiki.

Rußland und wir! Alle Welt weiß, welch entscheidende Bedeutung dieser Frage zukommt — entscheidend für die Entwicklung der gesamten kapitalistischen Welt, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus, entscheidend für das Schicksal des internationalen Proletariats für eine ebenso lange Zeitdauer.

. . .

Das deutsche Proletariat war es, das im Februar 1918 nach Abbruch der ersten Verhandlungen mit Rußland mit der Waffe in der Hand sich gegen die russische Revolution aufs Schlachtfeld schicken ließ, um dieser den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk aufzuzwingen. Damals — im Februar, war der erste kritische Augenblick, in dem es für das deutsche Proletariat galt, in Solidarität mit den Russen den proletarischen Klassenkampf aufzunehmen, die Fronten neu zu formieren, sich unter die roten Fahnen — wider die international vereinigten Mächte des Imperialismus zu stellen. Damals galt es für das deutsche Proletariat, die deutsche, die russische, die Weltrevolution in Rußland zu verteidigen.

Neun Monate sind seitdem vergangen. Nach neun Monaten ist die deutsche Revolution hochgebrochen. Steht sie Seite an Seite mit der russischen? Kämpft sie unter ihrer Flagge, mit ihren Zielen? — Es ist keine Rede von einem solchen Charakter der deutschen Revolution. Diese ist eine Friedensbewegung — eine Volksbewegung gegen den Kampf, gegen jeden Kampf — nicht nur gegen den nationalen Kampf der Völker untereinander, sondern auch gegen den revolutionären Kampf; eine Bewegung für Frieden, nicht für den Frieden des siegreichen internationalen Proletariats untereinander, für den Frieden des internationalen Sozialismus, sondern eine Bewegung für irgendeinen Frieden, für Brot und Ruhe. Die deutsche Revolution ist keine Klassen-, sie ist eine Volksbewegung, die zum Teil ganz ausgeprägt gegen den Bolschewismus, als den Träger und Verkünder des internationalen revolutionären Kampfes, gerichtet ist.

So steht also auch die deutsche Revolution nicht nur nicht auf Seite der russischen Revolution, sie steht wider sie, steht immer noch in Reih und Glied mit den alten Mächten des Imperialismus.

Das deutsche Proletariat glaubt, auf dem Wege, den es jetzt eingeschlagen hat, in den Besitz der politischen Macht zu gelangen. Es glaubt, auf diesem Wege die Klassenherrschaft der Bourgeoisie endgültig brechen zu können, es glaubt, die Herrschaft der Arbeiterklasse auf anderen als den von den Russen eingeschlagenen Wegen errichten zu können, ohne sie — wider sie. Es sieht nicht, daß der Kreis, den die imperialistischen Mächte um die internationale Revolution des Proletariats schnüren, immer enger und enger wird, — nur in Gemeinsamkeit mit den Russen durchbrochen werden kann. Vom Geschick der russischen Revolution hängt das Geschick der deutschen Revolution ab. Gelingt es der Entente, gestützt und gefördert von der deutschen Ebert-Haase-Regierung, den Bolschewismus niederzuschlagen, dann gibt es keine deutsche Revolution mehr, dann ist die Weltrevolution im Keime erstickt. Treibt die deutsche Arbeiterklasse ihre eigene Revolution vorwärts, dann stützt sie die Bolschewiki gegen ihre Widersacher, dann schafft sie die Möglichkeit, daß sich die Revolution zur Weltrevolution entwickelt, und macht Deutschland zum Zentrum der revolutionären Bewegung. Freilich macht sie damit auch Deutschland für den internationalen Kapitalismus, für den vereinigten

Antibolschewismus zum strategischen Punkt. Auf Deutschland wird der Hauptangriff erfolgen. In Deutschland wird die Weltrevolution verteidigt werden.

Die weltpolitische Situation stellt an die deutschen Revolutionäre, an die deutsche Arbeiterklasse die gewaltigsten Forderungen. Die deutsche Arbeiterklasse hat die Wahl zwischen heldenmütiger Verteidigung oder abermaligem Verrat der russischen Revolution. Nimmt sie den Kampf an, dann kann sie aus sich selber heraus alle revolutionären Tugenden entwickeln und sie in den Ententevölkern wecken. Dann setzt [sie] im Bunde mit dem Bolschewismus Rußlands, der Ukraine, des Balkans und großer Teile Österreichs dem Kapitalismus der Welt ein gewaltiges Machtzentrum entgegen, das starke Garantien für den Sieg bietet. Wählt die deutsche Arbeiterklasse den Verrat, dann hält sie nicht nur die deutsche, sondern die Weltrevolution auf. Dann schafft sie ein Deutschland, dessen politische Kräfte gelähmt sind in einer Zeit, wo nur höchste Energiesteigerung Herr der gewaltigen inneren Schwierigkeiten werden kann, ein Deutschland, das von der Entente geknebelt und grausam ausgebeutet ist und seiner Entwicklungsmöglichkeiten beraubt wird. Die deutsche Arbeiterklasse aber würde ihren Verrat büßen mit ewiger Ohnmacht und Knechtseligkeit, sie würde zur Beute aller kapitalistischer Raubgelüste, und selbst die so bescheidenen Erfolge der gegenwärtigen Revolution würden zum Teufel gehen. Die deutsche Arbeiterklasse wird zeigen müssen, ob sie das Schwert zum Kampfe oder zum Selbstmord in der Hand hat."

Bezirksstelle zur Erforschung der Geschichte der Mitteldeutschen Arbeiterbewegung Halle (Saale), Nr 301

45. *Vertretung der Interessen der Berliner Arbeiter durch den revolutionären Vollzugsausschuß des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrates*

„Neuköllner Tageblatt" vom 6. Dezember 1918

„Der Neuköllner Vollzugsausschuß ersucht uns um Aufnahme nachstehender Ausführungen: Durch vier Jahre Kriegspolitik der deutschen Imperialisten und die dadurch entstandenen furchtbaren Leiden ist das deutsche Volk am Rande des Abgrundes angelangt. Die deutschen Junker, Schlotbarone und Vertreter des deutschen Bankkapitals haben aus dem hungernden Magen und den schlotternden Knochen des deutschen Proletariats ungeheure Kriegsgewinne angehäuft. Sie hätten niemals so einstimmig in die Kriegsfanfare der sogenannten ‚Vaterlandsverteidigung' eingestimmt, wenn sie nicht gewußt hätten, daß hierbei ungeheure Profite für sie abfallen. Aber das Wesen und die Existenz des Privateigentums haben ihnen diese Profite von vornherein gesichert, liegt es doch im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, nicht zu produzieren, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern um den Geldbeutel zu füllen.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß die deutsche arbeitende Klasse – während sie Tag und Nacht gearbeitet – tatsächlich verhungerte und die Kapitalisten immer reicher geworden sind. Diese Entwickelung führte logisch zu dem Zusammenbruch, vor dem wir heute stehen. Das deutsche Proletariat hat sich durch die Revolution, ob bewußt oder unbewußt, aus diesem unhaltbaren Zustand gerettet. Es hat sich nicht nur der militaristischen Fesseln entledigt, sondern es hat auch

sofort die Macht ergriffen, um selbständig seine Geschicke zu leiten. Diese Macht findet ihren konsequenten Ausdruck in den während der Revolution geborenen Arbeiter- und Soldatenräten. Sie beseitigen oder wieder aufheben hieße die gewonnene Macht des Proletariats wieder abmurksen. Aber auch hier würde das deutsche Proletariat auftreten, um seine sozialistische Ehre zu beweisen.

Schon sind bedeutende Anzeichen dafür, daß die bisherige Tatenlosigkeit der Regierung große Mißstimmung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat. Die durch die Demobilisation heimgekehrten Krieger sowie die durch die Einstellung der Großbetriebe arbeitslos gewordenen Massen, sie alle schreien nach Brot, Wohnung und Geld, sie alle hoffen von der neuen revolutionären Regierung bessere Zustände als von der alten. Aber sie alle werden enttäuscht sein, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, die die Lebenshaltung dieses Arbeitslosenheeres sichern können.

Die Regierung behauptet, das Land sei durch vier Jahre Kriegsproduktion seiner Rohstoffe beraubt. Selbst wenn dies der Fall ist, wären genügend andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, indem man besonders mit Rußland und Polen in Verbindung tritt. Aber wenn auch hier zunächst Schwierigkeiten erwachsen, müßte mit Hilfe einer durchgreifenden Arbeitslosenversicherung dieser Arbeiterschicht zu Hilfe gekommen werden. Von der Vertröstung auf die Nationalversammlung werden sie nicht satt. Zur Unterstützung dieser Arbeiter braucht man vielmehr Geld. Der Staat ist aber durch die Politik seiner früheren Machthaber grenzenlos verschuldet worden und kann deshalb ohne die Enteignung der Kapitalisten keine durchgreifende Maßnahme vornehmen. Die Nationalisierung der Banken wäre hier eine unabweisbare Notwendigkeit. Die einzelnen Kommunen können hierzu wenig tun, wenn sich die Regierung nicht endlich ihrer Pflichten bewußt wird.

Die Neuköllner Kommune, die ein besonders großes Arbeitslosenheer repräsentiert, steht vor einem Chaos, wenn nicht Wandel geschaffen wird. Schon regen sich die Hausbesitzer, die eben erst mit einem Flugblatt ihre Mieter unter der Flagge der demokratischen Vaterlandspartei zu gewinnen suchen und durch ihre Hausverwalter die Mieter durch Unterschriften für ihre Zwecke festlegen wollen, und gehen mit gewaltigen, wucherischen Mietssteigerungen an die so schwer gepeinigte Bevölkerung heran. Sie scheuen sich nicht, jedem, der nicht in der Lage ist, ihren Wünschen zu entsprechen, die Kündigung zuzusenden oder sogar unverzügliche Zwangsvollstreckungen vorzunehmen.

Der bis aufs Blut ausgesogene Arbeiter, der sich vier Jahre in den Schützengräben, den Tod vor Augen, herumschlagen mußte, soll jetzt zum Schluß noch arbeitslos aufs Straßenpflaster geworfen werden. Ja, sie gehen sogar noch weiter, sie suchen sich besonders diejenigen heraus, die als sogenannte ‚Rote Hunde‘ unter ihren Mietern bekannt geworden sind. Man sieht, sie machen rücksichtslos von ihrer augenblicklichen Macht Gebrauch und suchen die günstige Konjunktur der Wohnungsnot für ihren Geldsack auszunutzen. Auch hier ist die vollständige Enteignung eine unabweisbare Notwendigkeit.

Schweigend zeigt das Heer der deutschen Arbeiter hier seine Wunden, und wir fühlen uns verpflichtet, das stumme Murren unserer Brüder anzuzeigen und zu warnen, denn wenn hier nicht Wandel geschaffen wird, ist die lawinenartige Welle, die sich zu einer neuen Revolution auswachsen wird, die unausbleibliche Folge. Der Neuköllner Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates sah sich deshalb genötigt, jede Kündigung und Mietssteigerung einstweilen zu verbieten, um im

oben angeführten Sinne bei der Landesregierung weitere Maßnahmen
zu erwirken. Ein öffentliches Plakat gibt diesen vorläufigen Beschluß
bekannt, und wir bitten, jede Nichtbeachtung unserer vorläufigen
Verfügung unverzüglich mitzuteilen.

Die Kapitalisten und Hausbesitzer sind sich durchaus klar über die Situation, wie sie in ganz Deutschland in Erscheinung tritt, und entfalten deshalb eine rührige Agitation, besonders unter den heimgekehrten Soldaten.

In Aufrufen, Flugblättern und Anschlägen an die öffentlichen Stellen appellieren sie unter dem Namen ‚Nationaldemokratische Volkspartei' an die Bevölkerung und buhlen um ihre Zustimmung. Das Wort ‚demokratisch' und der Schrei nach Einigkeit sollen die Arbeiterschaft erneut einseifen, erneut Verwirrung anrichten, um so die Betrogenen weiter für ihre Zwecke dienstbar zu machen.

Wir weisen deshalb darauf hin, daß diese nationaldemokratische Volkspartei das Sammelsurium der gesamten Reaktion ist, und fordern deshalb die Bevölkerung auf, die heimkehrenden Krieger vom Wesen dieser Hausbesitzer- und Kapitalistenpartei zu unterrichten. Wir fordern sie weiter auf, sich um den Sozialismus und die Arbeiter- und Soldatenräte zu scharen, denn nur so kann die Zwingburg des Kapitalismus gebrochen und das Proletariat aus wirtschaftlichen und politischen Fesseln befreit werden.

Der Vollzugsausschuß
Zirkel Koch Schulz"

Staatsministerium, Rep. 90 a D I 1 Nr 20 Bl. 74

46. *Abwehrmaßnahmen des Berliner Proletariats gegen den Einsatz konterrevolutionärer Truppen in Berlin*

Aufruf aus „Die Rote Fahne" vom 9. Dezember 1918

„Achtung! Berlin umzingelt!

Neuer Umsturz bevorstehend. Abwehrmaßnahmen.

In letzter Stunde vor Schluß des Blattes erhalten wir folgende dringende Meldung von ungeheurer Wichtigkeit:

Es ist festgestellt, daß rings um Berlin unter dem Generalkommando Lequis Truppen zusammengezogen sind. Gardetruppen, auch aus anderen Orten Deutschlands, schlesische, Erfurter, Paderborner. Die Truppen sind königstreu, die Offiziere verweigern jede Aussage, verhindern jeden Zutritt zu ihren Truppen. Sie sind bestimmt, in Berlin einzurücken, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, die Regierung Ebert-Haase zu stützen, den Spartakusbund zu unterdrücken.

Sie sind mit Munition ausgiebig versorgt. Die Artillerie mit gefüllten Protzen und Munitionskolonnen. Auf jedes Maschinengewehr 30 000 Schuß.

Am Montag früh beginnt wahrscheinlich der Einzug der Truppen.

Die Regierung ist unterrichtet. Der Kriegsminister sucht zu vertuschen. Der Vollzugsrat hat sofortiges Eingreifen gefordert. Ein Volksbeauftragter ist unterwegs, um mit dem Generalkommando zu verhandeln. Sitz des hochverräterischen Generalkommandos Lequis ist im Großen Hauptquartier.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag sind die Linden abgesperrt worden. Bei der Kommandantur sind von Wels schußbereite Kanonen und Panzerautomobile aufgestellt, Truppen mit aufgepflanztem Bajonett aufgezogen.

In Berlin sind Verschwörungen aufgedeckt. Über 200 Verhaftungen sind vorgenommen, hauptsächlich Offiziere und Vertreter der Schwerindustrie.

Arbeiter! Soldaten! Genossen! Achtung! Höchste Gefahr für die Revolution! Seid auf der Hut! Es gilt das Höchste zu retten! Alles für die Revolution und den Sozialismus, — Alles — auch das Leben!

Macht den Anschlag zunichte! Nieder mit den Verschwörern! Hoch der Sozialismus! Die Zukunft, der Endsieg wird dennoch unser sein! Hoch die Internationale!"

Landtag, Rep. 169 D IX D Nr 3 Ldtg Bd 1 Bl. 306 v—307

47. *Taktische Manöver des Oberbürgermeisters von Halle unmittelbar nach der Revolution zur Verhinderung weiterer Aktionen der Volksmassen*

Auszug aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters an den Bürgerausschuß der Stadt Halle (Saale) vom 9. Dezember 1918

„. . .

Von Eingriffen in Einzelheiten der städtischen Verwaltung hat sich der Arbeiter- und Soldatenrat ferngehalten. Bei dieser Regelung der Dinge war es m. E. wünschenswert, daß in der Bevölkerung zunächst keine politische Strömung sich geltend machte, die zu Reibungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und möglicherweise im weiteren Verlauf zu Zusammenstößen führen konnte, die erfahrungsgemäß nur damit enden, daß der Bürger mit seiner Person oder seinem Besitz büßen muß. Von diesem Standpunkt aus habe ich die Nachricht von der Bildung eines Bürgerausschusses durch die Fortschrittliche Volkspartei laut Saalezeitung vom 16. 11. 1918 angesehen, um so mehr als darin schon der Gegensatz zum Arbeiterrat hervorgehoben wurde. In einer Verhandlung mit dem Vorsitzenden des Arbeiterrats, Herrn Kilian, habe ich die Bildung eines Bürgerausschusses schon wenige Tage nach Ausbruch der Revolution als verfrüht und unter Hinweis auf seine Gründung durch eine politische Partei als eine Gefahr für die eben geschaffene Ruhe, Ordnung und Sicherheit bezeichnet. Soweit es sich um Gemeindeangelegenheiten handelte, mußte die Vertretung der Bürger durch die Stadtverordnetenversammlung gewahrt erscheinen; neben ihr blieb hier für einen Bürgerausschuß kein Betätigungsgebiet, wenn nicht der Bürgerausschuß etwa in die städtische Verwaltung eingreifen wollte, was der Arbeiter- und Soldatenrat vermieden hatte.

In diesem Sinne habe ich mich zu Herrn Kilian nur bei der einen erwähnten Gelegenheit, nicht wiederholt, und in ganz der gleichen Weise und zu derselben Zeit auch gegenüber Herrn Helms geäußert. Die Äußerung galt der Besorgnis, die ich nach Lage der Verhältnisse am 16. 11. 1918 hegen mußte, und konnte, wie schon der eben genannte Zeitpunkt dartut, nicht eine Kritik über die nachher zur Tatsache gewordene Existenz des Bürgerausschusses zum Ausdruck bringen."

Stadtarchiv Halle (Saale), Magistrat der Stadt Halle, C Kap. I Abt. B Nr 12 Bd 1 Bl. 11 v—12 v

48. *Forderungen der Arbeiterräte der nördlichen Berliner Gemeinden auf kommunalem Gebiet*

Schreiben der Arbeiterräte der nördlichen Gemeinden Berlins an den Minister des Innern vom 12. Dezember 1918

„Erhebliche Mißstände im Zusammenarbeiten zwischen Arbeiterräten und Gemeindevertretungen führten die nördlichen Gemeindearbeiterräte zu einer Besprechung zusammen. Es wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Die heute im Rathause zu Wittenau versammelten Arbeiterräte der nördlichen Gemeinden legen hiermit den schärfsten Protest dagegen ein, daß die Aufhebung der Landgemeindeordnung bis nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung vertagt werden soll. Der Reichstag und die Landtage sind vom Revolutionssturm fortgeweht worden. Man darf es den Arbeiter- und Soldatenräten der Landgemeinden nicht zumuten, mit den reaktionären Hausbesitzerparlamenten zusammenzuarbeiten. Die unterzeichneten Arbeiterräte sind entschlossen, mit aller Macht die sofortige Auflösung der kapitalistischen Gemeindevertretungen zu betreiben.

Wir fordern von der Regierung der sozialistischen Republik Preußen die sofortige Aufhebung der Landgemeindeordnung.

Die heute im Rathause Wittenau tagende Konferenz der Arbeiterräte fordert, daß der Schleichhandel und Freihandel in den Gemeinden im Interesse der Allgemeinheit abgelehnt und daß diese Bestimmung streng durchgeführt wird.

Die heute stattgefundene Zusammenkunft soll vorläufig alle Wochen einmal stattfinden. Es wird eine Kommission gebildet, die vorher die Tagesordnung festsetzt und den Ort der Tagung bestimmt. Sämtliche wichtige Angelegenheiten sind vorher der Kommission schriftlich mitzuteilen.

. . .

Die Arbeiterräte der Gemeinden
Wittenau, Hermsdorf, Rosenthal,
Pankow, Tegel, Lübars-Waidmannslust, Reinickendorf“

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 1373 Spez. Bd 1 Bl. 89

49. *Aufruf des Spartakusbundes an die Arbeiter aller Länder zum Sturz der Ausbeuterklassen und zur Unterstützung der deutschen Revolution*

Flugblatt, Ende 1918

„An die Proletarier aller Länder!

Proletarier! Männer und Frauen der Arbeit! Genossen!

In Deutschland hat die Revolution ihren Einzug gehalten. Die Massen der Soldaten, die vier Jahre lang zur Schlachtbank getrieben wurden um kapitalistischer Profite willen, die Masse der Arbeiter, die vier Jahre lang ausgesogen, ausgepreßt, ausgehungert wurden, sie haben sich erhoben. Das furchtbare Werkzeug der Unterdrückung: der preußische Militarismus, diese Geißel der Menschheit, liegt zerbrochen am Boden; seine sichtbarsten Vertreter und damit die sichtbarsten

Schuldigen an diesem Kriege, der Kaiser und der Kronprinz, sind außer Landes geflüchtet. Überall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Proletarier aller Länder, wir sagen nicht, daß in Deutschland alle Macht wirklich in die Hände des arbeitenden Volkes gelangt, daß der volle Sieg der proletarischen Revolution bereits errungen sei. Noch sitzen in der Regierung alle jene Sozialisten, die im August 1914 unser kostbarstes Gut, die Internationale, preisgegeben, die vier Jahre lang die deutsche Arbeiterklasse und die Internationale verraten haben. Aber, Proletarier aller Länder, jetzt spricht der deutsche Proletarier selbst zu euch. Wir glauben, das Recht zu haben, in seinem Namen vor euer Forum zu treten. Wir haben vom ersten Tage dieses Krieges uns bemüht, unsere internationalen Pflichten zu erfüllen, indem wir jene verbrecherische Regierung mit allen Kräften bekämpften und sie als wahre Schuldige des Krieges brandmarkten.

Jetzt, in dieser Stunde, sind wir gerechtfertigt vor der Geschichte, vor der Internationale und vor dem deutschen Proletariat. Die Massen stimmen uns begeistert zu, immer weitere Kreise des Proletariats teilen die Erkenntnis, daß die Stunde der Abrechnung mit der kapitalistischen Klassenherrschaft geschlagen hat.

Dies große Werk aber kann das deutsche Proletariat allein nicht vollbringen, es kann nur kämpfen und siegen, indem es die Solidarität der Proletarier der ganzen Welt anruft.

Genossen der kriegführenden Länder, wir kennen eure Lage. Wohl wissen wir, daß eure Regierungen nun, da sie den Sieg errungen haben, manche Volksschichten durch den äußeren Glanz des Sieges blenden. Wir wissen, daß es ihnen gelingt, durch den Erfolg des Mordens dessen Ursachen und Ziele vergessen zu machen.

Aber wir wissen auch ein anderes. Wir wissen, daß auch in euren Ländern das Proletariat die furchtbarsten Opfer an Fleisch und Gut gebracht hat, daß es des grauenhaften Gemetzels müde ist, daß der Proletarier jetzt nach Hause zurückkehrt und zu Hause Not und Elend vorfindet, während in der Hand weniger Kapitalisten Milliardenvermögen aufgehäuft sind. Er hat erkannt und wird weiter erkennen, daß der Krieg auch von euren Regierungen geführt worden ist um der großen Geldsäcke willen. Und er wird weiter erkennen, daß eure Regierung, als sie von ‚Recht und Zivilisation' und vom ‚Schutz der kleinen Nationen' sprach, ebenso die Kapitalprofite meinte wie die unsere, als sie von ‚Verteidigung der Heimat' redete; daß der Frieden des ‚Rechts' und des ‚Völkerbundes' auf die gleiche niederträchtige Räuberei hinausläuft wie der Frieden von Brest-Litowsk. Hier wie dort dieselbe schamlose Raubgier, derselbe Wille zur Unterdrückung, derselbe Entschluß, die brutale Übermacht des Mordeisens bis zum äußersten auszunutzen.

Der Imperialismus aller Länder kennt keine ‚Verständigung', er kennt nur ein Recht: den Kapitalprofit, nur eine Sprache: das Schwert, nur ein Mittel: die Gewalt. Und wenn er jetzt in allen Ländern, bei euch wie bei uns, von ‚Völkerbund', ‚Abrüstung', ‚Recht der kleinen Nationen', ‚Selbstbestimmung der Völker' redet, so sind das nur die üblichen verlogenen Redensarten der Herrschenden, um die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern.

Proletarier aller Länder! Dieser Krieg muß der letzte sein! Das sind wir den 12 Millionen hingemordeter Opfer, das sind wir unseren Kindern, das sind wir der Menschheit schuldig.

Europa ist durch den verruchten Völkermord ruiniert. Zwölf Millionen Leichen bedecken die grausigen Stätten des imperialistischen Verbrechens. Die Blüte der Jugend und die beste Manneskraft der Völker

ist dahingemäht. Ungezählte Produktivkräfte sind vernichtet. Die Menschheit ist nahe daran, zu verbluten an dem beispiellosen Aderlaß der Weltgeschichte. Sieger wie Besiegte stehen am Rande des Abgrundes. Der Menschheit droht die furchtbarste Hungersnot, Stockung des ganzen Produktionsmechanismus, Seuchen und Degeneration.

Die großen Verbrecher dieser grauenhaften Anarchie, dieses entfesselten Chaos: die herrschenden Klassen sind nicht fähig, ihres eigenen Werkes Herr zu werden. Die Bestie Kapital, die die Hölle des Weltkrieges heraufbeschworen hat, ist nicht imstande, sie wieder zu bannen, wirkliche Ordnung herzustellen, der gequälten Menschheit Brot und Arbeit, Frieden und Kultur, Recht und Freiheit zu sichern. Das, was von den herrschenden Klassen als Friede und Recht vorbereitet wird, ist nur ein neues Werk der brutalen Gewalt, aus dem die Hydra der Unterdrückung, des Hasses und neuer blutiger Kriege ihre tausend Häupter erhebt.

Der Sozialismus allein ist imstande, das große Werk des dauernden Friedens zu vollbringen, die tausend blutenden Wunden der Menschheit zu heilen, die vom Zuge der apokalyptischen Reiter des Krieges niedergestampften Fluren Europas in blühende Gärten zu verwandeln, an Stelle der vernichteten Produktivkräfte verzehnfachte neue hervorzuzaubern, alle physischen und sittlichen Energien der Menschheit zu wecken und an Stelle des Hasses und der Zwietracht brüderliche Solidarität zu setzen, Eintracht und Achtung für alles, was Menschenantlitz trägt.

Wenn sich Vertreter der Proletarier aller Länder unter dem Banner des Sozialismus die Hand reichen, um den Frieden zu machen, dann ist der Frieden in wenigen Stunden gemacht. Dann gibt es keine Streitfragen um das linke Rheinufer, Mesopotamien, Ägypten oder um Kolonien. Dann gibt es nur ein Volk: die arbeitende Menschheit aller Rassen und Zungen. Dann gibt es nur ein Ziel: Wohlfahrt und Fortschritt für alle.

Die Menschheit steht vor der Alternative: Auflösung und Untergang in der kapitalistischen Anarchie oder Wiedergeburt durch soziale Revolution. Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Wenn ihr an Sozialismus glaubt, jetzt ist Zeit, es durch Taten zu zeigen. Wenn ihr Sozialisten seid, jetzt gilt es zu handeln.

Proletarier aller Länder, wenn wir euch jetzt zum gemeinsamen Kampf aufrufen, so geschieht es nicht um der deutschen Kapitalisten willen, die unter der Firma ‚Deutsche Nation' den Folgen ihrer eigenen Verbrechen zu entgehen suchen; es geschieht um unserer wie um eurer willen. Bedenket: eure siegreichen Kapitalisten stehen bereit, unsere Revolution, die sie wie die eigene fürchten, blutig zu unterdrücken. Ihr selbst seid durch den ‚Sieg' nicht freier, ihr seid nur noch versklavter geworden. Gelingt es euren herrschenden Klassen, die proletarische Revolution in Deutschland wie in Rußland abzuwürgen, dann werden sie sich mit doppelter Wucht gegen euch wenden. Eure Kapitalisten hoffen, daß der Sieg über uns wie über das revolutionäre Rußland ihnen die Macht geben werde, euch mit Skorpionen zu züchtigen und das tausendjährige Reich der Ausbeutung auf dem Grabe des internationalen Sozialismus zu errichten.

Darum blickt das Proletariat Deutschlands in dieser Stunde auf euch. Deutschland ist schwanger mit der sozialen Revolution, aber den Sozialismus kann nur das Weltproletariat verwirklichen.

Und darum rufen wir euch zu: Auf zum Kampf! Auf zur Tat! Die Zeit der leeren Manifeste, platonischer Resolutionen und tönender Worte ist vorbei: die Stunde der Tat hat für die Internationale ge-

schlagen. Wir fordern euch auf: Wählt überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen und die zusammen den Frieden herstellen werden.

Nicht Lloyd George und Poincaré, nicht Sonnino, Wilson und Erzberger oder Scheidemann dürfen den Frieden schließen. Unter dem wehenden Banner der sozialistischen Weltrevolution soll der Frieden geschlossen werden.

Proletarier aller Länder! Wir rufen euch auf, das Werk der sozialistischen Befreiung zu vollbringen, der geschändeten Welt wieder Menschenantlitz zu verleihen und jenes Wort wahr zu machen, mit dem wir uns in alten Tagen oft begrüßten, und mit dem wir auseinandergingen: Die Internationale wird die Menschheit sein!

Es lebe die Weltrevolution des Proletariats!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Im Namen des Spartakusbundes:

Karl Liebknecht — Rosa Luxemburg
Franz Mehring — Klara Zetkin"

Bezirksstelle zur Erforschung der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung Halle (Saale), Nr 290

50. *Revolutionäre Maßnahmen des Spartakusbundes in Hanau um die Jahreswende 1918/19*

Strafanzeige des kommissarischen Direktors der Polizeidirektion Hanau, Schmidt, gegen vier Mitglieder des Spartakusbundes in Hanau vom 23. Januar 1919

„...

Zu ihrer Unterstützung haben Dr. Wagner und Schnellbacher den unstreitig dem Spartakusbunde angehörenden, äußerst radikalen Redakteur Gustav Hammer und später den nach der Amnestie aus Holland heimgekehrten früheren Deserteur Schwindt herangezogen. Hammer und Schwindt leiten den Hanauer Anzeiger, wobei Schwindt die Hilfskraft von Hammer ist, und sind auch als Versammlungsredner häufig aufgetreten.

Dr. Wagner, Schnellbacher, Hammer und Schwindt sind mithin die Träger des Gewaltregiments in Hanau. Der erste Führer ist Dr. Wagner, welcher vermöge seiner akademischen Bildung und seiner größeren Intelligenz den anderen überlegen ist.

Das Streben der Machthaber ist darauf gerichtet, nach dem Vorbild der Bolschewisten in Rußland, mit welchen sie vor und nach der Revolution enge Verbindung aufrechterhalten haben, durch rücksichtslose Anwendung von Gewalt und List alsbald die sozialistische Weltordnung durchzusetzen. Sie verwerfen grundsätzlich den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokraten und der gemäßigten Unabhängigen Sozialdemokraten, daß die sozialistische Weltordnung erst in längerer Zeit durch verschiedene Entwickelungsstufen erreicht werden kann, und wollen von heute auf morgen den sozialistischen Staat wie auch das sozialistische Wirtschaftssystem einführen. Demgemäß sind sie auch schärfste Gegner sowohl der früheren aus beiden sozialdemokratischen Parteien gebildeten wie auch der jetzigen mehrheitssozialistischen Regierung. Die Diktatur des Proletariats ist nach

ihrer Auffassung das Gebot der Stunde. Diese Diktatur wollen sie ausgeübt sehen durch die Arbeiter- und Soldatenräte, von denen die gesamte öffentliche Gewalt allein ausgehen dürfe. Bekanntlich hat die frühere und die jetzige Zentralregierung in Übereinstimmung mit dem Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik für die Übergangszeit bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die seitherigen Behörden in Tätigkeit gelassen und die Arbeiter- und Soldatenräte lediglich zu Kontrollorganen bestimmt. Hierüber haben sich die Machthaber in Hanau mit aller Energie hinweggesetzt, indem sie die Obliegenheiten der ihnen besonders wichtig erscheinenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Polizeidirektion und des Landratsamtes, an den Arbeiterrat zu ziehen und auch die übrigen Behörden möglichst in die Abhängigkeit des Arbeiterrates zu bringen suchten.

Aus dieser grundsätzlichen Auffassung der vier Machthaber und des durch sie verkörperten Arbeiterrats erklären sich die schweren Verletzungen der Rechtsordnung, welche ich ihnen zur Last werfen muß. Dem Wesen einer Revolutionsperiode entspricht es, daß die rein politischen Vergehen, welche sich gegen den Staat und seine Organe richten, nicht immer nach den Grundsätzen des aus der gestürzten Staatsordnung überkommenen Strafrechts verfolgt werden können. Ich beschränke die Strafanzeige deswegen auch lediglich auf die unter den heutigen Verhältnissen zur Verfolgung geeigneten Straftaten. Es bedarf keiner Erläuterung und wird auch von der Zentralregierung gefordert, daß schwere Versündigungen an der Gesamtheit und der Bevölkerung, an den persönlichen Grundrechten des einzelnen und am privaten Eigentum auch jetzt ihre Sühne finden müssen.

Am 31. Dezember 1918 wurde die Arbeiterschaft in Hanau durch Flugblätter zu einem Generalstreik und zur Versammlung auf der Straße aufgefordert. Die Aufforderung ging unzweifelhaft von Dr. Wagner und Schnellbacher aus. Eine große Menschenmenge leistete ihr Folge und durchzog unter Vorantritt Bewaffneter mit Plakaten, auf denen ‚alle Macht für die Arbeiter- und Soldatenräte' gefordert wurde, die Stadt. Dr. Wagner, Schnellbacher und Hammer hielten teils auf dem Marktplatz, teils vor dem Kreishaus unter Verherrlichung von Liebknecht und Rosa Luxemburg aufreizende Ansprachen; sie hetzten dabei vor allem gegen die Mehrheitssozialisten, die Unternehmer und die Beamten und brachten die Menge derartig auf, daß Teile des Zuges, geführt von bewaffneten Mitgliedern der Volkswehr, bei einzelnen Firmen, die auf Wunsch der Arbeiterausschüsse weiterarbeiteten, gewaltsam eindrangen und mit der Drohung, im Weigerungsfalle ‚keinen Stein auf dem anderen zu lassen', die sofortige Arbeitseinstellung erzwangen. Den Unternehmern wurde dabei in einer Weise, die kaum wiederzugeben ist, bedeutet, daß sie in ihren Betrieben nichts mehr zu sagen, sondern nur den Anordnungen des Arbeiterrats zu folgen hätten.

. . ."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 7060 Bl. 5 v–6 v

51. *Unterstützung der verräterischen Politik der Regierung Ebert-Scheidemann durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Köln*

Flugblatt, Ende 1918

„Kameraden!

Jahrelang habt Ihr die furchtbarsten Leiden ertragen. Ihr habt gelitten und gekämpft für das Wohlergehen des deutschen Volkes. Mit

einem Aufschrei des Entsetzens hat das ganze Volk die Kunde von dem Zusammenbruch von Heer und Heimat vernommen. Aus dem gesellschaftlichen Ruin ist neues Leben, sozialistisches, demokratisches Leben emporgeblüht. Die alten junkerlichen und militärischen Gewalten, die schwere Mitschuld an dem Ausbruch des Völkerkrieges haben, sind vom Volke davongejagt worden. Der frühere Kaiser ist mit seinem ältesten Sohne nach Holland geflohen. In der Stunde der höchsten Gefahr haben sie als Offiziere das Vaterland verlassen! Sämtliche 22 deutschen Bundesfürsten sind vom Volke abgesetzt worden. Von der neuen Regierung ist Deutschland am 9. November zur sozialistischen, demokratischen Republik ausgerufen worden. Das arbeitende Volk hat gemeinsam mit den Soldaten die Regierung ergriffen.

Kameraden! Die neue Regierung hat Euch sofort zu vollberechtigten, gleichberechtigten Staatsbürgern gemacht! Zur gesetzgebenden Versammlung ist jeder Zwanzigjährige von Euch wahlberechtigt. Auch die Frauen und Mädchen, die vier Jahre zu Hause gearbeitet, gehungert und Euch beweint haben, sind vollkommen gleichberechtigt geworden. Sie nehmen von jetzt ab an den Wahlen zu den Parlamenten teil. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, Preß- und Versammlungsfreiheit ist wieder hergestellt. Ab 1. Januar 1919 wird der achtstündige Arbeitstag eingeführt. Allen Staatsarbeitern ist die Koalitionsfreiheit gewährt. Weitere Rechte und Freiheiten für alle Werte schaffenden Männer und Frauen werden folgen.

Kameraden! Im ganzen Lande herrscht Ruhe und Sicherheit. Jetzt heißt es, alle Kräfte zusammenzufassen, um den geordneten Abmarsch des Feldheeres durchzuführen. Keine anarchistische Auflösung der Truppenverbände! Unser Verkehrswesen würde sonst in Unordnung geraten, und die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung sowie der abziehenden Truppen mit Lebensmitteln wäre auf das schwerste gefährdet. Vermeidet alles, was uns noch tiefer ins Elend stürzen würde! Stellt Euch auf den Boden der Kameradschaftlichkeit und des gegenseitigen Verstehens und Begreifens! Achtung vor jeder Überzeugung! Ihr müßt duldsam sein gegen die Kameraden und Volksgenossen, die Abzeichen, gleich welcher Art, tragen. Niemandem darf eine Farbe aufgedrängt werden! Alle Soldaten und Bevölkerungsschichten sollen entsprechend ihrer Überzeugung friedlich nebeneinander leben und rote oder schwarz-weiß-rote Farben tragen. Kameraden! Denkt daran, daß wir alle Brüder sind!

Kameraden! Die Arbeiter- und Soldatenräte werden aus Vertrauensmännern beider sozialdemokratischer Parteien, der Gewerkschaften und von Soldaten-Vertrauensmännern gebildet.

Die Behörden haben sich in den Dienst der neuen sozialistischen und republikanischen Regierung gestellt. Deshalb schützt die Errungenschaften der Revolution! Die endgültige Entscheidung über die zukünftige Regierungsform wird die Nationalversammlung treffen. Auch Ihr seid berufen, bei den Wahlen zur Nationalversammlung mit zu entscheiden. Bis dahin übt Selbstzucht!

Kameraden! Mit Eurem Blut habt Ihr ein freies Deutschland erstritten. Das ganze Volk segnet Euch dafür. Seid willkommen in der Heimat und nehmt unsern brüderlichen Gruß entgegen!

Der Arbeiter- und Soldatenrat Köln"

Heimatmuseum der Stadt Halle (Saale), Flugblattsammlung

52. *Besetzung der Geschäftsräume der „Halleschen Zeitung" durch die Ortsgruppe Halle der KPD Anfang Januar 1919*

Flugschrift vom 8. Januar 1919

„...

An die Proletarier Halles!

Die Kommunistische Arbeiterpartei (Spartakusbund), Ortsgruppe Halle, hat die Geschäftsräume der ‚Halleschen Zeitung' besetzt, um zu verhindern, daß fernerhin Flugblätter unwahren und aufreizenden Inhalts, die den Sozialismus beschimpfen, hergestellt werden. Kameraden! Genossen! Die Aufgabe der Kommunistischen Arbeiterpartei ist es, alle gegenrevolutionären Umtriebe im Keime zu ersticken und die SPD vorwärtszutreiben, damit die soziale Revolution zum siegreichen Ende geführt wird. Arbeiter! Die Revolution ist in Gefahr! Wir fordern Euch auf, einmütig mit den Kommunisten und der USPD, die sich dem revolutionären Vorwärtsdrängen nicht widersetzen wird, zu gehen, um dafür zu sorgen, daß die klassenbewußten Genossen bewaffnet werden. Alle gegenrevolutionären und politisch unreifen Elemente müssen sofort entwaffnet werden. Arbeiter, seid auf der Hut! Laßt Euch nicht durch Halbheiten hinhalten, verlangt die sofortige Sozialisierung und die Enteignung der Kapitalisten. Nur so kommen wir zu menschenwürdigen Zuständen.

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe die Weltrevolution!

Die Kommunistische Arbeiterpartei (Spartakusbund)
Ortsgruppe Halle"

Stadtarchiv Halle (Saale), Magistrat der Stadt Halle, XIII Nr 20 Bd 1

53. *Ablehnung der Nationalversammlung durch das revolutionäre Proletariat im Januar 1919*

Aufruf der KPD von Anfang Januar 1919

„Nieder mit der Nationalversammlung!

Die ganze Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten!

...

Am 19. Januar feiert die deutsche Bourgeoisie, feiern die Fabrikanten, die Euch jahrzehntelang ausgebeutet haben, feiern die Spekulanten, die sich im Kriege wie Hyänen auf das deutsche Volk gestürzt haben, feiern die Junker, die aus Eurer Haut Riemen geschnitten haben, feiern die Generale, die Euch wie Metzger zur Schlachtbank getrieben haben, sie feiern alle ihren Tag.

Die deutsche Revolution hat sie am 9. November von der Vorderbühne des deutschen Lebens verscheucht. Die Soldaten und die Arbeiter haben die Geschicke des deutschen Volkes in die eigene Hand genommen, und siehe da, kaum zwei Monate sind vorüber, und die, die man für tot erklärte, die Schuldigen des Krieges und seine Nutznießer, sie sind wieder da. Sie strecken gierig ihre Hand nach der Macht aus, um Euch wieder stramm die Zügel hochzuziehen.

. . .

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die unter der Führung der Scheidemänner und Haaseleute in den ersten Tagen der Revolution gebildet wurden, um dem Volke einzureden, es hätte bereits die Macht in seine Hände genommen, sie haben ihr Werk getan und können jetzt ruhig auf den Schein der Macht verzichten. Mit wenigen Ausnahmen nicht aus den Betrieben, nicht aus regelrechten Wahlen in den Betrieben, sondern aus den Konventikeln der alten geriebenen Parteiführer hervorgegangen, dachten sie niemals daran, den Kampf gegen die Bourgeoisie wirklich anzufangen. So können sie jetzt mit gutem Gewissen die Macht ihren Hauptleuten, den Ebert-Scheidemann, überlassen, den bewährten Schwindlern, den bewährten Verrätern, die wieder ihrerseits an nichts anderes denken als an die Zurückerstattung der Gewalt an ihre wirklichen Auftraggeber, an die Bourgeoisie. Diese Auslieferung der Macht des deutschen Volkes an die Bourgeoisie, das sind die Wahlen zur Nationalversammlung.

. . .

Die revolutionären Arbeiter, die seit Jahrzehnten gegen die Macht des Kapitals, gegen die Macht der Ausbeutung gekämpft haben, die während des Krieges, ohne auf ihre Sicherheit, ohne auf Frau und Kind bedacht zu sein, das deutsche Volk aufzurütteln versuchten, die für die Sache der Befreiung des deutschen Volkes in Gefängnissen gelitten haben, die strafweise zur Schlachtbank geführt wurden, weil sie es wagten, zu versuchen, den Kriegswagen des Imperialismus aufzuhalten, sie werden nicht dulden, daß das Werk der Revolution an die Ausbeuter und Unterdrücker verraten werde. Die Herren Kapitalisten, Junker und Generale, sie haben den Krieg verursacht, sie sind schuldig, daß Millionen Waisen, daß Hunderttausende Krüppel in Deutschland herumlaufen. Sie sind verantwortlich, daß ein Berg von Kriegsschulden sich über dem deutschen Volke aufgetürmt hat und es zu erdrücken droht. Die Nationalversammlung wird nicht für die Waisen, nicht für die Krüppel sorgen, sondern dafür, daß die großen Kriegsgewinnler die Zinsen der Kriegsanleihe regelmäßig ausgezahlt bekommen. Das können die revolutionären Arbeiter nicht zulassen, und deshalb heißt die Parole: Weg mit der Nationalversammlung, Hilfe den Opfern des Krieges, keinen Pfennig den Kriegsspekulanten.

. . .

Weg mit der Nationalversammlung, so muß es tönen in den Straßen und Fabriken. Kein Verhandeln mit den Vertretern des blutbefleckten kapitalistischen Systems. Die Faust aufs Auge, die Knie auf die Brust.

. . .

Das arbeitende Volk nimmt sein Schicksal in seine eigene Hand. Das arbeitende Volk muß sich als die Regierung, als die Macht, die das Leben der deutschen Nation neu einrichten wird, konstituieren. Dies kann nur geschehen, indem die Proletarier in jeder Fabrik, in jedem

Truppenteil Arbeiter- und Soldatenräte organisieren. Die Räte aus den Fabriken und den Truppenteilen treten in jeder Stadt zum Arbeiter- und Soldatenrat zusammen. ...

Es gilt die Macht der Bourgeoisie nicht nur an einzelnen Orten, sondern im ganzen Reich und in erster Linie im Zentrum, in der Hauptstadt, niederzuwerfen und an ihre Stelle eine zentrale Arbeiterregierung einzusetzen.

...

Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen! Ruft überall Versammlungen ein und klärt die Volksmassen über den Schwindel der Nationalversammlung auf, zeigt ihnen, daß sich die Säle der Konzerthäuser, der Theater und Paläste in den Händen der Bourgeoisie befinden, während ihr in rauchigen Kneipen die Wahlaufklärung führen müßt, und dann zieht an die Spitze der Arbeitermassen und öffnet Euch die großen Säle, damit dort die Wahrheit in hellbeleuchteten Sälen erklingen kann.

...

Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen! In jeder Werkstatt, in jedem Truppenteil, seht Euch in jeder Stadt Euren Arbeiter- und Soldatenrat an, prüft, ob er wirklich gewählt worden ist, ob in ihm Vertreter des kapitalistischen Systems, Verräter der Arbeiterklasse wie die Scheidemänner oder haltlos hin- und herschwankende Gestalten wie die Unabhängigen sitzen. Dann klärt die Arbeiter auf und setzt die Wahl von Kommunisten durch, denn nur sie werden dafür sorgen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat keine Puppe in den Händen der Herren ist, sondern ein Kampforgan in den Händen der Arbeiterklasse. Wo Ihr die Mehrheit in den Arbeiterräten habt, da sorgt, daß diese Arbeiterräte mit ebensolchen Arbeiterräten in der Provinz in Verbindung treten, denn je größer das Gebiet ist, das die wirklichen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte beherrschen, desto schwieriger wird es für die Bourgeoisie sein, sie auszuhungern und abzuwürgen. Wenn das Rheinland, wenn sich Oberschlesien, die Wasserkante zu Trutzburgen der wirklichen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte verbinden, dann wird die Ebert-Scheidemann-Regierung, dann wird die Nationalversammlung in der Luft hängen bleiben, und ihr Sturz wird leicht und unblutig vor sich gehen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen! Sorgt dafür, daß Ihr bewaffnet seid. Die Waffe in Eurer Hand bedeutet Schutz gegen die Konterrevolution, die gegen Euch die unaufgeklärtesten Teile des Bauerntums und Kleinbürgertums bewaffnen wird. Sorgt dafür, daß Eure revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte ihren Machtbezirk militärisch beherrschen, die Eisenbahnlinien schützen, stets Gewehr bei Fuß stehen als Wacht der Revolution.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Soldaten und Matrosen! Verschließt Euch nicht in Euren Versammlungssälen, geht hinaus in die Kleinstädte, geht hinaus aufs Land, sprecht zu jedem, der sich abmüht im Schweiße seines Angesichts, klärt ihn darüber auf, daß wir nicht für die Vorrechte der industriellen Arbeiter, sondern für die Befreiung des gesamten arbeitenden Volkes kämpfen, und weckt und sammelt überall neue Kräfte der Revolution.

Wenn dieses Programm verwirklicht wird, dann wird die Nationalversammlung ein ohnmächtiger Konventikel von Offizieren ohne Soldaten sein, dann wird diese Spottgeburt der kapitalistischen Gegenrevolution bald verschwinden. Deutschland wird die Räterepublik des arbeitenden Volkes sein, das nicht nur selbst seine Geschicke bestimmen wird, sondern das ein leuchtendes Beispiel für die Arbeiter anderer Länder sein wird, das zusammen mit der Räterepublik der

russischen Arbeiter die Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens unter die Fahne der Revolution rufen wird, das Deutschland befreien wird von der Sklavenpeitsche, die jetzt der Ententekapitalismus über uns schwingt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund)"

Landtag, Rep. 169 D IX D Nr 3 Ldtg Bd 1 Bl. 302 v—304 v

54. *Die Tätigkeit des Spartakusbundes und die Ereignisse am 5. Januar 1919 in Berlin*

Aus der Aussage des Zeugen Staatsanwalt Zumbroich vor dem Untersuchungsausschuß der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung in der 3. Sitzung vom 8. April 1919

„Zeuge Staatsanwalt Zumbroich: Vorweg möchte ich bemerken, daß ich aus eigener Wahrnehmung keine Angaben machen kann, sondern nur als Dezernent der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft. Ich kann nur über das Auskunft geben, was ich beim Strafverfahren selbst erfahren habe.

...

Ich möchte vor allen Dingen, da ich gebeten worden bin, Tatsachen anzuführen, auf die meines Erachtens außerordentlich geschickte journalistische Agitation hinweisen, die der Spartakusbund durch sein Zentralorgan, ‚Die Rote Fahne', hier in den Januartagen betrieben hat. Die ganzen Artikel in der ‚Roten Fahne' sind außerordentlich wirkungsvoll gewesen, die nach meiner Überzeugung in jenen Tagen das journalistisch bestredigierte Blatt in Berlin gewesen ist, vor allem, was die psychologische Wirksamkeit ihrer Ausführungen anbetrifft. Ich könnte dafür zahlreiche Artikel anführen. Vor allem muß man sich klarmachen, daß der Spartakusbund es gewesen ist, der an allererster Linie für die Ereignisse im Januar verantwortlich gemacht werden muß. Das ergibt sich ganz unzweideutig aus einem großen Aufruf in der ‚Roten Fahne' vom 14. Dezember unter der Überschrift: ‚Was will der Spartakusbund?' Er ist auch als Broschüre erschienen. Darin sind die Programmforderungen des Spartakusbundes enthalten. Dieses Programm hat der Spartakusbund meines Erachtens in sehr wirkungsvoller Weise durch die weiteren journalistischen Publikationen durchgeführt. Ich möchte jetzt darauf hinweisen, daß es dem Spartakusbund offenbar darauf angekommen ist, die Arbeiterschaft Berlins nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das ergibt sich aus den zahlreichen öffentlichen Demonstrationen, zu denen bei allen möglichen Angelegenheiten aufgerufen worden ist. Man braucht nur einen Blick in die ‚Rote Fahne' der betreffenden Tage zu werfen, um das schon rein äußerlich zu erkennen. Vor allen Dingen wurden die Leichenbegängnisse der Opfer der Straßenkämpfe dazu benutzt, um große Demonstrationszüge zu veranstalten. Zum Beispiel heißt es am 16. Dezember in der ‚Roten Fahne': ‚Heute Montag große Massendemonstration. Hinaus auf die Straße zur Massendemonstration usw.' In der Nummer vom 17. Dezember wurde über das Ergebnis dieser Demonstration in ziemlich übertriebener Weise berichtet. Am 21. Dezember kam wieder ein großer Aufruf zu Demonstrationen. Nach diesem Aufruf steht ein großer Artikel über die Schuld an den Opfern, die der Regierung aufgebürdet wird. In einer der nächsten

Nummern wird gleichfalls die Politik der Straße propagiert. Dann kommen die Weihnachtstage heran mit der Beschießung des Marstalls. Da heißt es in der ‚Roten Fahne‘: ‚Neuer Gewaltstreich der Wels und Ebert‘. Dann die Weihnachtsnummer ‚Eberts Blutweihnacht‘, dann kommt wieder ein Aufruf am 29. Dezember ‚Große Massendemonstration in der Siegesallee‘.

. . .

Ganz deutlich aber geht die Absicht des Spartakusbundes aus einer Flugschrift hervor, die erschienen ist nach Beendigung der Reichskonferenz des Spartakusbundes, Ende Dezember 1918, die bekanntlich mit der Konstituierung der Kommunistischen Partei Deutschlands endete, und vor dem 6. Januar. Dieses Flugblatt legt programmatisch dar, was die nächste Aufgabe der Kommunistischen Partei ist. Es ist überschrieben: ‚Nieder mit der Nationalversammlung! Die ganze Gewalt den Arbeitern und Soldaten! Der Tag des deutschen Proletariats!‘ Es wird darin heftig gegen die Nationalversammlung agitiert und gesagt, daß das revolutionäre Proletariat sich nicht mit der Wahl einverstanden erklären könne, denn die Nationalversammlung würde doch nichts anderes sein als ein kapitalistisches Parlament, in welchem die Arbeiter zur Einflußlosigkeit verdammt seien. Man würde nicht dulden, daß das Volk durch diese Nationalversammlung verraten werde. Das Blatt spricht eine vollkommen klare Sprache, es enthält eine Aufforderung jedenfalls zur Besetzung der bürgerlichen Zeitungen. Das Flugblatt ist unterschrieben: Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Es ist authentisch, es kann nicht eingewendet werden, es handle sich vielleicht um eine Spitzelarbeit oder dergleichen. Ich habe dieses Flugblatt der Sekretärin der ‚Roten Fahne‘ in Gegenwart von Herrn Dr. Rosenfeld vorgelegt, und sie hat erklärt, daß es an einem Tage zwischen Schluß der Reichskonferenz und dem 6. Januar hier in Berlin verteilt worden sei.

Das ist die unmittelbare allgemeine Veranlassung zu der Geschichte gewesen, und nun haben sich die Verhältnisse in Berlin ja so entwickelt, daß Eichhorn zunächst durch Verfügung des Ministers des Innern seines Postens enthoben worden war, daß er der Verfügung keine Folge leistete, sich vielmehr mit Liebknecht und den revolutionären Obleuten auf den Standpunkt stellte, er sei lediglich durch das revolutionäre Proletariat Berlins in sein Amt berufen worden, und nur dieses sei imstande, ihn abzuberufen. Diese Auffassung gab er unter anderm kund in einer großen Versammlung, die am Sonntag, dem 5. Januar, in der Chausseestraße in den Germaniasälen stattfand. Nach seiner Rede wurde ihm dort zugerufen: ‚Nicht zurücktreten! Wir sind da!‘ Dann hatte sich inzwischen in der Siegesallee eine große Menschenmenge zusammengefunden, die auch wiederum zusammenberufen war durch einen Aufruf der ‚Roten Fahne‘, und zwar schon einen Tag vorher, wo man die Ereignisse noch nicht übersehen konnte. Der Aufruf betraf damals die jungen Jahrgänge der Berliner Regimenter, die gegen ihre noch nicht erfolgte Entlassung protestieren sollten. Daraus entwickelte sich ein ganz gewaltiger Demonstrationszug. Zunächst sprach Liebknecht von dem Verdeck eines Automobils herunter zu den Massen, daß Eichhorn nicht gehen dürfe, das sei eine ungeheuere Provokation des Berliner Proletariats. Das dürfe es sich nicht gefallen lassen. Darauf formierte sich der Zug zunächst nach dem Polizeipräsidium am Marstall vorbei. Am Polizeipräsidium war auch schon aus anderen Gegenden eine große Menschenmenge zusammengeströmt, so daß der Platz und die angrenzenden Straßen mit kolossalen Menschenmengen bedeckt waren. Dann wurden aus den Fenstern Reden gehalten von Liebknecht, Ledebour, Pieck, Däumig und schließlich auch von Eichhorn, alle auf denselben Ton

gestimmt: Eichhorn dürfe nicht zurücktreten, es sei eine ungeheuere Provokation des Berliner Proletariats. Durch diese Reden wurden die an sich schon sehr erregten Menschenmengen noch aufgeregter, und es erscholl aus den Menschenmengen heraus der Ruf nach Waffen. Es wurde aber von den verschiedenen Rednern und von den Sicherheitssoldaten, die auch aus den Fenstern sprachen, gesagt: Waffen könnt ihr hier nicht bekommen. Wartet nur, eure Stunde wird schon kommen. Es bildeten sich dann verschiedene Züge, die in das Stadtinnere zogen und sich unterwegs bewaffneten; woher, ist nicht ganz sicher. Die Posten vor dem Zeitungsgebäude des ‚Vorwärts' wurden entwaffnet und der ‚Vorwärts' besetzt. Nun folgten in schneller Reihenfolge die andern Ereignisse, es wurden Mosse, Ullstein, Büxenstein, die Reichsdruckerei und schließlich noch der Schlesische Bahnhof und das Wolffsche Telegraphenbüro besetzt. Dann entwickelten sich die Ereignisse, die ja wohl im großen und ganzen bekannt sind.

. . ."

Landtag, Rep. 169 D IX D Nr 3 Ldtg Bd 1 Bl. 126 v—127

55. *Hetze der sozialdemokratischen Reichsregierung gegen die KPD (Spartakusbund) und das revolutionäre Proletariat*

„Reichs- und Staatsanzeiger" vom 9. Januar 1919

„Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, den 8. Januar 1919

Die Reichsregierung
Ebert Scheidemann Landsberg
Noske Wissel"

Staatsministerium, Rep. 90 a D I 4 c Nr 15 Bl. 3

56. *Kampf des revolutionären Proletariats gegen die Konterrevolution im Januar 1919*

Aufruf der revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD und der Zentrale der KPD vom 9. Januar 1919

„Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen!

Arbeiter, Genossen, Soldaten!

Grenzenlos war der Langmut der revolutionären Arbeiter Deutschlands; über alle Maßen ihre Geduld mit den vom Bruderblut besudelten Ebert-Scheidemann. Die Verbrechen dieser Verräter des Proletariats, dieser elenden Handlanger der kapitalistischen Scharfmacher, diese Verkörperung der Gegenrevolution schrien längst zum Himmel. Der 6. Dezember und der 24. Dezember, die Metzeleien unter den wehrlosen Urlaubern und Frontsoldaten, die Niederkartätschung revolutionärer Matrosen, das waren die ersten Bluttaten der Judasse in der Regierung. Sie sollten die Kraft der Revolution brechen, die auflodernde Empörung der Arbeiter- und Soldatenmassen löschen. Doch der revolutionäre Geist triumphiert; die Scheidemann-Ebert standen gebrandmarkt und verachtet vor der ganzen Welt. Aber die vom Urteil des Volkes gerichteten Mörder geben das verruchte Spiel nicht auf. Sie gehörten ins Zuchthaus, aufs Schaffott. Aber sie gedachten, auf den Leichen ihrer Opfer erst recht ihre Herrschaft zu errichten; auf die Ausbeuter und Unterdrücker, auf die Schlotbarone, das Junkertum, die Offiziersmeute, die Suppegarde gestützt ein Gewaltregime der Bajonette, Maschinengewehre und Kanonen zu schaffen, eine Trutz- und Zwingburg gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Eichhorn sollte davongejagt, das Polizeipräsidium, diese wichtige revolutionäre Machtstellung, schnöde geraubt werden. Da erhob sich der Zorn der Berliner Arbeitermassen von neuem in wuchtigen Kundgebungen. Einen ehernen Wall zogen sie um das Polizeipräsidium. Denn sie wußten, im Berliner Polizeipräsidium sollte die Revolution selbst tödlich getroffen werden. Sie suchten sich vor der Infamie ihrer Todfeinde zu schützen, indem sie ihnen die Hauptinstrumente der Lüge und Verhetzung aus den blutbefleckten Händen nahmen. Die Scheidemann-Ebert zauderten nicht. Ihr Cäsarenwahnsinn lechzte nach neuem Blut. Zahlreiche heilige Menschenleben fielen ihrem rasenden Haß gegen das revolutionäre Proletariat am Montag zum Opfer. Endlich mußte das Gericht sie ereilen.

...

Arbeiter, Genossen! Jetzt ist der letzte Nebel hinweggeblasen. Klar ist die Situation. Es geht aufs Ganze, es geht ums Ganze. Ums ganze Glück, um die ganze Zukunft der Arbeiterschaft, ums Ganze der sozialen Revolution.

In aller Öffentlichkeit haben die Scheidemann-Ebert ihre Anhänger und das Bürgertum zu den Waffen gegen Euch Proletarier gerufen. Schon die Notwehr zwingt Euch, mit gleicher Notwehr zu zahlen. Es gibt keine Wahl. Es muß gekämpft werden bis aufs Letzte.

An jeden Proletarier, an jeden revolutionären Soldaten ergeht der Donnerruf des unerbittlichen Geschicks: Auf zum letzten, zum entscheidenden Kampf.

Heraus aus den Fabriken, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Generalstreik aller Betriebe muß Eure erste Antwort sein.

Alle Räder müssen still stehen. Heraus aus den Betrieben, heraus auf die Straße.

Zeigt den Schurken Eure Macht. Bewaffnet Euch. Gebraucht die Waffen gegen Eure Todfeinde, die Ebert-Scheidemann.

Auf zum Kampf!

Auf zum Kampfe, auf zum vernichtenden Schlage, der zerschmettern muß die blutbesudelten Ebert-Scheidemann.

Zerschmetterung der Revolution, Niedermetzelung des Proletariats oder Zerschmetterung der Ebert-Scheidemann und aller Todfeinde des Proletariats – so steht die Alternative.

Steht gerüstet, seid bereit, handelt, handelt. Auf zur Tat. Und der Sieg wird, der Sieg muß Euer sein.

Es lebe das Proletariat! Es lebe die sozialistische Revolution des deutschen Proletariats! Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Arbeiter, Genossen!

Heraus aus den Betrieben!

Auf zum Generalstreik!

Heraus auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins. Der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend (USP). Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)."

Landtag, Rep. 169 D IX D Nr 3 Ldtg Bd 1 Bl. 339–339 v

57. *Kampf der Arbeiter und Soldaten gegen die Konterrevolution im Januar 1919*

Kampfaufruf des Roten Soldatenbundes vom 10. Januar 1919

„Soldaten! Arbeiter!

Der Stein ist ins Rollen gekommen. Jetzt gibt es kein Zurück mehr. Die Reaktion hat bereits offene Werbestellen eingerichtet, wo die Bourgeoisie und die mit ihr verbundenen Scheidemänner bewaffnet werden, um die Revolution zu vernichten!

Schon hat das Blut unserer Brüder das Pflaster gefärbt. Jetzt ist es die heilige Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Proletariers, dem es ernst ist mit seinen Zielen, sich der Revolution zur Verfügung zu stellen.

Brüder! Heraus aus allen Betrieben!

Laßt Euch nicht einschüchtern! Bleibt auf der Straße!

Noch immer halten wir die bürgerlichen Hetzblätter besetzt; auch den ‚Vorwärts', unser rechtmäßiges Eigentum, und denken nicht daran, zu weichen.

Erlahmt nicht in Eurem revolutionären Willen! Es geht heute um die Entscheidung!

Wir fordern alle bewaffneten Arbeiter und Soldaten auf, um 1 Uhr mittags sich auf folgenden Plätzen zu versammeln:

Humboldthain Belle-Alliance-Platz Alexanderplatz

Es werden unsere Vertrauensmänner erscheinen und Euch nähere Anweisung geben.

Es lebe die soziale Revolution!
Auf zum Kampf gegen die Reaktion!

Roter Soldatenbund"

Landtag, Rep. 169 D IX D Nr 3 Ldtg Bd 1 Bl. 339 v—340

58. *Mißhandlung und Erschießung von Kommunisten während der Januarkämpfe in Berlin*

„Die Rote Fahne" vom 3. März 1919

„In der Alexanderkaserne am 12. und 13. Januar

Beitrag eines militärischen Augenzeugen zu den Taten der Regierungstruppen am 12. und 13. Januar 1919 in der Kaserne des Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, Berlin C 25, Alexanderstr. 56.

Am Sonnabend gegen 10 Uhr abends rückte ein größerer Trupp Infanterie, verstärkt durch Panzerautos und Haubitzenbatterien, in die Alexanderkaserne ein. Die Soldaten, meist junge Menschen, die zum größten Teil betrunken waren, gehörten ihren Erzählungen nach der Truppe an, die am Nachmittag das Gebäude des ‚Vorwärts' ‚gestürmt' hatte und die, wie sie sich rühmte, von den Leuten mit allen möglichen Liebesgaben, darunter Getränken und größeren Geldsummen, bedacht worden war. Schon beim Einzug in unsere Kaserne fielen die gemeinsten Drohungen gegen alle, die nicht für sie waren. Die Einziehenden brachten es durch ihre Schimpfereien wie ‚schlappe Kerls' usw. dahin, daß sich von der 4. und 8. Kompanie der durchaus nicht mit ihnen sympathisierenden Kasernenbesatzung, wenn auch zögernd, Freiwillige sammelten, die sich den Rettern des Volkes anschließen durften. Vor der Kaserne wurden Postenketten gebildet, deren heitere Stimmung sich in Geschrei und trunkenem Gesang äußerte. Als es gegen 3 Uhr hieß, die Besatzung des Präsidiums wolle kapitulieren, begehre jedoch freien Abzug, konnte ich nur so viel aus dem entstehenden Lärm der anscheinend verhandelnden Vorgesetzten und Soldaten entnehmen, daß sie ohne Beschießung das Präsidium nicht nehmen wollten und daß ‚kein Schwanz lebend heraus dürfe'.

Gegen $3^{1}/_{2}$ Uhr begann dann auch die Beschießung, die gegen 6 Uhr nachließ; kurze Zeit darauf kamen die ersten Gefangenen, ‚bedeckt' (beinahe im Wortsinn) durch einen übermäßig starken Trupp durcheinander schreiender Soldaten. Durch Alkohol hatte man in ihnen eine böse Begeisterung entfacht. Die Gefangenen mußten, wie ich hörte und zum Teil selbst sah, den ganzen Weg mit erhobenen Armen gehen und dabei ununterbrochen ‚Hoch Scheidemann' nicht rufen, sondern brüllen. Wer auch nur einen Augenblick versagte, d. h. wenn die Arme müde waren und wer nicht mehr schreien konnte, wurde auf eine Weise mißhandelt, die einfach nicht zu beschreiben ist. Mit Kolbenstößen in die Seiten, in den Rücken, gegen den Magen, mit Schlägen auf den Kopf wurden die Unglücklichen herangetrieben. Auf dem Kasernenhof spielten sich wahre Orgien von Brutalität und Entmenschtheit ab. Schon in der Einmarschhalle bildeten die Soldaten Spalier und schlugen blindlings mit Gewehren auf die hindurchkeuchenden, zum Teil blutüberströmten Wehrlosen ein. Von den Angehörigen des Alexander-Regiments taten sich hierbei die Feldwebel hervor, die in der Kaserne wohnen. Feldwebel Ludwigs der 5. Kompanie zeichnete sich hierbei besonders aus. Es war diesem

Leuteschinder ein langentbehrter Genuß, den Gefangenen im alten Preußenton zuzubrüllen: ‚Hände hoch! Noch höher, noch höher! Schlagt sie tot!' usw. Dieser Mensch ist seit Kriegsbeginn in der Garnison. Auf dem Hof wurden am Exerzierschuppen sofort zwei Gefangene erschossen.

Gegen 7 Uhr kam wieder ein Trupp mit 5 Gefangenen die Straße herauf. Ein Schutzmann, der hinter ihnen herlief, erreichte sie gerade an der Kaserne und rief den Soldaten zu: ‚Die haben auch geschossen', worauf die Bewachungsmannschaft die Gefangenen einige Schritte von sich an die Mauer stieß und sie aus nächster Entfernung niederschoß. Zwei dieser Leute fielen schwerverwundet auf die Knie und baten um Schonung; man hielt ihnen aber als Antwort die Gewehre kaum handbreit vor den Leib und erschoß sie so. Unter diesen Mordbuben befand sich als einziger mir dem Namen nach Bekannter der Gefreite Scholz von der 5. Kompanie, der auf der Revierstube beschäftigt war. Dieser Scholz hat das Leben eines dieser 5 Gefangenen allein auf seinem Gewissen, abgesehen von dem, was er durch seine Mithilfe an den barbarischen Mißhandlungen auf dem Gewissen hat. Ich bin bereit, das zu beschwören.

Der Spartakusführer Braun wurde auf dem Hof nach schweren Mißhandlungen mehrere Male an die Wand gestellt. Seiner Erschießung traten die Räte des Alexander-Regiments entgegen, wie denselben überhaupt zu verdanken ist, daß nicht noch ein größeres Blutbad angerichtet wurde. Ein blutjunger Mensch, der früh zuerst eingebracht worden war, wurde nach Verbinden seiner durch Kolbenschläge verursachten schweren Kopfwunden aufgefordert, an die Mauer hinzugehen und ‚Hoch Scheidemann' zu rufen. Mit letzter Kraft schleppte sich der schwerverwundete Junge zur Mauer und rief anscheinend begeistert ‚Hoch Liebknecht', worauf einer der Soldaten ihm eine Kugel durch den Kopf jagte, während ein anderer ihm überflüssigerweise noch die Mündung seines Gewehrs auf die Brust drückte und abschoß. Ein älterer gefangener Arbeiter, der es wagte, zu sagen: ‚Seid Ihr wahnsinnig?', mußte mit erhobenen Händen zur Mauer gehen und wurde, noch ehe er sich umgedreht hatte, erschossen. Eine Kugel riß ihm einen Teil des Schädels weg. Der zuckende Körper wurde noch einfach viehisch mißhandelt und mit Schlägen bedacht, bis er bewegungslos war. Noch drei Gefangene wurden ähnlich bestialisch umgebracht. Besonders tat sich bei dem Gemetzel auf dem Kasernenhof ein Hauptmann Viebahn von den Gardefüsilieren hervor, welchem Regiment die meisten der fremden Soldaten angehörten. Die Offiziere und verantwortlichen Führer dieser Hunnenhorde sagten zu allen Einwendungen: ‚Was geht uns die Regierung an'. Gegen 9 Uhr fuhr ein Auto herein, besetzt mit Bataillonsmusik des Garde-Füsilier-Regiments. Es lenkte zwischen den auf dem Hofe herumliegenden Leichen hindurch, wobei die Musik einen Tusch blies. Darauf schrie man: ‚Hoch!' Die Truppen formierten sich dann, und der Zug mit der Musik an der Spitze, die Marschweisen spielte, setzte sich in Bewegung. Eine Anzahl mir unbekannter besser gekleideter Herren steckte den Soldaten Liebesgaben und Geld zu und äußerte den Wunsch, am Schlesischen Bahnhof ebenso ‚aufzuräumen'. Es entstanden dann noch Streitereien über das Vorantragen der preußischen oder der deutschen Fahne.

Vorstehende Angaben, besonders was Namensangabe anbetrifft, bin ich bereit, eidlich zu bekräftigen, ebenso bin ich in der Lage, Kameraden namentlich angeben zu können, die dasselbe und evtl. mehr aussagen können."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 1740

59. *Forderung konterrevolutionärer Kreise in Ostpreußen nach Beseitigung der Arbeiter- und Bauernräte*

Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten von Oppen in Allenstein an das Innenministerium vom 15. Januar 1919

„...
Schließlich noch die Versicherung, daß weder bei den Behörden noch bei der bürgerlichen Bevölkerung jemand an eine Gegenrevolution denkt. Wir stehen alle einschließlich der Militärbehörden fest zu der gegenwärtigen Regierung, wie ich bei wiederholten vertraulichen Aussprachen feststellen konnte. Ob allerdings nicht auch hier einmal energische Maßregeln gegen die Spartakisten notwendig werden, ist mir zweifelhaft. Nach Agentennachrichten soll hier in Allenstein eine Spartakistengruppe bestehen, die allerdings an Zahl noch schwach ist, aber sich bereits an Liebknecht wegen Bereitstellung von Mitteln und Agitationsmaterial gewendet haben soll. Eine Gesundung der Verhältnisse kann m. E. nur dann eintreten, wenn die Rätewirtschaft aufhört. Es sollten schleunigst, vielleicht vorbehaltlich nachträglicher Zustimmung der Preußischen Nationalversammlung, Verordnungen ergehen, die für die Stadtverordnetenversammlungen, die Kreis- und Provinziallandtage die Bildung demokratischer Vertretungskörper auf Grund des Reichstagswahlrechts vorschreiben. Sobald diese Vertretungskörper neu gebildet sind, hätten die Arbeiter- und Bauernräte sich aufzulösen; die Zahlungen für sie aus Staats- und Gemeindemitteln wären einzustellen. Inwieweit die Soldatenräte weiter zu bestehen hätten, ist eine militärische Frage; jedenfalls werden sie vom gleichen Zeitpunkte ab in ihrer Zuständigkeit auf rein militärische Dinge zu beschränken sein. Nebenbei bemerkt haben die Arbeiterräte im hiesigen Regierungsbezirk bisher 38 000 M Vorschüsse aus Staatsmitteln erhalten.

Ich bin sehr einverstanden, wenn Sie diesen Brief in geeigneter Weise amtlich verwerten."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 856 Nr 561 Bl. 42 v—43

60. *Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919*

Aus dem Urteil des Feldkriegsgerichtes des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps in der Hauptverhandlung vom 8. bis 14. Mai 1919

„Urteil

In der Untersuchungssache gegen

1. Husar Otto Runge,
2. Kapitänleutnant Horst v. Pflugk-Harttung,
3. Oberleutnant zur See Ulrich v. Ritgen,
4. Leutnant zur See Heinrich Stiege,
5. Leutnant zur See Bruno Schulze,
6. Leutnant der Reserve Rudolf Liepmann,
7. Hauptmann Heinz v. Pflugk-Harttung,
8. Oberleutnant a. D. Kurt Vogel,
9. Hauptmann der Landwehr I Franz Weller

Zu 1) bei der 5. Eskadron Husarenregiments Nr. 8,
zu 2), 6) bis 8) beim Stabe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division,
zu 3) bis 5) bei der Stabswache der Garde-Kavallerie-Schützen-Division,
zu 9) beim Detachement Löschebrand
wegen Mordes u. a.

hat ein auf Befehl des Gerichtsherrn des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps zusammengetretenes Feldkriegsgericht in der Sitzung vom 8. bis 14. Mai 1919, an welcher teilgenommen haben als Richter:

1) Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, Stab des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps als Vorsitzender und Verhandlungsführer,
2) Kriegsgerichtsrat Kr. A. Meyer, Stab des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps,
3) Kapitänleutnant Canaris, Marinebrigade Loewenfeld,
4) Offiziersstellvertreter Ernst, Korpsvertrauensrat des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps,
5) Kürassier Chimilewski, Kürassier-Regiment Nr 4,

ferner
Kriegsgerichtsrat Jorns, Garde-Kavallerie-Schützen-Korps, als Vertreter der Anklage,
Kriegsgerichtssekretär Baesler, als Militärgerichtsschreiber,
für Recht erkannt:

I. Es werden verurteilt:

1) der Angeklagte Husar Runge wegen Wachtvergehens im Felde, wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe, begangen in zwei Fällen, in einem Falle auch in Tateinheit mit erschwertem Wachtverbrechen im Feld sowie wegen Gebrauchmachens von falschen Urkunden zwecks besseren Fortkommens zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis, 2 Wochen Haft, 4 Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. Die Haftstrafe wird durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet;

2) der Angeklagte Leutnant der Reserve Liepmann wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis in Tateinheit mit Begünstigung zu 6 Wochen geschärften Stubenarrestes;

3) der Angeklagte Oberleutnant a. D. Vogel wegen erschwerten Wachtverbrechens im Felde, in Tateinheit begangen mit Begünstigung während Ausübung des Dienstes, Mißbrauchs der Dienstgewalt nach § 115 MStGB und Beiseiteschaffung einer Leiche sowie in einem weiteren Falle wegen vorsätzlich unrichtiger Abstattung einer dienstlichen Meldung zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung.

II. Der Angeklagte Leutnant der Reserve Liepmann wird von der weiteren Anklage des gemeinschaftlichen Mordes, in Tateinheit mit rechtswidrigem Waffengebrauch begangen, freigesprochen.

III. Der Angeklagte Oberleutnant a. D. Vogel wird von der weiteren Anklage der Duldung einer strafbaren Handlung aus § 143 MStGB sowie von der Anklage des erschwerten Wachtverbrechens im Felde, in Tateinheit mit rechtswidrigem Waffengebrauch im Dienst und Mord, freigesprochen.

IV. Die Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung, Oberleutnant zur See v. Ritgen, Leutnant zur See Stiege, Leutnant zur See Schulze, Hauptmann v. Pflugk-Harttung und Hauptmann der Landwehr Weller werden freigesprochen.

. . .

I. Tatsächlicher Sachverhalt

Festnahme des Dr. Liebknecht und der Frau Luxemburg

Am 15. Januar 1919 wurden von damaligen Mitgliedern der Wilmersdorfer Bürgerwehr, den Zeugen Lindner und Meering, gelegentlich einer im Hause Mannheimer Straße 43 vorgenommenen Waffendurchsuchung in der Wohnung des Kaufmanns Marcusson die Führer der Spartakistenpartei, Dr. Liebknecht und Frau Dr. Rosa Luxemburg, festgenommen, nachdem die Persönlichkeit Liebknechts durch Augenschein, eine auf dessen Namen lautende Mitgliedskarte und eine mit dessen Unterschrift versehene Postkarte von Meering erkannt war. Ein amtlicher oder dienstlicher Auftrag zur Festnahme lag nicht vor. Die Zeugen hielten sich zur Festnahme mit Rücksicht auf die damaligen politischen Unruhen und Kämpfe mit den Anhängern der Spartakuspartei für berechtigt. Die Festnahme erfolgte zwischen 8 und 1/29 Uhr abends. Dr. Liebknecht und Frau Luxemburg wurden zunächst nach der Cäcilienschule in Wilmersdorf gebracht, wo sich damals eine Wache der Wilmersdorfer Bürgerwehr befand. Sie blieben dort nur etwa 20 Minuten und wurden dann einzeln nacheinander mittels Autos zur damaligen Garde-Kavallerie-Schützen-Division nach deren Stabsquartier, Edenhotel, transportiert. ... Die Einlieferung Liebknechts im Edenhotel erfolgte um 9 Uhr abends, worüber sich der Zeuge Lindner von dem Ersten Generalstabsoffizier der Division, Hauptmann Pabst, eine Quittung unter Zeitangabe ausstellen ließ ... Da kein dienstlicher Auftrag zur vorläufigen Festnahme vorlag, fragte Hauptmann Pabst telefonisch bei seiner vorgesetzten Kommandobehörde, Abteilung Lüttwitz, an, ob die Festnahme aufrechtzuerhalten sei, und ordnete auf deren Veranlassung die Überführung der beiden Festgenommenen in das Untersuchungsgefängnis Moabit an. Die Überführung dorthin erfolgte getrennt. ...

Das Transportkommando für Dr. Liebknecht

Mit der Überführung des Dr. Liebknecht beauftragte Hauptmann Pabst den Führer der damaligen Marine-Eskadron Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung, den er durch dessen Bruder, Angeklagten Hauptmann v. Pflugk-Harttung, damaligen Hilfsoffizier bei Hauptmann Pabst, mittels Autos aus dem Quartier der Eskadron in der Straße ‚In den Zelten' herbeiholen ließ. ... Mit dem Transport der Frau Luxemburg beauftragte Hauptmann Pabst den Angeklagten Oberleutnant Vogel, weil dieser gerade im Hotel anwesend war. ...

Inzwischen hatte sich die Festnahme von Liebknecht und Frau Luxemburg im Hotel schnell herumgesprochen. In der Vorhalle des Hotels sammelten sich Hotelgäste und Soldaten an. Ebenso bildeten sich auf der Straße vor dem Hauptportal (Kurfürstendamm) Menschenansammlungen. ... Hauptmann Pabst gab dem Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung nun den schriftlichen Befehl, Liebknecht als vorläufig Festgenommenen nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit zu bringen, und gab die Weisung, Liebknecht gegen Befreiungsversuche und Gegenschläge seiner Anhänger zu schützen und jeden Fluchtversuch zu verhindern. ...

Abfahrt Dr. Liebknechts, Verwundung durch Runge und die Panne des Autos

Da in der Vorhalle des Hotels sich viele Menschen (Soldaten und Hotelgäste) angesammelt hatten, aus deren Menge Schimpfworte ertönten, brachte der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung Dr. Liebknecht über den Hof durch den Nebenausgang nach der Kurfürstenstraße heraus. Hierhin war auch das Auto vom Hauptportal herumgefahren. ... Dr. Liebknecht gelangte tatsächlich unberührt bis zum Auto und nahm auf dem hinteren Rücksitz Platz. Während die Menge

den Wagen unter Drohrufen umringte, lief der Angeklagte Runge, der von 9–11 Uhr am Hauptportal stand (es war inzwischen infolge Vernehmung von Liebknecht und mangelnder Fahrbereitschaft des Autos gegen 11 Uhr abends geworden), von seinem Posten zum Nebenausgang Kurfürstenstraße herum und versetzte Liebknecht von hinten einen Schlag mit dem Karabinerkolben auf den Kopf, der Liebknecht eine blutende Kopfverletzung beibrachte. Die Wucht des Schlages wurde jedoch zum großen Teil durch das Sommerverdeck aufgefangen und abgeschwächt. ...

Beim Anfahren sprang unmittelbar nach den Kolbenschlägen des Angeklagten Runge der damals bei der Wilmersdorfer Bürgerwehr tätige, aber schon aus dem Marineverhältnis entlassene Oberheizer Rzewuski von hinten auf das Trittbrett auf, versetzte mit der Faust Liebknecht mehrere Schläge auf den Kopf und sprang dann, als das Auto fuhr, wieder ab. ... In dem Auto saßen vorn der Angeklagte Hauptmann Heinz v. Pflugk-Harttung, der ursprünglich den Wagen selbst fahren sollte, aber im letzten Augenblick, da er den Wagen nicht kannte, den Zeugen Peschel fahren ließ, daneben der Zeuge Peschel. In dem Wagen stand mit dem Gesicht gegen die Fahrtrichtung und die entsicherte Pistole (Armeepistole 1908) in der Hand der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung. Liebknecht saß auf dem Rücksitz zwischen den Angeklagten Liepmann und Stiege. Ferner fuhren noch die Angeklagten v. Ritgen und Schulze mit und der Zeuge Friedrich, der auf dem Trittbrett stand. ...Als das Auto auf dem Großen Wege den Neuen See erreicht hatte, blieb es stehen. Der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung fragte den Zeugen Peschel, der sich am Motor zu schaffen machte, wie lange wohl die Reparatur dauern könne, und erhielt die Antwort, es könne länger dauern, aber auch bald wieder in Ordnung sein. Darauf wandte sich der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung an Liebknecht, auf die Lichter der zur rechten Hand 150–200 m nahen Charlottenburger Chaussee hinweisend, mit der Frage, ob er sich kräftig genug fühle, dorthin zu gehen, um ein anderes Fahrzeug zu benutzen. Liebknecht bejahte dies mit den Worten: ‚Wenn es denn sein muß!' Die Angeklagten zu 2) bis 6) stiegen nun aus.

Die Erschießung Liebknechts

Der Angeklagte Hauptmann v. Pflugk-Harttung blieb mit Peschel beim Auto zurück, während die Angeklagten zu 2) bis 6) und der Zeuge Friedrich mit Liebknecht in der Richtung des Großen Weges weitergingen. ... Voran ging der Angeklagte Schulze, dann folgte Liebknecht in der Mitte, am rechten Arm vom Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung geführt, am linken Ellenbogen mehr stützend als festhaltend vom Angeklagten Stiege geführt. ... Als die Angeklagten ausgestiegen waren, folgten sie zunächst nicht der Fahrstraße des Großen Weges, was der nächste Weg gewesen wäre, um nach rechts zur Charlottenburger Chaussee zu gelangen, sondern bogen nach links auf einen kleinen Seitenweg ein. ... Der Angeklagte [v. Pflugk-Harttung] wendete sich nun rechts herum, dabei den rechten Arm des Dr. Liebknecht loslassend, rief nach hinten zu dem Auto zurück: ‚Treffpunkt Bahnhof Tiergarten'. Als er sich wieder zu dem Gefangenen herumdrehte, sah er denselben, wie er behauptete, vor sich laufen. Der Angeklagte Stiege hatte sich nach seiner Angabe beim Zurückrufen des neuen Treffpunktes ebenfalls rückwärts umgedreht und sah, als er sich wieder nach vorn wandte, Liebknecht vor sich laufen. Von einem Losreißen Liebknechts etwa konnte, das gab der Angeklagte Stiege selbst zu, nicht die Rede sein, da er Liebknecht nicht am Ellenbogen festgehalten, sondern mit Rücksicht auf den vorher erlittenen Kolbenschlag lose unter dem Ellenbogen

gestützt habe. Der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung, der Liebknecht etwa 5—10 m vor sich laufen sah, rief einmal ‚Halt!‘ oder ‚He!‘ und feuerte dann sofort mit der Pistole, die er, wie bereits erwähnt, seit Antritt der Fahrt dauernd ungesichert in der Hand gegehalten hatte, dreimal hinter Liebknecht her. Nunmehr schossen, ohne daß der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflug-Harttung als Transportführer noch etwa sagte, auch die Angeklagten v. Ritgen, Stiege und Liepmann hinter Liebknecht her. ... Gleich darauf fiel Liebknecht zu Boden. ...

Inzwischen war das Auto, dessen Reparatur nur 5—6 Minuten gedauert hatte, wieder fahrbereit geworden und den Großen Weg weitergefahren. Das Herannahen desselben wurde von den Angeklagten gehört, das Auto angerufen, Liebknecht den kurzen Weg zur Fahrstraße zurückgetragen und eingeladen. ... Das Auto fuhr nun mit den beteiligten Angeklagten und den Zeugen Peschel und Friedrich zunächst zu der nächstgelegenen Unfallstation nach der Charlottenburger Chaussee, da diese aber geschlossen war, fuhr das Auto zur Rettungsstelle Zoologischer Garten zurück, welche gegenüber dem Edenhotel auf dem Kurfürstendamm liegt. ... Dem wachthabenden Arzt Dr. Jacobi, welcher den Tod des Eingelieferten feststellte, verschwieg der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung absichtlich die Persönlichkeit Liebknechts, um Aufläufe zu vermeiden. Er gab an, daß es ein unbekannter Spartakist sei, der im Tiergarten von einer Patrouille erschossen worden sei. Liebknecht wurde darauf am folgenden Tage als unbekannte Leiche nach dem Leichenschauhaus eingeliefert. ... Der Angeklagte Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung meldete dann sofort dem Hauptmann Pabst den Vorfall, gab auch an, daß er absichtlich, um Aufsehen zu vermeiden, die Persönlichkeit Liebknechts auf der Rettungsstelle verschwiegen habe. ...

Abfahrt der Frau Luxemburg vom Edenhotel und Kolbenschläge des Runge

Kurz bevor Hauptmann Pabst vom Angeklagten Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung die Meldung über den Tod Liebknechts erhielt, wurde Frau Luxemburg aus dem Nebenzimmer vom Angeklagten Oberleutnant Vogel zum Transport abgeholt. ...
Vogel hatte als Begleitleute die Jäger Grantke, Weber und Poppe bei sich, die er gerade als Posten auf dem Korridor im Hotel vorfand. ...

Als der Kraftwagen, in welchem die Luxemburg abtransportiert wurde, vor dem Nebenausgang des Hotels Kurfürstenstraße hielt, sagte eine Militärperson, anscheinend ein Fähnrich oder Wachtmeister, zu Poppe, wenn er den ersten Schlag ausführen würde, bekomme er eine gewisse Summe. Poppe antwortete etwa: ‚Machen Sie es doch‘, und fügte hinzu, er könnte kein Weib totschlagen. Auch hier hatte sich wieder wie bei Liebknecht eine Menschenmenge angesammelt. ...
Als er [Vogel] mit der Gefangenen die Treppe herunterkam und durch die Vorhalle zur Drehtür ging, wurde sie weder mißhandelt noch beschimpft. Als sie aber durch die ausgehakte Drehtür des Hotels auf die Straße treten wollte, wobei der Angeklagte Vogel Frau Luxemburg den Vortritt ließ und selbst hinterherging, versetzte ihr der Angeklagte Runge mit dem Karabinerkolben einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, daß sie rücklings zu Boden stürzte. Der wehrlos Daliegenden schlug Runge dann noch ein zweites Mal mit dem Karabinerkolben wuchtig auf den Kopf und traf die Mitte der Stirn. Vorher hatte Runge zu den Zeugen Dreger und Güttinger geäußert: ‚Wenn die Luxemburg herauskommt, kriegt sie auch ihr Teil, die kommt nicht lebendig heraus.‘ ... Nach Ansicht des Zeugen Alker hätte der Angeklagte Vogel

den zweiten Schlag, zu dem Runge ausholte, verhindern können. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß man absichtlich keine Schutzmaßregeln habe ergreifen wollen. ...

Frau Luxemburg, die aus Mund und Nase blutend liegen geblieben war, wurde von Poppe und Weber zum Auto geschleppt und hineingelegt. In dem Auto nahmen Platz: Frau Luxemburg auf der Mitte des Rücksitzes, links davon Grantke, rechts Weber, auf dem linken Trittbrett fuhr der Zeuge Poppe mit, der sich auf den Kotflügel setzte. Als Chauffeur fuhr der Zeuge Janschkow, neben dem der Beifahrer Hall saß. Außerdem fuhr der Angeklagte Vogel mit sowie eine nicht ermittelte Militärperson in Mannschaftsuniform. Nach Angaben der Zeugen Poppe und Grantke war aus der kameradschaftlichen Art, in der Vogel mit diesem Unbekannten sprach, zu schließen, daß es ein Offizier war. Nach der Bekundung eines Zeugen soll es ein Seeoffizier gewesen sein. Als das Auto vom Hotel abfuhr, sprang wieder (wie im Falle Liebknecht) der Zeuge v. Rzewuski von hinten auf das Trittbrett auf und schlug mehrere Male Frau Luxemburg mit der Faust ins Gesicht. Dieser sprang jedoch bereits am Ende der Hotelrampe etwa nach 8—10 m wieder vom Auto ab. Frau Luxemburg saß liegend auf dem Rücksitz. Ihr Kopf hing hinten über das Verdeck des Wagens. Die Augen standen starr offen. Als das Auto den Kurfürstendamm in Richtung Corneliusbrücke entlang fahrend nach etwa 80 Metern die Nürnberger Straße passierte, die das Edenhotel auf einer Seite begrenzt, fiel ein Schuß. Wer denselben abgefeuert hat und wo der Täter gestanden hat, darüber gingen die Aussagen der Zeugen auseinander.

Der Schuß auf Frau Luxemburg

Der Angeklagte [Vogel] bestritt seine Täterschaft. Er wollte nicht wissen, wer geschossen hat, gab vielmehr an, daß er einen Zivilisten nach dem Schuß vom Wagen habe abspringen sehen, gab schließlich in der Hauptverhandlung auch an, daß ihm der im Auto mitgefahrene nicht ermittelte Offizier bekannt ist, er aber dessen Namensnennung verweigere. Nach Bekundung des Zeugen Grantke nahm der Angeklagte Vogel, der auf dem linken Trittbrett stand, seinen Revolver heraus, beugte sich in den Wagen und wollte auf Frau Luxemburg schießen. Der Revolver ging jedoch nicht los, da er gesichert war. Grantke, Weber und der unbekannte Offizier sagten nach Bekundung des Zeugen Grantke zu Vogel, er solle nicht schießen. Vogel erwiderte nichts, setzte den Revolver jedoch zum zweiten Male an und drückte zwischen Auge und Ohr an der rechten Schläfe der Frau Luxemburg ab. Die Schußwunde blutete nach Angabe Grantkes stark, das Blut spritzte jedoch nicht. Nach dem Schuß ging ein ruckartiges Zucken durch den Körper von Frau Luxemburg, welches die dicht neben ihr sitzenden Zeugen Grantke und Weber verspürten und der Zeuge Poppe ebenfalls bemerkte. Der Körper der Frau Luxemburg hob sich nach dem Schuß und sank zusammen, so daß die Zeugen, die sich vorher nicht überlegt hatten, welche Verletzungen die besinnungslos daliegende Frau Luxemburg infolge der schweren Kolbenschläge Runges erlitten hatte, der Ansicht waren, sie habe jetzt ihren letzten Atemzug getan. ...

Das Hineinwerfen der Leiche in den Kanal

Nach dem Schuß wurde Frau Luxemburg eine Decke über den Kopf gezogen. Nach wenigen Minuten hatte das Auto die Corneliusbrücke erreicht, bei welcher es links abbog und am Lützowufer am Land-

wehrkanal entlang fuhr. Nach einigen hundert Metern Fahrt erreichte das Auto kurz vor der Lichtensteinbrücke ein mit Gebüsch bewachsenes Rasenstück, das zwischen Kanal und Fahrtstraße liegt. Der Angeklagte Vogel, der in dieser Beziehung geständig war, gab den Zeugen Janschkow und Hall etwa 50 m vor der Brücke den Befehl zu halten, und sagte etwa: ‚Wir wollen sie hier herausschleppen'. ... Dann ging Vogel, während der Leutnant Jansen das Auto revidierte, zu der Stelle, wo die Frau Luxemburg lag, und sagte zu Weber und Poppe, Frau Luxemburg soll ins Wasser geworfen werden. Er äußerte dabei etwa: ‚Los, aber schnell weg mit ihr'. Beide Leute führten diese Weisung aus und warfen Frau Luxemburg in den Landwehrkanal. Der Zeuge Röpke sah und hörte den leblosen Körper ins Wasser fallen und sah ihn langsam zur Brücke treiben. Inzwischen war Leutnant Jansen, dem ein Insasse des revidierten Autos gesagt hatte, er solle sich nicht weiter aufregen, ihr Offizier wisse schon Bescheid, das sei die Rosa Luxemburg, zu Röpke an die Brücke getreten. Jetzt kam auch gerade der Angeklagte Hauptmann Weller hinzu, dem die Sicherung der Lichtensteinbrücke oblag und das unmittelbar an der Brücke in den Räumen des Zoologischen Gartens untergebrachte Wachkommando unterstellt war. Röpke sagte zu dem Angeklagten Weller — dabei die Hand an den Helm legend —: ‚Herr Hauptmann, eben ist die Rosa Luxemburg ins Wasser geworfen worden. Wenn Herr Hauptmann sie sehen wollen — sie schwimmt gerade.' Alle drei sahen dann im Wasser einen dunklen Gegenstand, der aber nicht mehr zu erkennen war, durch die Brücke hindurch nach der Schleuse zutreiben. Der Angeklagte Weller sagte zu der Bemerkung Röpkes nichts. Nach Erinnerung des Zeugen Jansen lachten sämtliche drei Personen dabei. ...

Rücksprache des Angeklagten Vogel mit den Chauffeuren und die Falschmeldung

Der Angeklagte Vogel sagte zu Weber und Poppe nach dem Hineinwerfen der Frau Luxemburg in den Kanal: ‚Nun aber gleich wieder fort!' Alle drei nebst dem unbekannten Offizier begaben sich schnell zum Auto zurück, wo Grantke, Janschkow und Hall geblieben waren, und fuhren dann in der Fahrtrichtung geradeaus zur Charlottenburger Chaussee weiter und von dort in einem Bogen zum Edenhotel zurück. Unterwegs sprach der Angeklagte Vogel zu Janschkow und Hall in kameradschaftlichem Tone über die Vorgänge und äußerte nach eigenem Geständnis etwa: ‚Kinder, wir müssen nun einmal darüber sprechen, wie wir die Sache darstellen, um keinen Schaden anzurichten'. Sie kamen dann überein auszusagen, daß das Auto an der Corneliusbrücke von unbekannten bewaffneten Zivilpersonen, vermutlich Spartakisten, angehalten und Frau Luxemburg unter dem Rufe: ‚Das ist ja die Rosa' aus dem Wagen geraubt worden sei. Gegenüber der Menge sei Widerstand zwecklos gewesen; sie wären deshalb schnell fortgefahren. Die Täter wären vermutlich aus der vor dem Hotel versammelten Menge dem langsam fahrenden Auto nachgelaufen. In diesem Sinne erstattete auch der Angeklagte Vogel noch an demselben Abend nach der Rückkunft im Hotel dem Hauptmann Pabst eine falsche Meldung. ..."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 5966

61. *Ermordung von vier Mitgliedern des Spartakusbundes im Tegeler Forst durch konterrevolutionäre Truppen in der Nacht vom 17. zum 18. Januar 1919*

„Freiheit" vom 1. März 1920

„Am 17. Januar 1919 wurden im Tegeler Forst vier Spandauer Arbeiterführer erschossen. Die Genannten waren bei den Unruhen in Spandau gefangengesetzt worden und sollten in die Strafanstalt Tegel transportiert werden. Über die Erschießung wurde von zuständiger Stelle folgende Meldung verbreitet:

In der vergangenen Nacht versuchten vier Spartakisten, die während der Spandauer Spartakusumtriebe verhaftet worden waren, im Tegeler Forst einen Fluchtversuch. Das Begleitkommando schoß auf die Flüchtigen und tötete sie sämtlich.

Ihre Namen sind: v. Lojewski, Merx, Hermann Jordan und Milkert.

Wir haben die Wahrheit dieser Meldung sofort bezweifelt und dargelegt, daß kein Fluchtversuch, sondern ein ganz gewöhnlicher Meuchelmord vorliegt. Die Erschossenen wurden nachts gegen 10 Uhr in einem Lastauto von Spandau nach Tegel befördert. Sie mußten sitzend im Auto Platz nehmen und waren von schwerbewaffneten Soldaten umgeben. Ein Fluchtversuch war völlig ausgeschlossen, da keiner der Verhafteten die Möglichkeit hatte, die Planken des Autos zu überspringen und in den nahegelegenen Forst zu entfliehen. Außerdem waren die vier erschossenen Genossen äußerst ruhige, in der Arbeiterbewegung sehr erfahrene Männer, die angesichts der Begleitumstände an einen Fluchtversuch gar nicht denken konnten.

Mehr als ein Jahr ist seit der Mordtat vergangen. Die von uns immer wieder geforderte Aufklärung blieb aus, obwohl das von uns veröffentlichte Beweismaterial so einwandfreier Natur war, daß der Beweis eines planmäßig vollzogenen Meuchelmords klar auf der Hand lag. Wir sind nunmehr in der Lage, den Gerichtsbehörden mit neuen einwandfreien Beweisangaben dienen zu können. Auf Grund neuerer Nachforschungen stellen wir das Folgende fest:

Die Genossen Lojewski, Merx, Jordan und Milkert saßen acht Tage in der Spandauer Arrestanstalt. Sie sollten in der Nacht vom 17. zum 18. Januar mit noch vier anderen Genossen, die auf einem Auto untergebracht waren, nach Tegel transportiert werden. Die beiden Autos fuhren in kurzen Abständen hintereinander ab. Die Gefangenen bekamen den Befehl, sich zu setzen und sich nicht von der Stelle zu rühren. Sie haben das auch getan. Das Auto, auf dem Lojewski und die anderen Genossen untergebracht waren, fuhr an zweiter Stelle. Auf dem Auto hatten stehend Platz genommen: Leutnant Pieper, Vizefeldwebel Plate, Grenadier Dahlke, zwei andere Grenadiere vom Grenadierregiment 5, zwei Trainsoldaten und ein Herr Sasse, der Sohn eines Spandauer Fabrikanten, sowie der Soldatenrat Neese, ein ehemaliger Pionier. Hinter der Brücke des Schiffahrtskanals wurde kurz Halt gemacht; als das Auto wieder im Anfahren war, fielen Schüsse und sämtliche vier Gefangene wälzten sich in ihrem Blut. Die Schüsse wurden von den beiden Trainsoldaten abgegeben, Sasse gab aber die Anweisungen dazu. Die Erschießung rief bei einigen Begleitmannschaften große Bestürzung hervor. Sie wurden aber von Neese und Sasse sofort beruhigt; es wurde ein Fluchtversuch verabredet. Das Auto mit den Leichen fuhr nach Spandau zurück. Dort wurde unter Neeses Anleitung ein entsprechendes Protokoll aufgesetzt, das später auch dem vernehmenden Kriegsgerichtsrat vorgelegt wurde, der es

ohne nochmaliges genaues Befragen der Zeugen für einwandfrei erklärte. Die Erschießung ist von langer Hand vorbereitet worden. Die Trainsoldaten haben für die Erschießung eine größere Belohnung bekommen. Einer von ihnen prahlte am anderen Tag mit seinem vielen Geld.

Von den hier angeführten Tatsachen ist das Gericht bereits in Kenntnis gesetzt worden. An den Einzelheiten ist nicht zu rütteln, sie können unter Eid gestellt werden. Wir fordern daher die sofortige Verhaftung der oben genannten Personen und die Erhebung der Anklage auf Mord und der Anstiftung dazu; auf wissentliche Fälschung von Protokollen und Verleitung zu einer falschen Aussage. Die Namen der beiden Trainsoldaten können aus den Wachtbüchern und aus den Stammrollen leicht festgestellt werden, ebenso die Namen der unbekannten Grenadiere. Wie leichtfertig die gerichtliche Untersuchung dieses Meuchelmords geführt wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß die Schüsse aus höchstens 10 Zentimeter Entfernung auf die unglücklichen Opfer abgegeben wurden, und zwar aus einer Armeepistole. Die Mörder zielten mitten auf die Brust. Bei einer nicht ganz gewissenlosen Untersuchung der ermordeten Personen hätte dies ohne weiteres festgestellt werden können. Wir warten ab, ob sich nunmehr ein Gericht finden wird, welches gewillt ist, das scheußliche Verbrechen ohne jeden Vertuschungsversuch aufzuklären und die Täter endlich zur Verantwortung zu ziehen."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr. 1913 Bl. 5

62. *Verhinderung der Amtsenthebung des Bürgermeisters von Eckernförde, Dr. Albers, durch den Innenminister*

Schreiben des Innenministers an den Arbeiter- und Soldatenrat in Eckernförde vom 25. Januar 1919 (vgl. Nr 43)

„Die Gründe für den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats, den Bürgermeister der Stadt Eckernförde, Dr. Albers, seines Amtes zu entsetzen, sind so allgemeiner Natur, daß sie zur Begründung einer Amtsenthebung nicht ausreichen. Zu einer derartigen Maßnahme bedarf es der Angabe von Tatsachen, die nachgeprüft werden können. Wir ersuchen den Arbeiterrat, dem Bürgermeister zur Weiterführung seiner Amtsgeschäfte kein Hindernis in den Weg zu legen und das gegen ihn vorhandene Material uns zur Entscheidung einzusenden."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 3857 Nr 1

63. *Forderung des sozialdemokratischen Volksbeauftragten Philipp Scheidemann nach sofortiger Abschaffung der Arbeiter- und Soldatenräte*

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 3. Februar 1919

„Der Volksbeauftragte Philipp Scheidemann hat sich am Sonntag gegenüber dem Vertreter eines der größten amerikanischen Blätter wie folgt geäußert:

. . .

Soldatenräte, wie sie am 9. November infolge des Zusammenbruchs des militärischen Heeres entstanden, vielleicht sogar notwendig waren und in der ersten Zeit der Revolution auch mancherlei Anerkennenswertes geleistet haben, sind schon heute in Deutschland nahezu gegenstandslos. Unsere Armee ist bis auf geringe Bruchteile demobilisiert, die Soldaten sind wieder zu Bürgern geworden und können als Staatsbürger wie alle anderen ihre politischen Rechte und Wünsche vertreten. Wer sich heute noch Soldatenrat nennt, hat vielfach keinerlei Formation mehr hinter sich, die er vertreten könnte. So z. B. haben wir einen Zentralrat der Ostfront, aber die Ostfront existiert nicht mehr. Wir haben eine große Anzahl Soldatenräte in Berlin, aber wo sind die Truppen, die sie vertreten? Dieser Zustand kann unmöglich andauern. Wenn die Nationalversammlung sich über den Charakter des neuzuschaffenden Volksheeres schlüssig gemacht hat, werden in diesem Volksheere Einrichtungen vorzusehen sein, die den Soldaten alle Rechte und Bürgschaften geben, auf die sie als Bürger des deutschen Freistaates Anspruch erheben können. Die alten Soldatenräte, ein Überbleibsel des verschwundenen Heeres, sind dann vollkommen überflüssig geworden. Ihre Beseitigung wird auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zur dringenden Notwendigkeit, denn diese angebliche ‚Errungenschaft der Revolution', das Rätesystem, kostet jeden Tag viele Hunderttausende. Jeder der zahllosen Räte, gleichviel ob es sich um einen Arbeiter- oder um einen Soldatenrat handelt, bezieht reichliche Tagegelder. Allein der Rätekongreß im Dezember hat über eine viertel Million Mark gekostet und das in einer Zeit, wo Deutschland auf jeden Pfennig achten muß, den es ausgibt.

Wir wollen den Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte, die aus ehrlichster Überzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterschaft zu dienen, nicht zunahetreten, aber gerade sie werden zugeben müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Gestalten in den Arbeiter- und Soldatenräten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gewußt hat, von wannen sie gekommen sind und wo sie ihre Talente, groben Unfug zu verüben, erworben haben. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß vielerorts die Arbeiter- und Soldatenräte eine geradezu gemeingefährliche Wirksamkeit entfaltet haben. Darüber können alle Reichsämter, nicht zuletzt das Reichsernährungsamt, mit Beispielen aufwarten. In einer revolutionären Übergangszeit können die Arbeiter- und Soldatenräte mancherlei Nützliches wirken. Nach dieser Übergangszeit, die für uns mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die Arbeiter- und Soldatenräte zu Bremsvorrichtungen und kostspieligen Hindernissen jeder ordentlichen Verwaltung.

Wir sehen in der Nationalversammlung, die ihren Zusammentritt und ihre Zusammensetzung der Revolution verdankt, das einzige Mittel, um ein neues Deutschland aufzubauen. Die Reaktionäre sind in lächerlich geringer Zahl in sie eingezogen, die Sozialdemokratie hat eine Mandatzahl errungen wie nie vorher. Gegen uns und unsere demokratischen und sozialistischen Überzeugungen kann kein Beschluß gefaßt werden, d. h. daß das neue Deutschland in völliger Abkehr von allen militärischen und imperialistischen Zielen aufgebaut werden wird."

Staatsministerium, Rep. 90 a D I 1 Nr 14 Bl. 33

64. Der Mord an Leo Jogiches am 10. März 1919

Aus der Denkschrift des Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung von Strafverfolgungen aus dem Jahre 1924

„Jogiches wurde am 10. 3. 1919 auf Grund eines Verhaftungsbefehls der Brigade Reinhard, Abteilung Exekutive, oder P. I vom 8. 3. 1919 verhaftet. ... In der Festnahmemeldung ... wird als ‚Grund der Festnahme' bezeichnet: ‚Führer der KPD'. Ein rechtlicher Grund der Verhaftung ist aus den Akten nicht ersichtlich.

Jogiches wurde von Kriminalwachtmeister Grahn, der von einem Militäraufgebot unter Führung des Leutnants Kohts unterstützt wurde, frühmorgens in seiner Wohnung Neukölln, Schwarzastraße 9, verhaftet. ...

Tamschick war bei der Verhaftung des Jogiches nicht zugegen. ... Er hat mit Grahn zusammen den Jogiches von der Exekutivabteilung zur Überführung in das Gefängnis übernommen.

Grahn und Tamschick geben in ihren ersten Vernehmungen ..., ebenso Tamschick in seiner Meldung vom 10. März an, ... den Befehl zur Überführung des Jogiches ins Untersuchungsgefängnis von Leutnant Lenz ... erhalten zu haben; sie weichen nur darin voneinander ab, daß jeder von beiden direkt den Befehl erhalten haben will. Leutnant Lenz dagegen ... bestreitet entschieden, etwas mit der Sache zu tun zu haben, die ihn dienstlich auch gar nichts anging. ...

Grahn und Tamschick führten dann den Jogiches auf dem Innenweg (durch das Kriminalgerichtsgebäude) nach dem Untersuchungsgefängnis. Beim Abwärtssteigen in einem Treppenhaus haben sie Jogiches von oben her durch einen Schuß getötet.

...

Grahn stellt in der Vernehmung vom 10. März den Vorgang folgendermaßen dar: Grahn und Tamschick seien dem Jogiches in einem Schrittabstand gefolgt. Unterwegs klagte Jogiches über heftige Rückenschmerzen, wurde aber von Grahn und Tamschick aufgefordert, ruhig weiterzugehen. An einem Treppenabsatz nahm Jogiches plötzlich große Schritte. Grahn und Tamschick riefen jeder dreimal ‚Halt!' Darauf beschleunigte Jogiches das Tempo, worauf Grahn einen Schreckschuß abgab, der ins Mauerwerk des Treppenhauses traf. Da Jogiches nicht stand, gab Grahn noch einen weiteren Schuß, Tamschick noch zwei Schüsse ab. Die Schüsse erreichten Jogiches am Fuße der letzten Stufe. Er taumelte noch einige Schritte, brach zusammen und war tot. Das herbeiströmende Publikum wurde von Tamschick und Grahn zurückgehalten. Tamschick holte den Arzt und meldete den Vorfall.

...

Diese Protokolle hat der Gerichtsherr, Regimentskommandeur Major v. Kühlewein, dem Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division mit dem Vermerk vorgelegt: ‚Die Ermittelungen haben ergeben, daß Jogiches auf der Flucht erschossen worden ist.' Das Wort ‚Flucht' steht über dem durchstrichenen Worte ‚Notwehr', das Wort ‚auf' ist offensichtlich aus ‚in' verbessert, so daß zunächst ‚in der Notwehr' gestanden haben dürfte. ...

Dies Ergebnis ist festgestellt, ohne daß Obduktion der Leiche oder Lokalbesichtigung des Tatorts durch Gerichtspersonen stattgefunden haben.

...“

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 7147 Bl. 1–3

65. Zur Organisation und Wirksamkeit des Roten Soldatenbundes in Berlin

Aus der Anklageschrift des Ersten Staatsanwaltes beim Landgericht I in Berlin vom 17. März 1919 gegen vier Angehörige des Roten Soldatenbundes

„. . .

Die Beschuldigten sind Mitglieder einer Verbindung, die sich ‚Roter Soldatenbund' nennt. Dieser Bund ist bestrebt, in Deutschland aus revolutionär gesinnten Soldaten und Arbeitern insgeheim eine militärische Organisation zu schaffen, um mit deren Hilfe eine nochmalige Revolution vorzubereiten und durchzuführen. Die Beteiligung an einer solchen staatsgefährlichen Vereinigung verstößt gegen die §§ 128 und 129 StGB.

Der RSB ist nach Ausbruch der Revolution am 9. November 1918 von einem gewissen Budig in Berlin gegründet worden. Seine ersten Mitglieder waren zum größten Teile Fahnenflüchtige, denn die meisten Zuläufer lieferte ihm der sogenannte ‚Soldatenrat der Deserteure, Urlauber und Versprengten'. Budig war auch der erste Vorsitzende des Bundes; er ist aber aus seiner Stellung ausgeschieden, nachdem er bei dem bekannten Zusammenstoß zwischen einem Zuge demonstrierender Deserteure und Regierungstruppen am 6. Dezember 1918 in der Chausseestraße in Berlin verwundet worden war. Dieser Zusammenstoß kann als das erste öffentliche Auftreten der im RSB zusammengeschlossenen Kräfte angesehen werden.

Die Gründung des RSB geht auf eine Anregung Karl Liebknechts zurück. Mit diesem hatte der Beschuldigte Schwalbe kurz nach Ausbruch der Revolution auf der Redaktion der Roten Fahne eine Unterredung. Hierbei äußerte Liebknecht seine Absicht, nach dem Beispiele Rußlands auch in Deutschland eine sogenannte ‚Rote Garde' ins Leben zu rufen und eine revolutionäre Soldatenzeitung unter dem Namen ‚Der rote Soldat' zu gründen.

Die Werbung für die Bildung eines solchen revolutionären Soldatenbundes geschah in der ersten Zeit zumeist in den Versammlungen der ‚Deserteure, Urlauber und Versprengten'. Hier trat vor allem der bekannte Kommunist Dr. Lewiné, ein geborener Russe, als Redner auf. Lewiné pflegte bei seinen Ansprachen den Verlauf der bolschewistischen Revolution in Rußland zu schildern und dabei die Rolle hervorzuheben, die die ‚Revolutionäre Rote Garde' bei der erfolgreichen Durchführung dieser Revolution in Rußland gespielt hat. Er legte dar, daß es nur mit Hilfe dieser Roten Garde möglich gewesen sei, die Regierung Kerenskis zu stürzen, die Bolschewisten ans Ruder zu bringen und vor allem bis jetzt am Ruder zu erhalten. Da die proletarische Entwickelung in Deutschland ähnlich wie in Rußland verlaufe und auch verlaufen müsse, so sei auch hier die Bildung einer Roten Garde notwendig. Über deren Zusammensetzung äußerte sich Lewiné dahin, daß sie nur aus Angehörigen des Proletariats bestehen dürfe und daß besonders alle früheren Offiziere ausgeschaltet werden müßten.

Auf diese Bestrebungen ist die Gründung des Roten Soldatenbundes zurückzuführen. Dieser ist daher als nichts anderes als der Grundstock für eine auch hier in Deutschland zu errichtende Rote Garde anzusehen. Der Rote Soldatenbund ist in größerem Umfange bisher nur in Berlin hervorgetreten, während seine Tätigkeit und seine Organisation im übrigen Deutschland noch in den Anfängen steckt. In Berlin zählte der Bund im Februar etwa 3000 Mitglieder, im ganzen Reiche

etwa 60—70 000. An diese Personenzahl wird nämlich die Bundeszeitschrift ‚Der Rote Soldat' regelmäßig versandt.

Der Rote Soldatenbund zerfällt in Groß-Berlin und seinen Vororten in 31 Bezirke, an deren Spitze Bezirksführer stehen. Je nach der Größe der Bezirke werden diese erforderlichenfalls wieder in Gruppen eingeteilt, die von Unterbezirksführern geleitet werden. Sehr stark sind die in der Hauptsache von Arbeitern bevölkerten Bezirke Neukölln, Spandau, Wittenau und Weissensee. Im wesentlichen decken sich die Bezirke des RSB mit den entsprechenden Bezirken der Kommunistischen Partei, als deren militärische Unterabteilung der Rote Soldatenbund überhaupt anzusehen ist. An der Spitze des ganzen Bundes steht eine Zentrale, die im engsten Einvernehmen mit der Zentralstelle der Kommunistischen Partei, in deren Räume sie auch untergebracht ist, ihre Geschäfte führt. Die Mitglieder dieser Zentrale werden nicht etwa von den Angehörigen des RSB gewählt, sondern von der Zentralstelle der Kommunistischen Partei ernannt; deren Anordnungen gelten in gleicher Weise wie für die Kommunistische Partei auch für den Roten Soldatenbund. Die Mitglieder der Zentrale des Roten Soldatenbundes sind dieselben, die auch in der Leitung der Kommunistischen Partei an führender Stelle stehen. Die Funktionäre des Roten Soldatenbundes werden von der Kommunistischen Partei besoldet.

Aufnahme in den Roten Soldatenbund findet jeder derzeitige oder frühere Soldat und ferner jeder geeignete Mann, der mit der Waffe umzugehen versteht. Voraussetzung ist jedoch, daß der Aufzunehmende der Kommunistischen Partei oder wenigstens der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört. Bei der Aufnahme wird mit großer Vorsicht verfahren; meist müssen die Bewerber mehrere Bürgen stellen. Im Laufe der Zeit hat sich der Grundsatz herausgebildet, daß jeder Angehörige des RSB Mitglied der Kommunistischen Partei sein muß. Der Aufgenommene wird in eine Liste eingetragen und dabei in besonderen Spalten vermerkt, welchem Truppenteil er angehört und mit welcher Waffe (z. B. mit Gewehr 98) er ausgebildet ist. Auf Infanteristen und Maschinengewehrschützen wird besonderes Gewicht gelegt.

Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit verlegt der Rote Soldatenbund in die einzelnen Bezirke. Zu deren Obliegenheiten gehört in erster Linie die Propaganda innerhalb des Bezirks, mithin die Anwerbung neuer, die Belehrung und Befestigung der alten Mitglieder durch Versammlungen, Vortragsabende, Verbreitung von Zeitschriften, Zeitungen und Flugblättern und ähnliche Veranstaltungen. Insbesondere haben die Bezirksführer sich die Verteilung und Verbreitung des ‚Roten Soldaten' angelegen sein zu lassen.

Die Hauptaufgabe der einzelnen Bezirke bzw. ihrer Organe besteht aber in der Schaffung einer militärischen Organisation. Sie haben nämlich die für den Ernstfall, d. h. für den Fall der revolutionären Aktion, erforderlichen Truppenkörper aufzustellen. Demgemäß werden die Mitglieder der einzelnen Bezirke in besondere Kompagnien, Kolonnen, Gruppen und Stoßtrupps eingeteilt, an deren Spitze selbstgewählte Führer stehen. Diese Einteilung schließt sich zumeist den einzelnen Fabrikbetrieben an. So bilden die dem Bunde angehörenden Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionswerke eine besondere Kompagnie, die sehr stark ist, ebenso die Arbeiter der Schwartzkopff-Werke. Der Bezirk Nieder-Barnim allein hatte Anfang Februar 1919 schon 4 Kompagnien zu je 120 Mann. Während früher die einzelnen Formationen ohne Rücksicht auf die besondere Waffenausbildung der einzelnen ihnen zugeteilten Mitglieder aufgestellt wurden, ist für die Zukunft die Bildung besonderer Infanteriekompa-

gnien, Maschinengewehrkompagnien, Kraftfahrtrupps, Nachrichtentrupps usw. geplant. In den größeren Fabrikbetrieben bestanden vielfach schon von der Revolution her und unabhängig von dem RSB militärisch organisierte Trupps revolutionärer Arbeiter. So waren beispielsweise von den revolutionären Obleuten und Vertrauensmännern der Großbetriebe Groß-Berlins in den Schwartzkopff-Werken und in den Deutschen Waffen- und Munitionswerken sogenannte Stoßtrupps ins Leben gerufen worden. Diese bereits vorhandenen militärischen Formationen wurden später von den Bezirken des RSB vielfach übernommen.

Die einzelnen Bezirke des RSB verfügen teilweise auch über geheime Waffenlager. In der Hauptsache hofft man aber für den Ernstfall aus den Beständen der Staatswerkstätten in Spandau und der Deutschen Waffen- und Munitionswerke durch gleichgesinnte Arbeiter mit Waffen reichlich versehen zu werden.

Das Ziel des Roten Soldatenbundes deckt sich mit dem der Kommunistischen Partei. Es ist auf die Herbeiführung einer zweiten, rein sozialistischen Revolution, auf die Schaffung der Diktatur des Proletariats und der reinen Rätegewalt und auf die Förderung der Weltrevolution gerichtet. Aber während die Kommunistische Partei selbst und unmittelbar hierauf nur durch politische Mittel hinarbeitet, fällt ihrer militärischen Unterabteilung, dem Roten Soldatenbunde, die Aufgabe zu, dieses Ziel durch Zusammenfassung und Organisierung der militärischen Kräfte des revolutionär gesinnten Proletariats zu verwirklichen. Die Aufstellung einer Roten Armee oder Roten Garde in Deutschland zur gewaltsamen Durchführung der kommunistischen Endziele ist Inhalt und Zweck der Tätigkeit des Roten Soldatenbundes. Dies ergibt sich deutlich aus seiner Gründung, seinem Entwickelungsgang und seiner Organisation und wird auch von seinen Leitern und Mitgliedern ernstlich nicht mehr in Abrede gestellt. So erklärt der Beschuldigte Frölich, Aufgabe des Roten Soldatenbundes sei, die Zusammenfassung und Organisierung der militärischen Kräfte innerhalb des Spartakusbundes zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften, und noch deutlicher drückt sich der Beschuldigte Schwalbe aus, wenn er sagt, die Rote Garde (d. h. der Rote Soldatenbund) sei eine Organisation zur Unterstützung einer proletarischen Revolution zwecks sofortiger Durchführung der Sozialisierung; ferner, der Rote Soldatenbund solle Mannschaften für eine Rote Garde anwerben, und endlich, Zweck des Roten Soldatenbundes sei es, Mitglieder zu sammeln, vor allem in der bestehenden Armee, um eines Tages die heutige Regierung gewaltsam zu stürzen.

Noch klarer erhellt die militärische Aufgabe des Roten Soldatenbundes aus der Tätigkeit, die er und seine Mitglieder während der Spartakuswoche in Berlin im Januar 1919 entfaltet haben. Der Rote Soldatenbund war es, der an der Spitze des Demonstrationszuges marschierte, der von der Siegesallee aus zum Polizeipräsidium zog, von wo aus die Besetzung der verschiedenen Zeitungsbetriebe erfolgte; seine Mitglieder waren es, die den Kern der Besatzung dieser Gebäude bildeten; vor allem aber war es sein damaliger Leiter, der später gefallene Mechaniker Karl Grubusch, der, zusammen mit anderen führenden Persönlichkeiten des Bundes, im besetzten Vorwärtsgebäude eine sogenannte ‚strategische' Zentrale einrichtete und von hier aus während der ganzen Woche die gesamte Besetzung im Zeitungsviertel leitete. Er hatte dabei stets einen großen Pharusplan von Berlin vor sich liegen, worauf die militärisch wichtigen Punkte mit bunten Stecknadeln abgesteckt waren. ..."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 7060 Bl. 29—31

66. Ermordung des Kommunisten Meseberg in Halle

„Die Freiheit" vom 26. März 1919

„Halle, 24. März. Der seit 5 Tagen verschwundene „Spartakistenführer" Meseberg ist gestern nachmittag als Leiche aus der Saale gelandet worden. Wie die Ermittelungen ergeben haben, ist er durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet und dann in das Wasser geworfen worden. Auf die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 3000 M ausgesetzt worden.

Das hallesche ‚Volksblatt' schreibt dazu: ‚Wir können aus eigener Kenntnis der Dinge – ohne den Ermittelungen der Kriminalpolizei irgendwie vorgreifen zu wollen – ergänzend hinzufügen, daß es feststeht, daß Meseberg planmäßig und mit ebenso voller Absicht ermordet worden ist wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Jogiches und viele andere.' "

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 3855 Bl. 3

67. Organisation der revolutionären Bergarbeiter in der „Allgemeinen Bergarbeiterunion"

Bericht des Polizeipräsidenten in Bochum an den Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 23. April 1919

„Ende März 1919 wurde in Essen in einer von 475 Delegierten beschickten Konferenz von Bergarbeitern, durch die 195 Schachtanlagen des Ruhrkohlenbezirks vertreten waren, eine neue Bergarbeiterorganisation ins Leben gerufen, welche die Bezeichnung ‚Allgemeine Bergarbeiter-Union' erhielt. Sie umfaßt alle revolutionären Bergarbeiter des Ruhrkohlenbezirks, erklärt sich offen als scharfe Gegnerin der bisher bestehenden 4 Bergarbeiterorganisationen, die sie als ‚Verräter des Proletariats' bezeichnet, und erstrebt eine völlige Umgestaltung des Wirtschaftslebens durch Einführen des revolutionären Rätesystems und Verwirklichung der wirklichen Sozialisierung und des wirklichen Sozialismus. Die ‚Union' erklärt etwaige Vereinbarungen, die zwischen den Führern der vier Bergarbeiterverbände mit den Arbeitgebern jetzt oder künftig getroffen werden, als nicht gültig und bindend. Die Führer der vorgenannten Verbände sollen als Vertreter der Bergarbeiter nicht mehr betrachtet werden, da sie durch ihr Paktieren mit dem Kapitalismus ein für allemale das Recht verwirkt hätten, sich Arbeitervertreter zu nennen. Die Vertretung der Interessen der Bergarbeiter soll fortan einzig und allein in den Händen des von den Delegierten der revolutionären Bergarbeiter gewählten Zentralzechenrates der bisherigen ‚Neunerkommission' liegen. Dieser Zentralzechenrat, dessen Parole lautet: ‚mit den Arbeitgebern nicht zu verhandeln, sondern zu handeln', also Terror auszuüben, setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

Steiger Schürken, I. Vorsitzender
Steiger Arnold Wagner, II. Vorsitzender
Josef Köring, Kassierer

Bergmann Karl Wagner, Schriftführer
„ Konieczny, Herne
„ Wiggehoff
„ Teuber, Bochum
„ Sperling und
Bürobeamter Schneider.

. . .

Die ‚Union' hat in verhältnismäßig kurzer Zeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet großen Anhang gefunden. Auf vielen Zechen sind die früheren Arbeiterausschüsse bereits aufgelöst und durch revolutionäre ‚Zechenräte' ersetzt worden. Die ‚Union' hat ein Zentralstreikkomitee in Langendreer eingerichtet. Ebenso bestehen in den meisten Orten revolutionäre Streikkomitees. Auch eine Fachschrift, die ‚Allgemeine Bergarbeiter-Union' (Organ der revolutionären Bergarbeiter Deutschlands), ist begründet worden. Ihr Verlag ist in Essen, Theaterstraße 18. Bisher ist erst Nr 1 unterm 4. April erschienen, von der ich 3 Stück beifüge. Das Weitererscheinen der Zeitung ist infolge des über Essen verhängten verschärften Belagerungszustandes verboten worden."

Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 662 Nr 90 Bd 4 Bl. 170–171

68. *Aufruf der Kommunistischen Partei an die Bauern zur Solidarisierung mit der Arbeiterklasse*

Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Frühjahr 1919

„Achtung, Bauer, Spartakus kommt! Er kommt mit Haufen arbeitsscheuem Gesindel zu dir, dem Fleißigen! Kommt mit Plünderern und Räubern zu dir, dem Schaffenden und Sparsamen! Bauer, schließ deine Tür! Nimm den Prügel zur Hand oder noch besser das Gewehr! Denn Spartakus kommt, um bei dir zu rauben und zu plündern. Das letzte Pfund Mehl wird er aus deiner Truhe stehlen, das letzte Stück Rauchfleisch und Speck aus deiner Vorratskammer. Und schlimmer als alles: er will dir deine Äcker, Wiesen und Baumgüter nehmen, dich aus deinem Haus treiben. . . .

Stimmt's nicht? Hast du's nicht so und so ähnlich gelesen? Im Amtsblatt, in der Tageszeitung, in ‚aufklärenden' Heftlein und in Flugblättern, namentlich in Flugblättern, die zu Millionen ins Land hinausgeflattert sind. . . .

Es stimmt, Bauer, Spartakus kommt zu dir. Er muß zu dir kommen. Warum? Weil Spartakus ein Volksmann ist. Freilich nicht ein Volksmann in dem Sinn schönrednerischer Advokaten, Doktoren, Geheimer Kommerzien- und Hofräte, die in den Parlamenten über Himmel und Hölle und auch über deine Angelegenheiten, Bauer, schwätzen und beschließen. Nein! Spartakus ist ein Volksmann, ja, ist der wahre Volksmann, weil er sich an das ganze große Volk der Leute wendet, die von ihrer eigenen Arbeit leben und nicht arbeitslos fremde Arbeit ausbeuten und auswuchern. Diesem Volk der mühevollen fleißigen Arbeit will er zu seinem Recht verhelfen. Es soll die Früchte seines Sorgens und Plagens selbst genießen. Es soll seine Sache selbst in die Hand nehmen und eine neue Ordnung schaffen, für die das Dichterwort gilt:

Verschlemmen soll nicht mehr der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben!

Und Spartakus weiß es, Bauer, was du im Volk der Arbeit bist. Er sieht, wie du mit deinem Weib und deinen Kindern dich vom grauenden Morgen bis in die sinkende Nacht abmühst, um deiner Scholle so viel abzugewinnen, daß ihr leben und womöglich einen Schritt vorwärts kommen könnt. Du mit den Deinen, ihr gehört zu den Fleißigsten der Fleißigen. Aber Spartakus sieht bekümmert, wieviele von deiner Arbeit zehren, welche Mitesser ungesehen an deinem Tische sitzen und dir die größten und besten Brocken wegschnappen. Da ist der Hypothekengläubiger, der ohne einen Finger krumm zu machen, als Zins einen Teil deines Einkommens einstreicht. Da ist der Staat, der immer höhere Steuern von dir fordert, um seine Schulden für Kriegsrüstung und Kriegführung zu bezahlen, um Soldaten zum Schutze der großen Goldsäcke zu unterhalten, um ein ganzes Heer von hunderttausenden Beamten und Schreibern auf dich loszulassen. Da sind die Fabrikanten und Händler, die dir ihre Waren so teuer als möglich verkaufen, während du so billig als nur möglich hergeben sollst, was der Boden trägt, den dein Schweiß fruchtbar macht. Da sind große Grundherren, an die du zahlen mußt, weil irgendein altes Pergament in sogenanntes Recht den Raub umgetauft hat, den die Vorväter dieser Herren an deinen Vorvätern, Bauer, begangen haben. Da gibts noch andere, die wie Blutegel an der bäuerlichen Arbeit hängen.

Spartakus sieht das und versteht es. Er meint deshalb, es sei an der Zeit, daß auch dem Bauer sein Recht als Arbeitsmann, als Schaffendem im Volk der Arbeit werde. Aber es fällt Spartakus nicht ein, dem Bauer sein Recht von oben her mit Gewalt aufzuzwingen oder als Geschenk zu bringen. Er ruft den Bauer, damit dieser sich sein neues Recht und seine neue Ordnung selbst schaffe. Daß der Bauer so Großes vollbringen kann, beweist Rußland. Dort herrscht ‚Spartakus' nun schon länger als eineinhalb Jahre. Die ungeheure Mehrzahl des russischen Volkes besteht aber aus Bauern. Die Räterepublik ist ein Staat, wo Arbeiter und Bauern herrschen. Die Regierung der ‚Bolschewiki', der ‚Spartakisten', ist eine Regierung von Arbeitern und Bauern. Sie würde schon längst zum Teufel sein, wenn die Bauern mit der neuen Ordnung nicht einverstanden wären, durch sie Nachteil statt Vorteil hätten. Auch das gewalttätigste Häuflein Bolschewiki könnte sich nicht gegen die vielen Millionen der russischen Bauernschaft in der Macht halten.

. . .

Spartakus will, daß dir die Augen aufgehen, Bauer, ehe sie dir übergehen. Er kommt zu dir, um dir zu geben, nicht um dir zu nehmen. Weil du ein Mann der Arbeit, ein Schaffender, ein von den Reichen Ausgeplünderter bist. Weil du mit den Arbeitern zusammenstehen mußt, die deine Brüder sind, und nicht mit den Reichen, die deine Feinde sind. Was Spartakus dir, Bauer, bringen will, davon das nächste Mal. . . . Denke selbst! Spartakus zeigt dir den Weg, dir selbst zu helfen!

KPD (Spartakusbund)"

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Rep. 87 B Nr 348 Bl. 79

69. *Ermordung von zwölf Arbeitern in München durch das Freikorps Lützow am 5. Mai 1919*

„Berliner Tageblatt" vom 13. Januar 1926

„Vor dem Schwurgericht des Landgerichts München begann heute ein Mordprozeß, der in die Münchener Revolutionstage zurückführt. Angeklagt sind der Kaufmann Georg Pölzing aus Berlin, früher Leutnant im Freikorps Lützow, und der ehemalige Vizefeldwebel und Untergebene des Pölzing, Erich Prüfert, der zur Zeit eine Reihe von Straftaten im Tegeler Gefängnis büßt. Beide sind angeklagt des Mordes an 12 Personen.

In den ersten Maitagen 1919 kam das Freikorps Lützow auf seinem Anmarsch auf München durch den kleinen Ort Perlach und bezog dort Quartier. Bei seinem Abzug äußerte sich der Führer des Freikorps, Major v. Lützow, gegenüber seinem Quartierwirt, dem evangelischen Pfarrer Hall, er solle ihm nach München telefonieren, falls in Perlach Unruhen ausbrechen sollten. Wenige Tage später erhielt Lützow in München den telefonischen Anruf der Pfarrersfrau und sandte ein Detachement unter Führung von Pölzing und Prüfert nach Perlach zurück, um dort die Ruhe wiederherzustellen. Pölzing ließ zwölf Arbeiter, darunter den Vorsitzenden des Arbeiterrates, den Hafnermeister Ludwig, verhaften und schaffte sie auf einem Lastautomobil nach München. Die Verhafteten gehörten sämtlich den Arbeiterwehren an, die in den einzelnen industriellen Betrieben aufgestellt worden waren. Die Verhaftung ging in Ruhe vor sich. Widerstand wurde nicht geleistet. Waffen fand man bei den Verhafteten nicht. Ihre Gewehre hatten sie freiwillig abgeliefert. Die Festgenommenen wurden nach München transportiert und im Hof des Hofbräus am 5. Mai kurzerhand erschossen, ohne daß ein Standgericht oder überhaupt eine Untersuchung stattgefunden hatte.

Eine Berechtigung zu irgendeiner gerichtlichen Exekution hatte das Freikorps nicht. Die Verhafteten hätten vielmehr an die bayerische Militärbehörde zur Aburteilung abgeliefert werden müssen. Die Anklage legt Pölzing und Prüfert zur Last, daß sie die Erschießung ohne jede Berechtigung, ohne Befehl ihrer Vorgesetzten vorgenommen hätten. Sie wollten lediglich die ihnen lästigen Gefangenen, die man nicht gut weitertransportieren konnte, loswerden. Die Voruntersuchung hat ergeben, daß Pölzing sich im klaren darüber war, daß er die zwölf Arbeiter widerrechtlich erschießen ließ."

Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 8597

70. ***Agitation des Roten Soldatenbundes unter den Soldaten***

Flugblatt des Roten Soldatenbundes vom Juni 1919

„Lesen und weitergeben!

Soldaten!

Jetzt seid Ihr soweit, wie wir es auch vorausgesagt haben. Dreiviertel von Euch werden in höchstens vier Wochen aufs Pflaster gesetzt werden.

Ihr wißt: Die Friedensbedingungen der Entente bestimmen, daß Deutschland künftig höchstens 100 000 einschließlich der Unteroffiziere und Offiziere halten darf.

Die Regierung muß sich dem Gebot fügen, sie mag Gesichter schneiden, wie sie will.

Was wird nun mit Euch?

Noch habt Ihr selber in der Hand, zu bestimmen, was mit Euch werden soll.

Zwei Wege könnt Ihr gehen. Entweder, Ihr gebt Euch die vier Wochen, die Ihr noch habt, weiter dazu her, die Arbeiter niederzuknütteln.

Sind die vier Wochen herum und liegt Ihr dann auf der Straße, so bleibt Ihr auch auf der Straße liegen. Denn kein Arbeiter wird Euch dann noch neben sich dulden.

Die Regierung wird es sicher an Versprechungen nicht fehlen lassen, daß sie für Euch sorgt.

Überlegt selbst, was Ihr auf solche Versprechungen geben könnt.

Die Regierung ist bankrott. Sie wird doppelt und dreifach bankrott sein, wenn sie die Kriegsentschädigungen zahlen muß. Auf ehrlichem Wege kann sie Euch nicht bezahlen. Und sie kann es auch nicht auf unehrlichem Wege.

Die feindlichen Regierungen haben bestimmt, daß die Zahlungen für Kriegsentschädigung allen anderen vorangehen. Sie setzen eine Kommission ein, die Einnahmen und Ausgaben der Regierung auf Heller und Pfennig nachprüft.

Mogeleien gibt's also nicht.

Ihr sagt auch vielleicht: Warum soll's gerade mich treffen, daß ich auf die Straße fliege?

Ihr könnt Euch aber an den Fingern abzählen, daß die Regierung, die nicht einmal die Mehrzahl der aktiven Unteroffiziere behalten kann, zu allererst die anderen an die Luft setzen wird, sie mögen lieb Kind machen, wie sie wollen.

Den Schuhputzer machen und nachher einen Tritt auf den Hintern kriegen, das ist nicht gerade verlockend.

Das ist der eine Weg.

Der andere Weg, daß Ihr zurückfindet zu den Arbeitern, jetzt, in der letzten Minute.

Werft der Regierung den Krempel vor die Füße, ehe sie ihn Euch vor die Füße wirft.

Gebt der Regierung den Gnadenstoß. Sie hat die Rechnung aufgemacht, die jetzt in Versailles Euch unter die Nase gehalten wird.

Macht Schluß mit der Regierung, so macht Ihr auch Schluß mit dieser Friedensrechnung.

Für Euch ist's der einzige Weg heraus. Nur so rettet Ihr Eure künftige Existenz und zugleich Eure Ehre.

Eure früheren Arbeitskollegen werden vergessen, was Ihr ihnen angetan habt, sie werden den Boykottbeschluß zurücknehmen, wenn Ihr Euch noch vor Torschluß auf den rechten Weg besinnt.

Laßt Ihr Euch jetzt noch von der Regierung und von den Unternehmern dumm machen, so werdet Ihr die Dummen sein, wie Ihr's noch nie gewesen seid.

Kein Herrgott und kein Teufel kann Euch dann mehr helfen.

Roter Soldatenbund"

Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 zu Nr 3 Bd 2 Bl. 109–109 v

71. *Aufruf des Verbandes Kommunistischer Landarbeiter und Kleinbauern Deutschlands zur Bildung von Landarbeiterräten*

„Der Pflug". Sonntagsblatt für Landarbeiter und Kleinbauern vom 27. Juli 1919

„Gründet Landarbeiterräte

. . .

Landarbeiter!

Zum ersten Mal habt Ihr Euch erhoben, um Eure Lebensverhältnisse zu verbessern. Die sich sozialistisch nennende Regierung aber hat Euch mit dem Belagerungszustand geantwortet. Die Flinte und der Säbel, das ist's, was diese Regierung für Euch übrig hat.

Genau wie sie sich bei Streiks der städtischen Arbeiter hinter die Geldschränke der Kapitalisten setzt, so hilft sie jetzt den Junkern mit Freiwilligen-Truppen.

Das ist die Freiheit, das ist die Demokratie, die Euch verheißen ist!

Landarbeiter!

So wie die städtischen Arbeiter, so werdet auch Ihr nur auf einem Weg Euer Heil finden, in der Räteverfassung.

Die Regierung hat in den ersten Tagen der Revolution zur Gründung von Bauernräten aufgefordert.

Was sind diese Bauernräte? Ein frecher Betrug, ein grober Verstoß gegen die Arbeiterdemokratie.

Die Richtlinien zur Wahl dieser Bauernräte bestimmen:

1. daß Großgrundbesitzer und Landarbeiter zusammen in einem ‚Bauernrat' sitzen

2. daß die selbständigen Besitzer von vornherein die Hälfte der Sitze im Bauernrat haben sollen.

Landarbeiter!

In der Bibel steht: Man soll Ochs und Esel nicht zusammenjochen!

Wir sagen: Man kann nicht Junker und Landarbeiter, man kann nicht Ausbeuter und Ausgebeutete in einem Rat zusammenjochen.

Deshalb heraus mit allen Junkern und Großgrundbesitzern aus den Bauernräten.

Landarbeiter!

Die ‚Bauernräte', wie die Regierung sie haben wollte, sind meistens auf dem Papier stehengeblieben.

Gehet nun selbst sogleich daran, Euch Landarbeiter- und Kleinbauernräte zu gründen!

Auf jedem Gut gründet einen Gutsrat. Dem sollen angehören alle Landarbeiter und landwirtschaftlichen Angestellten und deren hauswirtschaftlich tätige Familienangehörigen.

Die Gutsräte sollen bestimmen:

1. über Anstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten;
2. über die Arbeitszeit und den Arbeitslohn;
3. sollen sie die Kontrolle über den ganzen Betrieb haben, insbesondere über die Ablieferung der Lebensmittel.

Für den Gutsrat soll ein besonderes Büro auf dem Gut zur Verfügung gestellt werden. Er soll Einsicht in alle Bücher haben, er soll vom Gutsbesitzer für seine Tätigkeit entlohnt werden nach dem geltenden Satz.

Auf diese Weise schafft Ihr Euch die Stützpunkte, damit Ihr später selbst die Betriebe für die Gesamtheit übernehmen könnt.

Die Gutsräte eines Dorfes sollen sich zum Dorfrat zusammenschließen, im Kreise zum Kreislandarbeiterrat und ebenso in der Provinz.

Alle Verwaltungsarbeiten mögen gemeinsam mit den Arbeiterräten der Kreise und der Provinz erledigt werden.

Landarbeiter!

Es ist höchste Zeit, daß Ihr auf diese Weise Euch selbst helft. Ihr habt so lange genug geschlafen. Die Wirkung seht Ihr. Der Junker und die Militärs sind wieder Herr, und die Regierung ist ihr willfähriger Diener!

Landarbeiter!

Nun laßt Euch nicht mehr einlullen. Die Landarbeiterräte, die auf dem Gute das sind, was die Betriebsräte in den Fabriken, sind die erste Stufe zu dem Ziel, das allein Euer Heil sein kann: zur Übernahme der Güter durch die Landarbeiterräte.

Die Junker haben lange genug die Macht in der Hand gehabt. Jetzt kommt die Rache an die, die Euer Land seit Generationen mit ihrem Schweiß gedüngt haben.

Jetzt endlich kommt Eure Erntezeit!

Eure Losung ist: Alle Macht den Arbeiterräten!"

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Rep. 87 B Nr 348 Bl. 78 c

Verzeichnis der Abkürzungen

a. D.	=	außer Dienst
AEG	=	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AG	=	Aktiengesellschaft
AK	=	Armeekorps
Gen. St.	=	Generalstab
H. Gr.	=	Heeresgruppe
MStGB	=	Militärstrafgesetzbuch
OHL	=	Oberste Heeresleitung
RSB	=	Roter Soldatenbund
RStGB	=	Reichsstrafgesetzbuch
StGB	=	Strafgesetzbuch
WTB	=	Wolffsches Telegraphenbüro
z. D.	=	zur Disposition



/

Prozeß Liebknecht.

Ueber die gestern stattgehabte Verhandlung in der Berufungsinstanz gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Karl Liebknecht geht uns folgender offizieller Bericht des Wolffschen Telegraphenbureaus zu:

Berlin, 23. August. (W. T. B.) In dem Verfahren gegen Karl Liebknecht begann heute 9 Uhr morgens im Militärgerichtsgebäude in der Lehrterstraße die oberkriegsgerichtliche Hauptverhandlung. Das Gericht ist besetzt mit einem Fregattenkapitän als Vorsitzenden, einem Oberkriegsgerichtsrat, der die Verhandlung leitet, einem weiteren richterlichen Militärjustizbeamten, zwei Majoren, einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht als von ihm erwählter Verteidiger wieder Rechtsanwalt Brade aus Braunschweig zur Seite. Bei Beginn der Sitzung beantragte der Vertreter der Anklage den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit und wegen Gefährdung militärischer Interessen. Diesem Antrage wurde seitens des Gerichts stattgegeben. Die Verkündung des Urteils wird ebenso wie in der ersten Instanz in öffentlicher Sitzung erfolgen.

* * *

Berlin, 23. August. (W. T. B.) In der Strafsache gegen den Armierungssoldaten Karl Liebknecht hat das Oberkriegsgericht heute nachmittag dahin erkannt, daß Liebknecht wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstandes gegen die Staatsgewalt [illegible] zu

vier Jahren und einem Monat Zuchthaus,

worauf ein Monat Untersuchungshaft angerechnet, zur Entfernung aus dem Heere und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren zu verurteilen sei.

Gegen das obige Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Revision zu.

„Vorwärts“ vom 24. August 1916
Ministerium des Innern, Rep. 77 CB P Nr 122 Bd 1 b Bl. 322

Der Stürmer

Kampfzeitung für die Arbeiterjugend Deutschlands

No. 5 Juli 1917 1. Jahrg.

Mahnung.

Wollt ihr Gleichheit, wollt ihr Recht,
Wollt ihr freies Menschentum
Oder wollt ihr Schlachtenruhm?
Wollt ihr eure Brüder morden,
Die ihr niemals habt gekannt,
Um die Bändchen, um die Orden
Sterben für ein „Vaterland“?
Brüder auf der weiten Erde
Ihr seid international.
Gleiche Drohnen, gleiche Zwingherrn
Mästen sich durch eure Qual.
Nur um den Besitz zu schützen
Steckt man euch ins Waffenkleid,
Dass ihr würgt „im Namen Gottes“
Mordlustheischend, schlachtbereit,
Dass ihr schiesst auf eure Brüder,
Wenn sie kämpfen um ihr Brot,
Wenn sie ringen voll Verzweiflung
Mit der fahlen, bittern Not,
Und ihr stellt euch wider Willen
Mit dem Kapital im Bunde,
Und ihr schlagt euch selbst die Wunde?
O, so seid ihr, — Schmach der Zeit, —
Eure eignen Wächterhunde.
Nein, so darf's nicht fürder sein!
Der brutalen Kriegsgewalt
Rufet ein gebietrisch „Halt“!
Und despotisch finstrer Macht
Sei kein schuldlos Menschenleben
Wieder in die Hand gegeben.
Soll uns allen Freiheit winken,
Müssen die Gewehre sinken!

An die Gestellungspflichtigen.

Drei Jahre rast jetzt der entsetzliche Völkermord. Alles was Menschheit, Gesittung und Kultur heisst, droht unterzutauchen in einem Blutmeer wahnwitziger Menschenschlächterei. Und immer noch kein Ende, kein Absehen dieser schmachvollen Gräuel, immer mehr junge blühende Menschenopfer werden hinein geworfen in den Glutofen des Verderbens, werden gewissenlos geopfert dem blutigen Götzen der Militärgewalt. Ja, unser grosser Vorkämpfer der Arbeiterbewegung Wilhelm Weitling hatte tausendmal recht, wenn er in seinem 1842 erschienenen Werke: „Garantien der Harmonie und Freiheit“ das Soldatenwesen wie folgt brandmarkte: „Das ist eine lebendige, willenlose Maschine, aus unserm besten Mark, Blut und Knochen zusammen gefügt und bestimmt, unsere Knochen zu zermalmen, unser Blut zu vergießen, und uns unser Mark auszupressen. Die Gewaltigen geben den Plan, nach welchem die Bevorrechteten diese Maschine in Bewegung setzen; der sesshafte Bürger liefert dazu sein Geld, das arbeitende Volk die Blüte seiner Jugend, den Rest seiner Gesundheit und seines freien Willens. Witwen und Waisen bezeichnen das Ganze mit ihren Tränen. — Die Arbeit dieser Maschine ist Schrecken, Gräuel, Verwüstung und Krieg! Soviele Sterne am Firmament leuchten, soviele Sandkörner das Meer an seine Ufer spült, soviele Herzen hat der Krieg zerrissen, soviel Stützen hat er gebrochen, soviele Lebensflammen erloschen. Soviele Tautropfen an den Gräsern hängen, soviel Tränen hat er der leidenden Menschheit erpresst, und noch gar viele wird er erpressen, ehe er von der Weltgeschichte seinen blutigen Abschied nimmt.“

Denn mechanisch wie ein Maschinenrädchen funktionieren die Schlachtopfer als stumme gehorsame Werkzeuge des Gewaltstaates, in den sie sich geduldig einreihen lassen, in den schmutztriefenden brutalen Apparat der Vernichtung und Verkrüppelung der Jugendkraft. Und wofür? 'Im einigen international spekulierenden Kapitalisten und ihren Regierungen Land, neue Absatzgebiete, Bodenschätze und Arbeitskräfte, die wiederum reichliche Profitquellen für sie bilden, zuzuführen.

Immer feister und frecher, immer anmassender und übermütiger wird das faule Drohnenheer der Lebensmittel-

Titelseite der Zeitung „Der Stürmer“ vom Juli 1917
Justizministerium, Rep. 84 a vorl. Nr 1740



Aufgenommen den 19

um Uhr Min.

von

durch

Telegraphie des Deutschen Reichs.

Telegramm aus ss berlin k st idm 30/1 2.35 n den um Uhr Min.

: an des kaisers majestaet =

euer majestaet melde ich , dass die zahl der streikenden zu zeit etwa einhundertsechzigtausend betraegt . noch ist die ordnung nicht gestoert . den " vorwaerts " habe ich verboten , weil er zum streik gehetzt hat . zusammenkuenfte und betaetigungen des aktionsausschusses der streikenden werden verhindert werden =

alleruntertaenigst von kessel , generaloberst 237903.+

Telegramm des Oberbefehlshabers in den Marken vom 30. Januar 1918
Geheimes Zivilkabinett, Rep. 89 H XXI Gen. Nr 17 Bd 5 Bl. 108

Oberkommando
in den Marken
Sekt. O. Nr. 238603.

Berlin, den 1. Februar 1918

Bekanntmachung

Die Ausstandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiterschaft von Groß-Berlin noch verharrt, beeinträchtigt die Versorgung des Heeres und der Marine mit Waffen und Munition.

Ich habe daher zunächst fol nde Betriebe:

1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Martinikenfelde und Wittenau
2. Berliner Maschinenbau A.-G. vormals L. Schwartzkopff in Berlin
3. A. Borsig in Berlin-Tegel
4. Allgemeine Elektrizitätsg schaft, Fabriken Hennigsdorf
5. Argus-Motorengesellschaft in Berlin-Reinickendorf
6. Luft-Verkehrs-Gesellschaft Berlin-Johannisthal
7. Daimler Motorengesellsch , Zweigniederlassung Berlin-Marienfelde,

unter militärische Leitung stellt und den Arbeitern dieser Betriebe aufgegeben, die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918 bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen.

Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungsgesetzes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken

von Kessel

(Generaloberst)

Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 1. Februar 1918
Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120 BB VII 1 Nr 37 Bd 6 Bl. 68

Arbeiter! Parteigenossen!

[illegible] Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen.

Wir raten Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen.

[illegible] Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. [illegible] in die Regierung entsandt, damit diese

Schleunigst Frieden

[illegible] die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf.

Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese

an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu **Waffenstillstand und Frieden** führen muß;
das **gleiche Wahlrecht** in Preußen durchgesetzt;
dem **Reichstag** die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reiche verschafft und **das persönliche Regiment** beseitigt;
die Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den **Militarismus** des [illegible] Rückhaltes beraubt;
die Preß- und Versammlungsfreiheit erweitert;
Liebknecht und viele andere aus dem Gefängnis befreit.

[illegible] Wir arbeiten weiter, um [illegible] zu [illegible] und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs Letzte durchzuführen.

Wie Ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichskanzler empfohlen, er möge

dem Kaiser raten, zurückzutreten.

Ueber diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Lage kommen, Euch auffordern zu müssen, daß Ihr Euer Wort in die Wagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen.

Je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle

militärischen Einziehungen

und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen.

Und unbesonnenem Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur unermeßliches Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird!

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aus „Vorwärts" vom 4. November 1918
Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 482 Bd 14 Bl. 99

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht Aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Ebert.

Aufruf des Reichskanzlers Ebert vom 9. November 1918
Vgl. Nr 36

Sonntagsausgabe

Die rote Fahne

Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger

Wahl der Arbeiterräte.

Sonnabend 10 Uhr abends versammelten sich die bereits gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im großen Sitzungssaale des Reichstages und beschlossen einstimmig folgendes:

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen versammeln sich am Sonntag, dem 10. November, vormittags 10 Uhr in den Fabriken und wählen Arbeiterräte. Frauen sind wählbar. (Die Angestellten sind als Arbeiter zu betrachten).

Sämtliche Soldaten versammeln sich gleichfalls in den Kasernen bezw. Lazaretten und wählen Soldatenräte.

Auf je ein Bataillon resp. eine Formation entfällt je ein Delegierter, auf tausend Arbeiter bezw. Arbeiterinnen entfällt gleichfalls ein Delegierter. Kleinere Betriebe unter 500 Mann vereinigen sich zur Wahl eines Arbeiterratsmitgliedes.

Nachmittags 5 Uhr versammeln sich die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch und wählen die provisorische Regierung. (Vergl. Aufruf auf Seite 3.)

Zur Beachtung!

Die rote Fahne.

Die neue Regierung im Werden.

Aufruf des Reichskanzlers.

Sicherstellung der Lebensmittelversorgung.

Arbeiter, Bürger!

Titelseite des Organs des Spartakusbundes „Die Rote Fahne“ vom 10. November 1918
Vgl. Nr 37

Abschrift! Merseburg, den 13. November 1918.

Bekanntmachung.

Die Vertreter des vereinigten Arbeiter-und Soldatenrats des Regierungsbezirks Merseburg haben dem Unterzeichneten mitgeteilt, dass sie im Auftrage der Reichsregierung die vollziehende Gewalt übernommen haben. Gemeinsam mit den Beamten der Regierung habe ich diese vollziehende Gewalt anerkannt und mich und die mir unterstellten Behörden zur Verfügung gestellt. Jch ersuche nunmehr alle mir unterstehenden Behörden und Beamten, im Jnteresse des Vaterlandes diesem Beispiele zu folgen und die Verfügungen und Anordnungen, die von dem Arbeiter-und Soldatenrate erlassen werden, sofort und gewissenhaft auszuführen.

Der Bezirks-Arbeiter-und Soldatenrat legt besonderen Wert darauf, dass die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf das Strengste gewahrt werden, sowie dass die Versorgung des Regierungsbezirks mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen gesichert und, soweit möglich, gebessert wird. Jch erwarte, dass sämtliche Beamten und Behörden die Arbeiter-und Soldatenräte bei diesem Bestreben unter Aufbietung aller Kräfte unterstützen, sowie überhaupt alle ihnen obliegenden Pflichten treu weiter erfüllen werden.

Jch ersuche die Herren Landräte und die Magistrate und Polizeiverwaltungen der Stadtkreise, Vorstehendes schleunigst in geeigneter Weise bekannt zu geben. Ebenso ist der Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12.d.Mts. über die von

ihm

Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Merseburg und des Bezirksarbeiter- und Soldatenrates vom 13. November 1918 (Abschrift)
Vgl. Nr 40

Arbeiter- und Soldatenrat
Eckernförde.

Eckernförde, den 25. November 1918.

An den Preußischen Minister des Innern

Berlin.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß in seiner Vollsitzung einstimmig, den Bürgermeister der Stadt Eckernförde, Dr. Albers von seinem Amt als Bürgermeister zu entsetzen.

Albers wurde vor ca. einem Jahre hier gewählt, seine bisherige Tätigkeit ist vollständig ungenügend. Als ehemaliger Hauptmann glaubt er die Bevölkerung im militärischen Sinne zuregieren, besonders behandelt er seine Beamten in dieser Art. Er war eifriger Vertreter der Vaterlandspartei und hat vieles getan um die Bevölkerung ins Fahrwasser der Alldeutschen zu bringen. Schon vor der Revolution war es ein allgemein offener Wunsch der gesamten (auch der bürgerlichen) Bevölkerung, daß Albers abgesetzt werden soll.

Bei den Verhandlungen der Beauftragten des Arbeiterrats mit ihm, wie er sich zu der Neuordnung stellte und ob er im Sinne des Arbeiterrats handeln wollte, gab er deutlich seine Gegnerschaft zum Ausdruck. Unserer Überwachung und Kontrolle begegnet er mit Unehrlichkeit und versucht sie mit schmierigen Entschuldigungen zu durchkreuzen, oder ilusorisch zu machen. Unsere Anordnungen auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge, wie überhaupt zur Demobilisation, deren Durchführbarkeit nach reiflichen Beratungen feststeht, führt er nicht durch oder verschleppt diese.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Eckernförde, gestützt durch einstimmigen Willen der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, und durch Mehrheitswillen der gesamten Bevölkerung von Eckernförde, ersucht die Preußische Regierung um die Sanktion ihres Beschlusses.

Wir erbitten umgehend telegraphischen Bescheid.



Der Arbeiter- und Soldatenrat
Eckernförde
Vollzugsausschuß

Otto Jünger
Vorsitzender

Lüders
Soldatenrat

M. Huber
II. Vorsitzender

Für die Sozialdemokratischen Parteien

H. Witt
Vors. der Soz. Partei

Jürgensen
Vors. der U. S. P.

Für die Gewerkschaften

Friedr. Lange
Kartellvorsitzender

Schreiben des Volksausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates in Eckernförde an den Innenminister vom 25. November 1918
Vgl. Nr 41

BAND 7

Hauptverhandlung

in der Strafsache wegen

Ermordung

von

Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

vor dem

Feldkriegsgericht des Garde-Kavallerie-(Schützen)-Korps

am 8., 9., 10., 12., 13. und 14. Mai 1919

im grossen Schwurgerichtssaal des Kriminalgerichts

zu Berlin.

Urteil

Stenogramm der Parlamentsredakteurs

Adolf Kuntze.

(Stenographisches Büro). Berlin-Wilmersdorf, Babelsbergerstr. 5

Fernsprecher: Pfalzburg 2017, Postscheckkonto Berlin 33723.

Titelseite des Urteils im Prozeß gegen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Vgl. Nr 53

Arbeiter!

Die Lage ist noch nicht geklärt. Die Gefahr eines verzweifelten Putsches der militärischen Fronde besteht noch wie vor.

Wilhelm II. ist im Großen Hauptquartier. Er will **die Krone nicht niederlegen,** und sucht **Schutz bei den hohen Militärs.**

In einer **Proklamation an das Volk** will er seinen festen Entschluß verkünden, unter allen Umständen **an der Krone festzuhalten.**

Der wahnsinnige Gedanke, daß **Deutschland den Krieg fortsetzen müsse,** wird im Großen Hauptquartier immer noch aufrechterhalten.

Hindenburg läßt durch das Wolff-Bureau einen amtlichen Dank an die alldeutschen Kriegshetzer veröffentlichen. Er lautet:

„In steigender Zahl gehen mir in diesen Tagen von Körperschaften, Vereinen, Versammlungen und einzelnen Personen Kundgebungen des Vertrauens und der Ergebenheit zu. Es ist mir unmöglich, sie einzeln zu beantworten, wie ich es gern täte. Ich muß mich darauf beschränken, den Einsendern hiermit herzlichst zu danken. Allen denen, die in Sorge um unser geliebtes deutsches Vaterland Zuspruch bei mir suchen, aber auch jedem anderen Deutschen rufe ich zu:

Es geht jetzt um unsere Ehre, Freiheit und Zukunft. Unüberwindlich sind wir, wenn wir einig sind. Ein jeder sehe in dem anderen nur den deutschen Kameraden! Ungebrochen schützt seit mehr als fünfzig Monaten unser Heer den heimatlichen Boden. Stark, opferbereit und geschlossen muß die Heimat hinter dem Heere stehen. Ist es so, dann wird unser deutsches Vaterland allen Stürmen trotzen."

Das ist es, was Wilhelm II. und Hindenburg wollen:

Es soll weitergekämpft werden. Abermals sollen Hunderttausende geopfert werden!

Diese Absichten finden Unterstützung selbst in den Kreisen der Regierungsparteien, in der nationalliberalen Partei und im Zentrum!

Die **Fortsetzung des Krieges** aber bedeutet heute ein **Verbrechen.**

Deutschland ist ohne Bundesgenossen! Die Ententeheere in Italien, auf dem Balkan, im Orient werden gegen die Grenzen Bayerns, Sachsens, Schlesiens geführt werden. Nichts kann sie aufhalten als der sofortige Frieden.

Um die Krone Wilhelms des Zweiten zu retten, um die Macht Hindenburgs und des militärischen Apparates noch einige Wochen aufrechtzuerhalten, soll trotzdem weitergekämpft werden!

Arbeiter!

In diesen Tagen sind militärische Maßnahmen erfolgt, die allgemein besprochen werden. Diese Maßnahmen betreffen die Arbeiterschaft. Das bedeutet für eure Familien Not und Entbehrung, für euch politische Entrechtung.

Wozu diese Maßregeln?

Will man euch **politisch entrechten,** um euch bei der notwendigen Umgestaltung der Dinge nicht mitreden zu lassen?

Fürchtet man, daß euer Schrei nach Brot, nach einem menschenwürdigen Dasein die Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft erschüttern könnte?

Will man euch entrechten, wie die Kämpfer vom Januarstreik entrechtet wurden?

Wir fordern, daß alle Ausnahmemaßregeln gegen das Proletariat sofort eingestellt werden!

Die Forderungen des klassenbewußten Proletariats sind

Nicht Fortsetzung des Krieges — sofortiger Frieden!

Nicht politische Entrechtung durch den Militarismus — völlige politische Befreiung, Sturz des Militarismus.

Nicht die Fortsetzung der kapitalistischen Knechtschaft nach der Befreiung vom Militarismus — ein menschenwürdiges Dasein in der sozialistischen Gesellschaft.

Arbeiter!

Zeigt eure politische Reife, euren Willen zum Sozialismus, eure Entschlossenheit!

Es lebe die sozialistische Republik!

Aufruf der „Leipziger Volkszeitung" vom 2. November 1918
Ministerium des Innern, Rep. 77 CB S Nr 482 Adhib. 2 Bl. 295 a



Krieg mit Rußland!

Das wollen die Kapitalisten!
Das will die Regierung Ebert-Scheidemann!



Frieden mit Rußland,

und Austausch aller Lebensgüter,
Das will Spartakus.

Darum, Arbeiter, werdet Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Flugblatt der KPD vom Frühjahr 1919
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten,
Rep. 87 B Nr 348 Bl. 80